

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fleets_in_Dong_Hai.jpg
https://commons.wikimedia.org/wiki/File:resident_Trump_2_Civilian_Protection_Pakistan.jpg
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Myrmanyska_1_after_Russian_bombing_on_2_March_2022_\(05\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Myrmanyska_1_after_Russian_bombing_on_2_March_2022_(05).jpg)

GEMEINSAM GEGEN KRIEG UND KRISEN!

INHALT

<i>International</i>	
Von unten gegen die multiplen Krisen, Internationales Komitee der IV. Internationale	3
<i>Krieg</i>	
Position der ISO zu Aufrüstung und Militarisierung	15
<i>Russland</i>	
Verschärfung von Repression und Krieg, Interview mit Ilja Budraitskis	19
<i>Ukraine</i>	
Ukraine: Was nun? Manuel Garí	25
<i>Ökosozialistische Konferenz der ISO</i>	
„Die Konferenz hat sich geöffnet“, Angela Klein	29
<i>Technologie</i>	
Künstliche Intelligenz im Kapitalismus: Einige negative Folgen, Klaus Meier	30
<i>Kultur</i>	
Britanniens sozialistischer Meister des Kinos, Interview mit Ken Loach	34
<i>Portugal – vor 50 Jahren</i>	
Nelken in den Gewehrläufen, Hans-Jürgen Schulz	39
<i>Israel-Palästina-Konflikt</i>	
Wider die deutsche Staatsräson, Jakob Schäfer / Michael Weis	46
Studentische Proteste	51
Solidarität mit Gaza! Zeitschrift internationalen	51
Eine vorläufige Bilanz, Dan La Botz	52
Palästina als Staat, Joseph Daher	54
<i>Buchbesprechung</i>	
Zur Geschichte des Jüdischen Arbeiterbundes, Martin Englund	58
<i>Jemen</i>	
Der Jemen als Akteur im Nahen Osten, Édouard Soulier	62
<i>76 Jahre nach der Nakba</i>	
Eine internationale Bewegung aufbauen!, Büro der Vierten Internationale	66

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

VON UNTEN GEGEN DIE MULTIPLLEN KRISEN

Der folgende Entschließungsentwurf zur internationalen Lage wurde vom Internationalen Komitee der IV. Internationale im Februar 2024 als Vorlage für den 18. Weltkongress der Vierten Internationale (2025) mit 33 : 9 : 3 verabschiedet.

■ Internationales Komitee der IV. Internationale

Die vom zionistischen Staat Israel unternommene blutige kriegerische Offensive gegen das palästinensische Volk nach dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober hat die fragile und chaotische Lage einer Welt erschüttert, die von einer multidimensionalen Krise geprägt ist. Neben dieser neuen Gegebenheit gib es weiterhin den russischen Krieg gegen die Ukraine wie auch den anhaltenden Aufschwung der extremen Rechten – mit dem Wahlsieg von Milei in Argentinien und der Perspektive eines abermaligen Wahlsiegs von Trump in den USA –, eine Zunahme der Spannungen zwischen den USA und China betreffs der Zukunft Taiwans sowie die wissenschaftliche Bestätigung, dass die Erwärmung der Erdatmosphäre jetzt schon die Katastrophen auslöst, die für 2030 vorhergesagt wurden. Kurz gesagt, die von uns im Oktober des vergangenen Jahres dargelegten großen Züge der Weltlage wurden in den letzten Monaten nicht falsifiziert, sondern, im Gegenteil, tragisch bestätigt.

Ein imperialistischer Angriff auf den ganzen Nahen Osten

Der Krieg in Palästina leitet ein neues geschichtliches Kapitel ein. Nachdem er schon eine neue Nakba bewirkt hatte, nahm dieser Krieg im Laufe der Monate völkermörderische Züge an – mit Bombardierungen, Zerstörungen, dem Tod von Frauen und Kindern, der Verhinderung von humanitärer Hilfe und dem Hunger, der sich immer mehr ausbreitet.

Im Februar 2024 wurde eine Million der 2,4 Millionen zählenden palästinensischen Bevölkerung vom Norden des Gaza-Streifens in den Süden vertrieben. Unter den 30 000 in vier Monaten getöteten Personen sind 40 Prozent Frauen und Kinder. Mit der Belagerung auf einem Territorium ohne Lebensmittel und Hilfe und mit der wahrscheinlichen Bombardierung von Rafah demonstriert Israel sein Ziel, den Gaza-Streifen zu rekolonisieren. Zur gleichen Zeit wurden die Menschen aus sechzehn palästinensischen Gemeinden im Westjordanland gewaltsam vertrieben. Dies ist ein Angriff und eine Bedrohung, die sich gegen alle Palästinenser:innen und gegen die benachbarten arabischen und islamischen Völker richtet, was schon jetzt zu einem kriegerischen Konflikt in der ganzen Region geführt hat.

Es handelt sich nicht um einen Krieg zwischen Israel und der Hamas. Es handelt sich auch nicht um die einfache Fortsetzung des seit 75 Jahren andauernden Kriegs des kolonialistischen Siedlerstaats und der Aneignung von Territorium, der Fortführung von Apartheid und der ethnischen Säuberung gegen diejenigen, die vor der aufgezwungenen Gründung des Staates Israel in Palästina lebten.

Zum ersten Mal seit der kriegerischen Offensive gegen den Irak 2003 intervenieren die USA so direkt. Ihre Waffenlieferungen und ihre vielen Millionen Dollar an Unterstützung für Israel sind entscheidend, um dieses historische Massaker an einer Zivilbevölkerung zu begehen.

Es handelt sich also um eine koloniale und imperialistische Offensive, die auf verschiedene Gegner abzielt, verbunden mit gewaltsamer Unterdrückung und dem Fördern von weiterem Siedlungsbau im Westjordanland, dem Verschwinden oder der massenhaften fluchtartigen Auswanderung von Palästinenser:innen, dem militärischen Eingreifen im Südwesten von Syrien, den Bombardierungen im Süden des Libanons und in Beirut, um der Hisbollah Verluste zuzufügen, und den Bombardierungen der Huthi im Jemen, die versuchen, die Manöver der US-Marine und die Handelsschiffe am Zugang zum Roten Meer zu blockieren. Die bewaffneten pro-Assad-Kräfte in Syrien, die Hisbollah im Libanon und die Huthi im Jemen, die gegen eine von Saudi-Arabien kontrollierte Regierung rebellieren, sind allesamt Kräfte, die Beziehungen zu dem theokratischen und zutiefst repressiven Regime im Iran unterhalten, das vorgibt, im Interesse des palästinensischen Volks zu handeln, während es in Wirklichkeit seine eigenen Interessen verfolgt. Der Konflikt treibt schon über diese Weltregion hinaus und dehnt sich bis nach Pakistan aus.

Die gegenwärtige Schlächterei wird begünstigt vom neofaschistischen Charakter der Regierung Netanjahu. Von Monaten der Proteste breiter Teile der Bevölkerung gegen seine Arroganz gegenüber der Justiz geschwächt, aber unter Ausnutzung der extremen Schwäche der antizionistischen Linken, hat Netanjahu die Gelegenheit des Angriffs der Hamas beim Schopf gepackt, um die Kontrolle über die innere Lage wieder in den Griff zu bekommen und dem historischen Auftrag seines Staats als Gendarm des Imperialismus im Nahen Osten gerecht zu werden. Netanjahu ist heute die Vorhut des Aufschwungs der extremen Rechten in der Welt, deren traditionelle antisemitische Ausrichtung relativiert wird vom globalen islamophoben Furor.

Die israelisch-US-amerikanische Offensive stößt auf Risse und bedeutende Widersprüche. Sie entwickelt sich unter komplizierendem Schweigen oder scheinheiligen Protesten der großen westlichen Mächte, den zögerlichen Protesten Chinas und der unklaren Haltung Putin-Russlands. Was die meisten arabischen Regierungen betrifft, so stand bei ihnen vor dem 7. Oktober die „Normalisierung“ der Beziehungen mit Israel im Vordergrund und damit das Unsichtbarmachen der palästinensischen Sache – darum erscheinen ihre unter dem Druck der eigenen Bevölkerungen abgegebenen kritischen Erklärungen zu den Bombardierungen des Gaza-Streifens lächerlich.

Was Israel macht, ist keine Selbstverteidigung, sondern eins der schamlosesten Massaker der neueren Zeit – das

von Südafrika vor dem Gerichtshof in Den Haag zu Recht als Genozid gebrandmarkt wird. Die andauernde Tragödie ruft weltweit politisch-ideologische Umwälzungen hervor. Für die Bündnispartner wird es immer schwieriger, die USA und Israel zu verteidigen. Die Schlächterei im Gaza-Streifen wirkt besonders stark auf universitäre und auf marginalisierte Jugendliche im globalen Norden. Die rassistisch diskriminierten Jugendlichen in den armen Stadtvierteln, die Opfer der zunehmenden Islamophobie sind, identifizieren sich mit der palästinensischen Sache, wobei die Solidaritätsbekundungen rasch des Antisemitismus bezichtigt werden. Westliche jüdische Jugendliche, von denen viele nichtzionistisch oder antizionistisch sind, entwickeln sich in der entgegengesetzten Richtung zu den pro-israelischen Emotionen des 7. Oktober. Wir müssen mit all diesen Strömungen gemeinsam handeln und in Dialog treten.

Der Aufschwung der extremen Rechten ist eine Herausforderung für die neoliberalen, „demokratisch“ genannten Regimes

Wir erleben den Aufschwung einer Konstellation neuer Kräfte der extremen Rechten in der Welt, dessen Höhepunkt vielleicht noch nicht erreicht ist. Sie regieren in Italien, regieren mit in den Niederlanden und in Schweden, werden stärker in Deutschland und könnten in Frankreich an die Regierung kommen. Der autoritäre Erdogan behauptet sich in der Türkei.

In Mittel- und Osteuropa ist, zusätzlich zum mehr und mehr faschistischen Charakter der Russischen Föderation unter Putin seit der offenen Invasion in der Ukraine, die extrem rechte Partei Fidesz in Ungarn seit 2010 an der Macht; auch die PiS, die Verkörperung der polnischen extremen Rechten, ist seit acht Jahren an der Macht. Auch wenn die PiS mit den letzten Wahlen im Oktober 2023 ihre vorherrschende Stellung knapp zugunsten einer pro-europäischen Koalition verloren hat, stellt sie doch immer noch den Präsidenten des Landes. Gleichzeitig hat sich in der Slowakei die konservative und populistische Partei (Smer-SD), die aus den letzten Parlamentswahlen als stärkste Kraft hervorgegangen war, mit der extremen Rechten (SNS) verbündet, um regieren zu können.

In Lateinamerika hat die extreme Rechte nach dem Desaster von Bolsonaro und dem Staatsstreich von Boluarte in Peru im Dezember 2022 die Casa Rosada (Sitz der Regierung und Amtssitz der Präsidentin, Anm. d. Red.) in Argentinien erobert, womit sie einer der stärksten, kämpferischsten und am besten organisierten Arbeiter- und

Massenbewegung einen Kampf auf Leben und Tod erklärt hat. Die extreme Rechte bedroht die USA und die ganze Welt, wenn Trump das Weiße Haus wieder einnimmt.

Eine wirkliche Bedrohung sind sie auch in Asien, wo Bongbong Marcos, Sohn des Diktators Ferdinand Marcos, an der Spitze der Philippinen steht und wo der islamophobe Narendra Modi Indien seit 2014 regiert. Die Regierung seiner Partei Bharatiya Janata Party (BJP) hat die gesellschaftlichen Freiheiten eingeschränkt, ebenso die Rechte in der Arbeitswelt und im Umweltschutz, wie auch die verfassungsgemäße Autonomie von Kaschmir. In Indonesien wurde der extrem rechte Prabowo Subianto jüngst als Präsident bestätigt.

Seit 2008 und verstärkt noch seit dem Brexit und dem Wahlsieg von Trump 2016 werden die angeblich „erneuerten“ Bewegungen und Parteien der extremen Rechten stärker und erhöhen ihre Wahlerfolge. Sie präsentieren sich als Systemgegner, obwohl sie in Wirklichkeit (ultra-)neoliberal sind, gesellschaftspolitisch konservativ, nationalistisch, fremdenfeindlich, rassistisch, frauenfeindlich, feindlich gegenüber den LSBTQID+-Personen, transphob sowie inspiriert oder massiv unterstützt von religiösem Fundamentalismus. Sie verbreiten die Leugnung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungen zum menschengemachten Klimawandel.

Der Aufschwung dieser Konstellation der extremen Rechten ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Krise der (neoliberalen) Demokratien und ihrer Institutionen, und dies wegen der Vertiefung der Ungleichheiten und der Unfähigkeit dieser Regimes, befriedigende Antworten auf die Bedürfnisse der Völker und der Arbeiter:innen zu geben.

Die tiefen Wurzeln der neuen extremen Rechten sind die Verzweiflung der verarmten sozialen Schichten angesichts der Verschlimmerung der Krise und der vom Neoliberalismus durchgesetzten Zersetzung der sozialen Sicherungssysteme, kombiniert mit den Misserfolgen der von sozialliberalen und „progressiven“ Kräften vertretenen „Alternativen“. Vor diesem Hintergrund sind weltweit Teile der Bourgeoisie hervorgetreten, die diese neue Version des Faschismus als politisch-ideologische Lösung unterstützen, die es den Regimes ermöglicht, härter aufzutreten, die Massenbewegungen mit eiserner Faust niederzuhalten und brutale Anpassungen und Enteignungen durchzusetzen, um die Profiteure wieder zu steigern. Das typischste Beispiel für diese Spaltung der herrschenden Klasse ist die Polarisierung zwischen dem Trumpismus (der sich im Handstreich der Republikani-

schen Partei bemächtigt hat) und der Demokratischen Partei in den USA.

Diese Lage stellt die IV. Internationale vor eine zentrale Aufgabe: den erbitterten Kampf gegen diese rechtsextremen Kräfte des Autoritarismus und Neofaschismus.

Das ukrainische Volk verteidigt sein Recht auf nationale Selbstbestimmung

Die Invasion von Putins Armee in die Ukraine hat die geopolitische Restrukturierung der Welt beschleunigt. Putins Regime reproduziert mit dieser Aggression die vom Zarenreich ererbten Dominanzverhältnisse – nicht ohne Anleihen beim Stalinismus und durch das Zusammengehen mit den Ideologien der extremen Rechten in aller Welt.

Der Krieg bringt lang wirkende Gräueltaten mit sich. Russland setzt seine Bombardierungen gegen die Zivilbevölkerung und seine Schläge gegen die ukrainische Infrastruktur im ganzen Land fort (Eisenbahnschienen, Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Fabriken, Depots usw.). In den besetzten Gebieten gehen Massenvergewaltigungen und Massaker, die Zerstörung von Mariupol und die Bombardierungen der – angeblich von Russland „beschützten“ – Zivilbevölkerung einher mit einer aufgezwungenen Russifizierung: gewaltsames Aufzwingen russischer Pässe, Zerstörung der ukrainischen Kultur, Verschleppung von Kindern usw. Millionen Ukrainer:innen waren gezwungen ihre Häuser oder auch die Ukraine zu verlassen. Ihre Familien und sozialen Kontakte wurden zerrissen, und sie wurden zu Flüchtenden in verschiedenen Ländern.

Es war der (von Putin wie von den Westmächten nicht erwartete) bewaffnete und zivile Widerstand der ukrainischen Bevölkerung, der Putin gezwungen hat, in verschleiender Weise die Ziele seiner militärischen Offensive neu zu formulieren, die dazu dienen sollte, die Ukraine zu „entnazifizieren“ und die russischsprachige Bevölkerung im Donbass zu beschützen. Die Front am Boden hat sich (seit Anfang 2024) nach immensen menschlichen Verlusten stabilisiert, ohne dass die russischen Streitkräfte ihre Kontrolle über die Gesamtheit der für annektiert erklärten Gebiete hätte konsolidieren können.

In Russland und in Weißrussland werden alle kriminalisiert, die es wagen, dasjenige „Krieg“ zu nennen, was offiziell als „militärische Spezialoperation“ bezeichnet wird, oder die auch nur die geringste Opposition dazu zum Ausdruck bringen. Die Teilmobilisierung von ungefähr 300 000 im September 2023 hat zur Flucht von Hunderttausenden junger Männer geführt, die zumeist

keinen Flüchtlingsstatus haben, was oft Drohungen gegen ihre Familien zur Folge hat. Tausende Zivilist:innen in den Grenzgebieten Russlands werden nun auch zu Opfern von Putins Krieg, wenn sie Angriffe mit ukrainischen Drohnen und Geschossen erleiden.

Die russische Aggression hat bis auf weiteres ermöglicht, die Nato zu konsolidieren und zu erweitern, basierend auf der Angst der osteuropäischen Nachbarn vor Russland. Darum ist das Scheitern dieser Invasion und der imperialen russischen Logik entscheidend für den Erfolg einer massenhaft getragenen Kampagne in Europa für die Auflösung aller Militärblöcke – NATO, CSTO, AUKUS.

Internationalisierung wie noch nie

Wir erleben heute eine beispiellose Internationalisierung der großen Fragen, die sich der Menschheit stellen. Die Krise des Kapitalismus hat sich seit dem Krach von 2008 und der folgenden Rezession weiter zugespitzt, besonders mit der Covid-Pandemie. Sie ist ganz klar multidimensional geworden. Es gibt eine Konvergenz der Umweltkrise – die seit einigen Jahren immer extremere klimatische Erscheinungen produziert, unter denen die jüngeren extremen Hitzewellen besonders herausragen – und der lang andauernden wirtschaftlichen Stagnation sowie der Intensivierung des Kampfs um die Hegemonie zwischen den USA und China, weiterhin der Vormarsch des politischen Autoritarismus und des Neofaschismus, zugleich mit fortgesetztem Widerstand der Völker und der abhängig Beschäftigten, aber auch mit immer mehr Kriegen in der Welt.

Wir sind an einem neuen Punkt der Geschichte des Kapitalismus angelangt. Eine Periode, die sich qualitativ unterscheidet von der Zeit der neoliberalen Globalisierung, die wir seit dem Ende der 80er Jahre erlebt hatten. Eine Zeit mit mehr Konflikten, Klassenkämpfen und Kämpfen von Staaten untereinander im Vergleich mit der Zeit, die vor 33 Jahren mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der bürokratischen Regimes in Osteuropa begann.

Es gibt zwei wesentliche Unterschiede zwischen der gegenwärtigen Lage und der Konvergenz der Krisen zu Anfang des 20. Jahrhunderts, die zur „Ära der Katastrophen“ (1914–1946) mit zwei mörderischen Weltkriegen geführt hatten.

Die unmittelbar bedrohlichste Seite dieser multidimensionalen Krise ist die ökologische Krise, die durch zweihundert Jahre räuberischer kapitalistischer Akkumulation verursacht wurde. Was ist die ökologische Krise schließlich anderes als das Resultat des auf fossilen Brenn-

stoffen basierenden Kapitalismus? Die Zuspitzung der Klima- und Umweltkrise trifft die Menschheit und das Leben auf der Erde schwer: Das Tempo der Erwärmung der Erdatmosphäre hat sich seit dem letzten Jahrzehnt verdoppelt; die Biodiversität bricht ein; wir erleben Verschmutzungen, Kontaminationen und Pandemien – dies alles verkürzt die verbliebene Zeit für entscheidende Aktionen.

Die globalisierte Ökonomie auf Grundlage der Verbrennung fossiler Energieträger und der wachsende Konsum von Fleisch und hochverarbeiteten Lebensmitteln verschlimmert die Klimakrise rasch. Es entsteht ein Klima, das die Zukunft der Menschheit auf unserem Planeten begrenzen wird. Das Abschmelzen des Eises an den Polen und der Gletscher beschleunigt den Anstieg des Meeresspiegels und die Verknappung des Süßwassers. Die Agroindustrie, der Bergbau und die Extraktion von Kohlenwasserstoffen schreiten in den Regenwäldern voran, die doch wesentlich zur Erhaltung des Weltklimas und der Biodiversität beitragen. Die Auswirkungen der Klimakrise werden weiterhin zu katastrophalen Erscheinungen führen sowie Infrastrukturen, nachhaltige Landwirtschaft und Subsistenzmittel zerstören und massiv Menschen aus ihrer Heimat vertreiben. Nichts von alledem wird ohne zugespitzte gesellschaftliche Konflikte geschehen.

Die ökonomische und soziale Krise

Wir leben immer noch mit den Auswirkungen der großen Finanzkrise von 2008, die eine neue große Depression, gefolgt von einer langanhaltenden Rezession, ausgelöst hatte, ähnlich wie in den Jahren 1873–90 und vor allem wie die krisenhafte Entwicklung der Jahre 1929–1933. Wir erleben eine Krise der neoliberalen Globalisierung. Erst einmal, weil diese Art des kapitalistischen Funktionierens nicht mehr in der Lage ist, Wachstum und Profit- und Akkumulationsraten wie zu Ende der 80er und in den 90er Jahren zu garantieren. Weiterhin, weil die geopolitische Polarisierung, verschlimmert durch Kriege und den Aufschwung der Nationalismen, die extrem internationalisierten Wertschöpfungs- und Handelsketten erschüttert (zum Beispiel der Energietransfer zwischen Russland und Europa oder die weltweite Produktion von Mikrochips, Zielscheibe des US-amerikanischen Furors gegen die drohende chinesische Führerschaft bei Telekommunikation und Künstlicher Intelligenz). Das Bestreben ist nun, die weltweiten Produktionsketten neu zu ordnen. Dabei hindert keine dieser Schwierigkeiten die neoliberalen imperialistischen Regierungen daran, ihre Konterreformen und brutalen

Angriffe auf die Löhne, die sozialen Errungenschaften fortzuführen sowie die Landwirtschaft mehr und mehr der Waren- und Geldwirtschaft zu unterwerfen.

Trotz des mehr als bescheidenen Wachstums seit 2008 bekämpft die neoliberale Wirtschaftspolitik die eigene Krise mit einer Flucht nach vorne, mit fortgesetzter Konzentration des Kapitals, mit dem Primat der Finanzmärkte, der öffentlichen und privaten Verschuldung, der Digitalisierung – die den großen transnationalen Konzernen im Allgemeinen und den High-Tech-Unternehmen im Besonderen wachsende Macht verleiht. Die Stagnation oder das verlangsamte Wachstum, die (durch die russische Invasion der Ukraine noch verschlimmerte) Inflation und die Umsetzung der alten neoliberalen politischen Rezepte verschärfen die sozialen und regionalen Ungleichheiten sowie die Diskriminierungen nach Geschlecht und „Rasse“ in den einzelnen Ländern und zwischen ihnen.

Das eifrige Bestreben, sich vor der Krise zu schützen (oder die Profite aufrechtzuerhalten) befeuert die Finanzspekulation und droht unaufhörlich in eine Pleitenwelle wie 2008 einzumünden, von der nicht nur Banken betroffen waren, sondern auch große Industrieunternehmen wie General Motors, Ford, General Electrics und auch große Immobilien-Unternehmen. Die Rezession drückt auf den Lebensstandard der arbeitenden Massen und der Zinsanstieg lässt die öffentlichen und privaten Schulden anwachsen und schafft damit die Möglichkeit neuer Krisen der Zahlungsunfähigkeit in bestimmten Weltregionen oder weltweit.

Die Abwesenheit revolutionärer Alternativen auf Massenebene

Sicherlich gibt es Kämpfe und Widerstände. Dieses Jahrhundert hat mindestens drei große Wellen von demokratischen und anti-neoliberalen Kämpfen gesehen (am Anfang des Jahrhunderts, 2011 und 2019/20), eine erneuerte Frauenbewegung, die in den USA aufgetauchte antirassistische Bewegung und weltweit Kämpfe für Klimagerechtigkeit. Aber auf der objektiven Ebene waren diese Kämpfe nicht nur mit dem neoliberalen Kapitalismus und den ihm dienenden Regierungen konfrontiert, sondern auch mit den Problemen, die die Restrukturierung der Arbeitswelt mit sich bringt – die industrielle Arbeiterklasse hat in einem großen Teil der westlichen Welt an gesellschaftlichem Gewicht verloren; die unterdrückten Schichten der Jugend und der prekär Beschäftigten sind noch nicht dauerhaft organisiert und haben oft Schwierigkeiten, sich mit der Gewerkschaftsbewegung zu verbinden.

Mitten in diesen sich immer schneller vollziehenden Veränderungen bleibt ein Element der vorangegangenen Periode bestehen und wird durch Veränderungen in der Zusammensetzung der ausgebeuteten Klasse und der unterdrückten Schichten verschlimmert (infolge dessen, was man Strukturwandel nennt): Die Abwesenheit einer (in den Augen der Massen glaubwürdigen) Alternative zum Kapitalismus und einer antikapitalistischen Kraft oder einem Bündel von Kräften, die soziale Kämpfe und Revolutionen anführen könnten. Äußerst kritisch ist also nicht nur die Lage für das System, sondern auch die große politische und ideologische Fragmentierung der sozialen Bewegungen und der Linken. Diese Situation hängt zusammen mit einem Rückgang des Bewusstseins der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die von den geopolitischen Verwerfungen, dem technologischen und strukturellen Wandel und vom auf die Spitze getriebenen neoliberalen Individualismus betroffen sind. Hinzu kommen die negativen Erfahrungen mit „linken“ Regierungen wie von Syriza oder Podemos und die sehr weit gehende Zersplitterung der sozialistischen Linken. Das alles schafft ein Umfeld, in dem die Kämpfe schwieriger und ihr positiver Einfluss auf die politische Bewusstseinsbildung schwächer werden.

Wie die vielen Krisen sich gegenseitig verstärken

Die kapitalistische Krise als multidimensional zu charakterisieren bedeutet, dass es sich nicht einfach um eine Summe von Krisen handelt, sondern um ihre dialektisch kombinierte Wechselwirkung, bei der jeder Bereich auf den anderen einwirkt und von den anderen beeinflusst wird. Die Verbindung zwischen dem Krieg in der Ukraine (vor dem Ausbruch des Konflikts in Palästina) und der ökonomischen Stagnation haben die Krise der Ernährungslage der Ärmsten der Welt verschlimmert; im Vergleich zur Zeit vor zehn Jahren leiden heute 250 Millionen mehr Menschen Hunger. Die von Kriegen, Klimaänderungen, Ernährungsnotstand und immer mehr repressiven Regimes ausgelösten Migrationsströme nehmen vor allem im globalen Süden zu, auch wenn die Medien hauptsächlich diejenige in den globalen Norden herausstellen.

Die desaströsen Aussichten im ökologischen und im ökonomischen Bereich haben mindestens seit 2016 ohne jeden Zweifel eine wichtige Rolle dabei gespielt, dass ein Teil der Fraktionen der Bourgeoisie in verschiedenen Ländern vom Projekt der formellen Demokratie als bestem Mittel für die Verwirklichung neoliberaler Vorhaben Abstand genommen hat. Immer größere Teile

der Bourgeoisie favorisieren autoritäre Alternativen im Rahmen der liberalen Demokratien, was zur Verstärkung der fundamentalistischen Rechten und zu rechtsextremen Regierungen führt.

Die Expansion von hyperindividualistischen neoliberalen Einstellungen, verbunden mit der Nutzung der sozialen Netzwerke und wohl auch schon der Künstlichen Intelligenz durch die extreme Rechte, begünstigt noch mehr die Entpolitisierung und Fragmentierung der Klassen und den Konservativismus. Die Techniken der Digitalisierung tragen auch dazu bei, die für die Welternährung als entscheidend eingeschätzte mittlere und kleine Bauernschaft den Konzernen als Kundin unterzuordnen oder niederzuhalten bis hin zu ihrer Dezimierung. Auf der anderen Seite stellt der Neoliberalismus mit seinen fortgesetzten Angriffen auf das, was vom Wohlfahrtsstaat übrig ist, und damit, dass er die extreme Ausbeutung der Beschäftigten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich und vor allem in den Pflegeberufen vorantreibt, die Frauen, besonders die erwerbstätigen Frauen, vor das Dilemma, entweder schlecht zu (über)leben oder sich zu wehren.

Der Neoliberalismus hält die Frauen als Arbeitskräfte in formellen Arbeitsverhältnissen im globalen Norden, in weniger strukturierten, eher informellen Arbeitsverhältnissen im globalen Süden und senkt dabei weiter die Löhne und Einkommen derer, die outgesourcet „von außen“ arbeiten oder Dienste leisten, wobei er den beruflich aktiven Frauen zusätzlich die gesamte Sorgearbeit für die Kinder, die älteren oder kranken Menschen aufbürdet – eine Arbeit, die früher vom Wohlfahrtsstaat weitgehend übernommen worden war, vor allem in den entwickelten kapitalistischen Ländern, was inzwischen aber brutal abgebaut worden ist. Mit der Krise der Netzwerke der gesellschaftlichen Reproduktion, die in den neokolonial abhängigen Ländern stärker ist als in den Metropolen, verlagert die neoliberale Gesellschaft die Pflegearbeit auf die Familie und schichtet sie auch rassistisch um (schiebt sie ab auf Nicht-Weiße, auf Schwarze, auf indigene Frauen, auf Zugewanderte). Mit all dem wird sie insgesamt der Verantwortung für die gesellschaftliche Reproduktion nicht gerecht.

Aus globalem geoökonomischem Blickwinkel führen der heutige neoliberale Kapitalismus und seine zwischenstaatlichen Regulierungsinstanzen digitale Produkte und Algorithmen als neue Produktivkräfte ein, wobei digitale Plattformen und damit verbunden neue gesellschaftliche Produktionsbeziehungen auftauchen, wie die Uberisierung und die umfassende Kommerzialisierung

der gesellschaftlichen Beziehungen. Gleichzeitig hat sich der Schwerpunkt der weltweiten Kapitalakkumulation im 21. Jahrhundert vom Nordatlantik (Europa und USA) zum Pazifik (USA, vor allem Silicon Valley, Ostasien und Südostasien) verschoben. Dabei ist nicht nur China entscheidend, sondern die ganze Region, von Japan über Südkorea und Australien bis Indien.

Das geopolitische Chaos und die Neuformierung der Weltordnung

Die sich herausbildende „neue Ordnung“ – oder Unordnung –, die bereits die Drohung immer zahlreicherer interimperialistischer Konflikte und der Wiederaufnahme des atomaren Wettrüstens in sich trägt, macht die Welt konfliktreicher und gefährlicher. Das seit einigen Jahren bestehende „geopolitische Chaos“ wird schlimmer und mündet in eine Krise des imperialistischen Systems, d. h. in eine Schwächung der hegemonialen Macht. Hinzu kommen neue Imperialismen, wie Russland, oder sich entwickelnde Imperialismen wie China. Es handelt sich um eine laufende Umbildung in einem weltweit instabilen Kontext, in dem nichts konsolidiert ist. Jedenfalls existiert der unipolare Block unter Führung der USA nicht mehr.

Dabei zeigen die Fakten, dass wir mit der Verstärkung des asiatischen Riesen auf den ökonomischen, technologischen und militärischen Ebenen im letzten Jahrzehnt einen innerimperialistischen Konflikt haben aufkommen sehen, basierend auf der Rivalität zwischen dem von den USA geführten Block (mit den europäischen Imperialismen, Kanada, Japan, Südkorea und Australien) auf der einen Seite und einem Block, den China um sich herum aufzubauen sucht, auf der anderen Seite. Dieser letztere Block, der expandiert und in der Offensive ist, schließt Russland (trotz seiner besonderen Interessen und seinen Widersprüchen mit Peking), Nordkorea, zahlreiche zentralasiatische Republiken ein und erobert neue Freunde im Nahen Osten (Saudi-Arabien, Katar, Bahrein, Iran) und versucht, die BRIC-Staaten als Verbündete gegen die westlichen Imperialismen zu gewinnen. Indien bleibt dabei zuverlässig mit den USA verbündet, auch gegen China.

Wir erleben eine Vervielfachung kriegerischer Konflikte in der Welt, so wie diejenigen, die sich in Syrien, im Jemen, im Sudan abspielen und im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo. Hinzu kommen offen erklärte oder verschleierte Bürgerkriege wie in Myanmar zum Beispiel und der permanente Kampf der lateinamerikanischen Staaten gegen kriminelle Banden, und letzterer gegen die Massen, wie in Mexiko, in Brasilien und in

Ecuador. Diese konfliktträchtige Situation schreitet in der Geoökonomie und Geopolitik Afrikas voran, wo Russland auf ökonomischer und militärischer Ebene mit Frankreich und den USA konkurriert, vor allem in den ehemaligen französischen Kolonien Westafrikas. Zugleich versucht China weiterhin, seinen ökonomischen Einfluss in allen Teilen des afrikanischen Kontinents auszubauen, auch in Lateinamerika und in der Karibik.

Der Charakter des heutigen Chinas und Putin-Russlands

Der „große Sprung“ Chinas der letzten dreißig Jahre hatte kapitalistischen Charakter. Erbe einer großen sozialen Revolution und einer restaurativen Wende seit den 80er Jahren, die wesentlichen Einfluss auf die neoliberale Reorganisation der Welt hatte (und die in Partnerschaft mit den USA und ihren Verbündeten durchgeführt wurde), hat der entstehende chinesische Imperialismus eigene Charakteristika, wie jeder Imperialismus. Er fußt auf einem Staatskapitalismus, der in der KPC und der chinesischen Armee geplant und zentralisiert wird, ein Entwicklungskapitalismus mit offen entwicklungs politischen Zielen, wo die meisten großen Unternehmen Joint Ventures von staatlichen bzw. staatlich kontrollierten und privaten Unternehmen sind.

Dieser entstehende Imperialismus ist natürlich noch im Aufbau. In den letzten zehn Jahre hat China bei den Exporten einen Sprung gemacht: Es hat erhebliche Anteile an Energieunternehmen, Bergbauunternehmen und der Infrastruktur in neokolonialen Ländern erworben (in Südostasien, in Zentralasien, Afrika und Lateinamerika) und ist zu dem Land mit den weltweit meisten neu registrierten Patenten geworden. Seit 2022 ist China Netto-Exporteur geworden (exportiert mehr, als es importiert). China investiert zunehmend mehr in die Rüstung und warnt Rivalen und schwächere Staaten vehement davor, bestimmte rote Linien – Taiwan und Südsee – zu überschreiten. Es hat noch kein „anderes Land“ nach europäischem oder US-amerikanischem Vorbild erobert oder kolonialisiert, wenngleich seine Politik gegenüber Tibet und Xingjang (und kleinen historisch mit Indien umstrittenen Territorien) wesentlich kolonialistisch ist.

Das heutige Russland ist der Saat, der aus der massiven Zerstörung der Grundlagen der ehemaligen Sowjetunion und der nachfolgenden chaotischen und nicht zentralisierten kapitalistischen Restauration hervorgegangen ist, gestützt auf die Übernahme der Kontrolle alter und neuer Unternehmen durch Bürokraten, die damit zu

Oligarchen wurden. Putin und seine Gruppe, die aus den alten Spionage- und Repressionsapparaten hervorgingen, erarbeiteten zu Anfang des Jahrhunderts das Projekt einer Rezentralisierung des russischen Kapitalismus, wobei sie die bonapartistischen Beziehungen zwischen den Oligarchen und einer 21.-Jahrhundert-Version der alten großrussischen national-imperialistischen Ideologie nutzten. Dies wurde zum wichtigsten Instrument der Selbstbehauptung des russischen Kapitalismus in der innerimperialistischen Konkurrenz und diente auch dazu, die Völker der Russischen Föderation zu unterdrücken – auch das russische Volk selbst. Der äußerst repressive Charakter des Putin-Regimes kann als Entwicklung hin zum Faschismus bewertet werden.

Die USA, eine Hegemonialmacht in der Krise

Das Aufkommen von Rivalen nimmt den USA nicht die Eigenschaft des reichsten und militärisch mächtigsten Landes mit einer nie dagewesenen kriegerischen Stärke und mit der von ihrer „historischen Mission“ extrem überzeugten Bourgeoisie, den Planeten um jeden Preis zu beherrschen, und deshalb auch Kriege für die Aufrechterhaltung ihrer Hegemonie zu führen. Uncle Sam hat weiterhin das letzte Wort in der immer noch hegemonialen imperialistischen „Gemeinschaft“. Tatsache ist, dass die USA in Sachen Gewaltausübung unschlagbar sind. Die USA haben aber (mindestens seit dem Vietnamkrieg) noch nie ein so großes Problem gehabt: Eine imperialistische Hegemonie (wie alle Hegemonien) kann nur aufrechterhalten werden, wenn sie auch ihre Verbündeten und die inländische öffentliche Meinung überzeugt. Und nichts ist gefährlicher, als ein in die Enge getriebener Hegemonismus.

Die Vereinigten Staaten haben schwerwiegende Probleme in Hinblick auf ihre Legitimität nach außen, aber auch, und das ist noch schlimmer, in Hinblick auf ihre Legitimität im Innern. Das gab es nicht in der vorangegangenen Periode der sogenannten „Unipolarität“ und des „Kriegs gegen den Terrorismus“ der 90er Jahre. Ihre ökonomische und politische Elite ist wie nie zuvor über die Weise der inneren Herrschaftsausübung gespalten und gezwungen, sich mit dem Problem der Auflösung der Wertschöpfungsketten auseinanderzusetzen, die im Laufe der letzten vierzig Jahre die Ökonomie der USA mit der chinesischen Ökonomie verbunden haben.

Über ihre relative ökonomische Schwächung hinaus, sind die Vereinigten Staaten eine Gesellschaft und ein bürgerlich-demokratisches Regime in offener Krise,

seitdem die Tea Party und Trump die Kontrolle über die Republikanische Partei von innen übernommen und die Polarisierung verschärft haben – mit dem Ziel, die Regeln der ältesten bürgerlichen Demokratie der Welt zu verändern. In der Tendenz vertieft sich diese Polarisierung weiter und trägt dazu bei – ob mit Trump oder Biden im Weißen Haus –, dass das einst allmächtige „Amerika“ weiter geschwächt wird, weil es konfrontiert sein wird mit Konflikten zwischen der Exekutive, dem Kongress und der Justiz, was ihren geopolitischen Zielsetzungen schaden kann.

Der globale Süden

Lateinamerika, Afrika, der Nahe Osten und ein großer Teil Asiens (vor allem seine südlichen und südöstlichen Teile) stellen die Territorien der neokolonialen Länder dar, die als „Globaler Süden“ bekannt sind. Trotz der Ungleichheiten zwischen ihren verschiedenen Staaten und gesellschaftlichen Strukturen stellen sie insgesamt diesen bedeutenden Teil der Welt dar – hier lebt oder überlebt die große Mehrheit der Menschheit –, der verschuldet ist, Rohstoffe produziert, die am wenigsten zerstörten Ökosysteme besitzt und mit ausgedehnter Produktion von Lebensmitteln und vielen billigen Arbeitskräften ganz wesentlich ist für die permanente und räuberische Bereicherung des imperialistischen Nordens.

Nach vierzig Jahren neoliberaler Globalisierung hat der Süden weiterhin die stärkste Zusammenballung von Ungleichheit, Hunger, fehlender sozialer Sicherung, autoritärer Regierungen, Enteignungen und blutiger sozialer Konflikte. Zugleich hat die finanzwirtschaftliche, industrielle, kommerzielle und kulturelle Internationalisierung auch eine perverse Angleichung mit dem Norden bei Problemen und bei der politischen Polarisierung bewirkt: mit dem Aufschwung der extremen Rechten (Duterte, Bolsonaro, Modi, Milei), der Vergrößerung der Macht krimineller Organisationen, der klimatischen Tragödien (wie in Indien, in Bangladesch, auf den Philippinen, in Brasilien), den staatlichen und politischen Systemkrisen, den Bürgerkriegen (wie in Myanmar, im Sudan, in der Demokratischen Republik Kongo, auf Haiti) und den Kriegen zwischen Ländern.

Lateinamerika

Seit Anfang des Jahrhunderts erlebt Südamerika eine Reihe von Kämpfen, vielfältige Demonstrationen, aufständische Volksbewegungen, die Wahl reformistischer Regie-

rungen auf Grundlage dieser Kämpfe und viel politische Polarisierung. Der Neo-Extraktivismus, die räuberische Ausbeutung der Natur, der Sozialabbau, die Ungleichheiten, die tägliche Gewalt und die sich entwickelnden politischen Krisen nehmen zu und nähren die Alternativen der extremen Rechten. Seit 2018 hat ein neuer Zyklus von Mobilisierungen radikal die Länder der Anden ergriffen. Widerstände, Ausbrüche und gesellschaftliche Kämpfe – die demokratische und ökonomische Forderungen kombinieren – wirken zusammen, gleichzeitig ist die extreme Rechte der permanente Hauptfeind. Diese Kämpfe werden manchmal mit der Wahl sogenannter „progressiver“ Regierungen der zweiten Welle kanalisiert.

Das sind keine Regierungen der abhängig Beschäftigten und Unterdrückten, es sind also nicht „unsere Regierungen“. Wir nehmen nicht an ihnen teil und schulden ihnen keine bedingungslose Unterstützung. Allerdings werden diese Regierungen in einer Zeit der Stärke und des Aufschwungs der extremen Rechten von großen Teilen der Massen als Alternative zum Neofaschismus gesehen, weil sie ganz allgemein als eine Wahlalternative gesehen werden. Also müssen wir jeden einzelnen Fall in jedem Land im Rahmen des gegenwärtigen Kontexts auf Weltebene analysieren, und zwar im Hinblick auf die Notwendigkeit, die extreme Rechte zu besiegen. Dabei kann unsere Politik nichts anderes bezwecken als die Mobilisierung der Bevölkerung und eine wohlüberlegte Kombination aus programmatischen Forderungen, Ermutigung und Unterstützung der Kämpfe gegen die neoliberalen und räuberischen Maßnahmen dieser Regierungen, der Anprangerung ihrer reaktionärsten Auswüchse, Förderung der vielversprechendsten Arten und Weisen, die extreme Rechte zu bekämpfen, wobei wir die unverzichtbare Aufrechterhaltung der Autonomie der Bewegungen gegenüber den Regierungen fordern.

Afrika im Wirbelwind der Krisen

Diese Weltregion mit 1,2 Milliarden Menschen existiert in einer kapitalistischen Welt, die das Leben der Menschen jederzeit formt und einschränkt. Entgegen der Erzählung vom Aufschwung Afrikas, die suggerierte, Afrika, und besonders der Nahe Osten seien endlich dabei, sich aus dem Joch der neokolonialen Unterentwicklung zu befreien, ist Afrika das Opfer des „ungleichen“ Teils der ungleichen und kombinierten Entwicklung. Es bleibt der ärmste Kontinent der Welt. Die Weltbank schätzt,

dass 2030 87 % der Ärmsten der Armen in Afrika leben werden.

Die multidimensionale Krise des Kapitalismus hat fatale Folgen für den ganzen Kontinent. Afrika verursacht nur 4% der weltweiten Treibhausgas-Emissionen. Aber sieben von zehn der für Klimakatastrophen empfindlichsten Länder befinden sich in Afrika. Vier Jahre Dürre am Horn von Afrika haben 2,5 Millionen Menschen vertrieben. Mehrere Konflikte, die die politische Lage in Afrika prägen, sind von den extremen Verwerfungen verursacht, die durch die Beschleunigung der Klimakrise hervorgerufen wurden.

Seit einiger Zeit erleben wir einen neuen Run auf Afrika, der eine Welle von Konflikten auf dem Kontinent provoziert – vom Sudan bis nach Mosambik. Während ein großer Teil dieser Konflikte mit der Entdeckung neuer Erdöl- und Erdgasfunde zusammenhängt, weckt das Wettrennen um die Kontrolle über die Gewinnung Seltener Erden und anderer begehrter Mineralstoffe bzw. Metalle (wie Kobalt, Kupfer, Lithium, Platin) besonderes Interesse, denn diese Stoffe werden für die „grüne Wirtschaft“ in den entwickelten Industrieländern gebraucht.

Neben den alten Kolonialmächten und natürlich dem imperialen Hegemon USA, spielen China und Russland eine wichtige Rolle bei der Extraktion der Reichtümer durch Formen der Überausbeutung und mit dem Schüren der Konflikte auf dem Kontinent. Infolge dessen prägen neue Konflikte, regionale Kriege und Bürgerkriege weiterhin die politische Ökonomie des Kontinents. Bei der Ausnutzung der Konflikte in mehreren afrikanischen Ländern, wo von den westlichen Mächten gestützte Regierungen mit neuen Aufständen konfrontiert oder gestürzt werden, spielt sich ein vertrautes Szenario ab. Russland, vor allem mittels der Söldnertruppe Wagner, breitet sich aus, um dem westlichen Einfluss entgegenzuwirken und selbst an Einfluss in dieser Weltregion zu gewinnen. Dasselbe gilt für die Reihe von Staatsstreich in Westafrika, die die Macht des Neokolonialismus Frankreichs infrage stellen und wo sich die neuen Regime Konkurrenten Washingtons zuwenden, um militärische und finanzielle Rettungsringe zu erhalten.

Dabei ist China die am besten aufgestellte nicht-westliche Macht, die die Reichtümer Afrikas ausbeutet. China setzt seine ökonomische Macht ein, um ungleichen Tausch zu vollführen, sei es in der Form von Krediten, die mit natürlichen Ressourcen gedeckt werden, sei es mit anderen Arten von Krediten oder Handelsabkommen oder auch vermittelt über seine Investitionen im

afrikanischen Bergbau und in afrikanische Infrastruktur. Laut Schätzungen sind 62% der afrikanischen bilateralen Schulden solche an chinesische Gläubiger.

Im Afrika südlich der Sahara scheinen die sogenannten Bürgerbewegungen (Balai citoyen in Burkina Faso, Y en a marre! im Senegal, Lucha in der Demokratischen Republik Kongo usw.) einen neuen Anlauf nehmen zu wollen. Auf die Demonstrationen der Bevölkerungen, auch der Oppositionsparteien, reagieren die Regimes mit grausamer Unterdrückung (Senegal, Swatini/Ex-Swasiland, Zimbabwe usw.). Im Allgemeinen gibt es nur selten eine linke oder „progressive“ (anti-neoliberale) politische Kraft, auf die die Massen sich beziehen könnten, ganz zu schweigen von einer antikapitalistischen Perspektive (wie sie von den Genoss:innen während des algerischen Hirak vertreten wurde). Der sudanesischer Aufstand, mit seiner bemerkenswerten Selbstorganisation und seinen radikalen sozialen und demokratischen Forderungen, ist heute erstickt, und die Bevölkerung wird von einem gnadenlosen bewaffneten Konflikt dezimiert, bei dem sich Generäle gegenüberstehen, die alle von reaktionärsten Staaten unterstützt werden. In Tunesien hat das Regime von Kais Saïd die mit dem arabischen Frühling aufkommenden demokratischen Bestrebungen erstickt.

Die militärischen Staatsstrieche im Jahr 2023 in ehemaligen französischen Kolonien (Mali, Burkina Faso, Niger und Gabun) zeigen die Tiefe der Krise dieses Kontinents. Sie hat sich verschärft mit der Intensivierung der militärischen Aktionen der islamistischen terroristischen Gruppen, die von den Golfmonarchien finanziert werden und durch die Niederlage Gaddafis in Libyen und der Intervention der Westmächte verstärkt wurden. In diesen vier Ländern hat das Militär die Macht übernommen, ohne im Kontext der Regimekrise auf Widerstand zu stoßen. Sie haben von der völligen Diskreditierung der politischen Institutionen und der allgemeinen Ablehnung der französischen imperialistischen Präsenz (Françafrique) in der Bevölkerung profitiert, vor allem unter den Jugendlichen der Sahel-Zone. Diese Ablehnung ist im Übrigen sehr klar während der sozialen Bewegungen von 2021 zum Ausdruck gekommen. Im Fall des Staatsstreichs in Gabun, einer ehemaligen französischen Kolonie in Zentralafrika, ist die Krise des Regimes entscheidend, denn dort hat es nicht dieselbe Ablehnung Frankreichs seitens der neu Regierenden und der Bevölkerung gegeben wie in der Sahel-Zone. Dabei bietet das an die Macht gekommene Militär keine wirkliche Alternative zur imperialistischen Politik und zum neoliberalen Modell an, genau so

wenig wie die bei den Wahlen in Tunesien und Ägypten an die Macht gekommenen Islamisten in der Periode nach dem arabischen Frühling.

Die Ausgebeuteten, die Unterdrückten und die Völker der Welt antworten mit Mobilisierungen

Nach der Krise von 2008 haben wir die Wiederaufnahme der Mobilisierungen in der ganzen Welt erlebt. Occupy Wall Street, Plaza del Sol in Madrid, Taksim in Istanbul, Nuit debout und Gelbwesten in Frankreich, Juni 2013 in Brasilien, Mobilisierungen in Buenos Aires, Hongkong, Santiago, Bangkok. Dieser ersten Welle folgte eine zweite Welle von Erhebungen und Explosionen 2018 und 2019, die von der Pandemie unterbrochen wurden: die antirasistische Rebellion in den USA und im Vereinigten Königreich nach dem Tod von George Floyd, die Mobilisierung von Frauen in vielen Teilen der Welt, einschließlich des heroischen Kampfs der Frauen im Iran, die Revolten gegen autokratische Regime wie in Weißrussland (2020), und eine massive Mobilisierung von indischen Bäuerinnen und Bauern, die sich 2021 durchsetzen. 2019 gab es in über hundert Ländern Demonstrationen, Streiks oder Versuche, die jeweilige Regierung zu stürzen: in sechs von ihnen wurden die Regierungen erfolgreich gestürzt oder grundlegend umgebildet, nachdem sie sich den geforderten Reformen verweigert hatten, in vier wurden die Regierungen gestürzt und in zwei wurden die Regierungen grundlegend umgebildet (laut einer Studie von *Mediapart* vom 24.11.2019).

Kurz nach der Pandemie gab es in Frankreich drei Monate lang Widerstand gegen Macrons Rentenreform; eine Erhebung der Beschäftigten, Studierenden und der Bevölkerung in China, die die „Null Covid“-Strategie der KP Chinas zu Fall brachte, in den Vereinigten Staaten ist die gewerkschaftliche Organisation weiter in neuen Bereichen vorangeschritten (Starbucks, Amazon, UPS), verbunden mit dem Auftauchen neuer, von der Basis ausgehender antibürokratischer Prozesse, mit Streiks vor allem in den Bereichen Erziehung und Gesundheitswesen. 2022/2023 kam der große Streik der Texter:innen und Schauspieler:innen in Hollywood hinzu sowie der historische, bislang siegreiche Streik der Beschäftigten in den drei großen Automobilunternehmen des Landes.

Die Arbeiter:innenklasse im weiten Sinne des Wortes, die sich gegenwärtig auf die Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz vorbereitet (und Widerstand leistet, wie es der Streik der Texter:innen und Schauspieler:innen von Hollywood zeigt), ist immer noch lebendig und zahlreich,

wenn auch umstrukturiert, unterdrückt, weniger bewusst und organisiert als im letzten Jahrhundert. In China gibt es weiterhin große industrielle Komplexe, ebenso in ganz Südostasien. Die bäuerlichen Bevölkerungen Afrikas, des südlichen Asien (Indien und Pakistan) und Lateinamerikas widerstehen auch tapfer der imperialistischen agro-industriellen Invasion. Die indigenen Völker, die zehn Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, leisten Widerstand gegen den Vormarsch des Kapitals auf ihren Territorien und verteidigen die Gemeingüter, die der Menschheit insgesamt so wichtig sind. Die Niederlage des arabischen Frühlings und die syrische Tragödie beeinträchtigen die Widerstandsfähigkeit der Völker des Nahen Ostens; und dennoch kam es zur heroischen Erhebung der Frauen und Mädchen im Iran.

Die Arbeiter:innen leisten dem Kapital weiterhin Widerstand und kämpfen für ihre Lebensbedingungen, wenn auch unter den Bedingungen anderer Arbeitsorganisation und mit neuen Formen, sich für den Kampf zu organisieren, und dadurch auch mit mehr Schwierigkeiten als vorher. Mehr denn je kommt es auf die Rekonstruktion des Bewusstseins der Ausgebeuteten und Unterdrückten und ihre Klassenunabhängigkeit gegenüber dem Kapitalismus an: in jedem Stadtviertel, in allen Betrieben, bei jeder Betriebsbesetzung und in jedem Streik, in allen neuen Basisgewerkschaften, in jeder neuen Kategorie und neuen Volksbewegung des Widerstands gegen die herrschende Ordnung, in der Einheit rund um gemeinsame Forderungen, bei der Schaffung und Verstärkung der Selbstorganisation und der antikapitalistischen Politisierung der Forderungen.

Die zentralen Aufgaben für eine neue Ära

Angesichts der vom imperialen kapitalistischen System aufgezwungenen wachsenden Ungleichheit zwischen den Ländern, angesichts der Kriege und nationalistischen Konflikte, die Millionen von Opfern verursachen, stellt sich die Vierte Internationale bedingungslos gegen alle Imperialismen. Wir sind für die volle Unabhängigkeit aller Kolonien und Neokolonien. Wir sind für eine Welt, in der kein Staat und kein Volk die Rechte anderer unterdrückt oder einschränkt. Der Frieden, für den wir eintreten, ist ein egalitärer und antikolonialer Frieden.

Unsere dringendste Aufgabe in Hinblick auf Palästina ist, politische und gesellschaftliche Kräfte für die Unterstützung des internationalen Aufrufs zu einem sofortigen Waffenstillstand und für den ungehinderten Zugang der humanitären Hilfe zu gewinnen. Wir fordern das Ende

der Zerstörung von Gaza, der Vertreibung und Verschiebung der Palästinenser:innen innerhalb des Gaza-Streifens und im Westjordanland, die Befreiung der palästinensischen Gefangenen und der israelischen Geiseln. Wir fordern das Ende der Komplizenschaft der anderen Staaten mit den Aktionen Israels und ein Waffenembargo gegen Israel. Wir bemühen uns um den Aufbau einer möglichst breiten Bewegung, um das palästinensische Volk zu unterstützen und die BDS-Kampagne zu stärken. Diese Bewegung schließt die Jüd:innen in aller Welt ein, die klarstellen, dass Netanjahu und die israelische Regierung nicht in ihrem Namen sprechen und für die eine friedliche jüdische Präsenz in Palästina nur verwirklicht werden kann mit der Verteidigung der Rechte des palästinensischen Volkes.

Die strategische Lösung im Nahen Osten beginnt mit dem Rückkehrrecht aller Palästinenser:innen auf das historisch anerkannte Territorium Palästinas, mit der Abschaffung der Apartheid vom Fluss bis zum Meer, mit dem Kampf gegen alle Formen des Rassismus und der Ausbeutung in der ganzen Region, mit der Durchsetzung gleicher Rechte für alle Völker und eben deshalb mit der Beseitigung des zionistischen Israels als jüdischem Staat. Wir arbeiten an der Entwicklung einer breiten egalitären revolutionären Bewegung aller Völker Palästinas im Kampf um ihre Selbstbestimmung. Aber das erfordert die Abwendung der jüdischen Bevölkerung Israels vom Zionismus und ihre Teilnahme an einer arabischen Revolution mit einer demokratischen, laizistischen und sozialistischen Dynamik.

Das einzig dauerhafte Ende des Kriegs in der Ukraine ist der völlige Rückzug der Truppen Putins. Alle Verhandlungen für einen Waffenstillstand oder „Frieden“ müssen öffentlich vor den Völkern der Ukraine und Russlands geführt werden. Es ist Sache des ukrainischen Volks über die Bedingungen eines Waffenstillstands zu entscheiden, der zum Scheitern der Aggression, der Wahrung dessen, was von der ukrainischen Infrastruktur übrig ist und zum Rückzug der russischen Truppen führt – mit der Rückkehr der Bevölkerung an ihre angestammten Orte. Wir verteidigen das Recht des ukrainischen Volks Widerstand gegen die Invasion zu leisten und dafür Hilfe zu erhalten, eine freie und demokratische Ukraine aufzubauen, und unterstützen alle, die sich in Russland und Weißrussland diesem Krieg widersetzen.

Wir kämpfen für die Auflösung aller Militär-Bündnisse – der Nato, der CSTO, AUKUS. Wir wenden uns gegen jede Logik der Aufteilung von „Einflussphären“

auf Kosten der Bevölkerungen und gegen alle neoliberalen und politischen Bedingungen, die an geleistete Hilfen geknüpft werden. Wir wenden uns gegen die zynische Ausnutzung des Kriegs in der Ukraine für die Erhöhung der Rüstungsausgaben, wie in Europa. Wir prangern jegliche atomare Drohung seitens beider Parteien an. Wir kämpfen weiter für weltweite Abrüstung, insbesondere der Atomwaffen und der chemischen Waffen, treten ein für einen Weltfrieden, wo kein Staat einen anderen beherrscht, in einen anderen einfällt oder gewaltsam unterwirft, also einen Frieden ohne Kolonialisten und ohne Massengräber von kolonisierten Völkern.

In Afrika wenden wir uns gegen den imperialistischen westlichen Diskurs, der, unter dem Vorwand, die verfassungsmäßige Ordnung wieder herzustellen, militärische Interventionen unterstützen will, um seine eigenen Interessen durchzusetzen. Wir kämpfen für den völligen Rückzug der französischen Truppen aus der ganzen Region und die Schließung der US-amerikanischen Militärbasis von Agadez im Niger. Wir verlangen den Abzug der Wagner-Gruppe. Wir unterstützen alle Anstrengungen zur Eroberung der politischen und ökonomischen Souveränität der Völker im Sinne einer neuen, gegen das System gerichteten Einheit der Länder und Völker Afrikas.

Gegenüber der extremen Rechten im Norden und Süden ist eine Politik der linken Einheit (Einheitsfront) ein wichtiges Element unserer aktuellen Politik, wobei wir niemals unsere politische Unabhängigkeit oder diejenige der sozialen Bewegungen aufgeben oder darüber verhandeln werden. In Ländern mit autoritären Regimes (wie in China, in Russland, Weißrussland, Nikaragua, Syrien, Saudi-Arabien, in den Arabischen Emiraten, im Iran und anderen Kalifaten) oder in solchen mit gewählten Regierungen und dennoch autoritärem Charakter (wie die Türkei, Venezuela, die Philippinen), ist unsere Politik die einer frontalen Opposition gegen die Machthaber, eines nie nachlassenden Kampfs für die demokratischen Rechte und einer bedingungslosen Unterstützung der Aufständischen, wie derjenigen in Myanmar und im Jemen.

In diesem Kontext ist die Initiative zu einer breiten Konferenz von Aktiven gegen den Faschismus in Brasilien 2025 sehr wichtig für die Internationale. Es sollte zu den Prioritäten unserer Aktivitäten auf allen Kontinenten gehören, diese Idee zu stärken und mit regionalen oder kontinentalen Vorkonferenzen an ihrer Verwirklichung zu arbeiten.

Wir kämpfen für die Durchsetzung grundlegender Forderungen wie für allgemeine und kostenlose Gesundheitsversorgung, dafür erforderliche staatlich garantierte Infrastrukturen, angemessene Wohnungen, Arbeitsplätze, Löhne und Renten, wie auch für den erschwinglichen Zugang zu Wasser und Energie.

Eine unserer Hauptaufgaben ist es, die sozial-ökologischen Kämpfe zu fördern und zu unterstützen und uns dafür einzusetzen, dass die antikapitalistischen ökologischen Forderungen die aller abhängig Beschäftigten und unterdrückten Schichten werden. Nur starke Bewegungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten auf der sozial-ökologischen Ebene kann der begonnenen Klimakrise entgegenwirken.

Wir verteidigen das Recht der Frauen und der Gesellschaft im Allgemeinen auf staatlich sichergestellten Ausgleich für Sorgearbeit (für Kinder und ältere oder kranke Menschen). Wir kämpfen für das Recht, zu entscheiden, Kinder in die Welt zu setzen oder nicht, für das Recht auf Abtreibung und alle Techniken der Empfängnisverhütung, auf Sexualerziehung auf allen Ebenen, auf öffentliche Kinderkrippen und Ganztagschulen hoher Qualität; in gleichem Maß zugängliche Arbeitsplätze und gleiche Einkommen für Männer und Frauen.

Gegen den strukturellen Rassismus, der die Schwarzen, die indigenen Völker und alle rassistisch diskriminierten Minderheiten, vor allem, wenn sie in den Norden eingewandert sind, schlagen wir politische Maßnahmen gegen Diskriminierungen vor und kämpfen für sie, wir fordern Reparationen für Sklaverei und Landraub und positive Maßnahmen. Wir sind auf der Seite aller Eingewanderten gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausweisungen. Für das Ende aller Mauern.

Gegen die konservative Homophobie und Transphobie, die die LSBTQI-Personen weltweit angreifen, erheben wir unsere Stimme für das umfassende Recht auf Selbstbestimmung über unsere Körper, so, wie wir das wollen. Für volle staatsbürgerliche Rechte für schwule, lesbische und nicht-binäre Paare, mit der Möglichkeit zu heiraten, Kinder zu kriegen und zu adoptieren. Wir verteidigen die Rechte der Transgender-Personen, den Kampf gegen die Gewalt gegenüber ihnen und ihre volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Alle diese Kämpfe müssen zusammenfließen, um die neuen Varianten des Faschismus zu besiegen, die ausbeuterischen und unterdrückerischen Regime zu stürzen, um sich weiterhin dem Imperialismus, dem Kolonialismus, mit einem Wort, dem Kapitalismus entgegenzustellen.

Die Vierte Internationale kämpft für eine Welt, in der kein Staat einen anderen unterdrückt oder überfällt, wo ein Frieden unter Gleichen möglich wird, bei Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker. Wir kämpfen für eine entkolonialisierte, ökologische und sozialistische – ökosozialistische – Welt, wo der Sturz des Kapitalismus und die Beseitigung seiner Logik die Gleichheit zwischen allen erlaubt, bei allen ihren Unterschieden. Eine feministische Welt aller Ethnien und Hautfarben, aller geschlechtlichen Orientierungen und Identitäten, aller Glaubensrichtungen, aller Formen des menschlichen Lebens in Symbiose und im Gleichgewicht mit der Natur.

Übersetzung: M. K. u. J. S.



POSITION DER ISO ZU AUFRÜSTUNG UND MILITARISIERUNG

„Wir werden von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren. [...] Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen *einmalig* mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen.“

(Olaf Scholz, 27.2.2022, Hervorhebung von uns)

„Wir werden dauerhaft diese zwei Prozent gewährleisten, die ganzen 20er-Jahre über, die 30er-Jahre. Diese Zusage gilt.“

(Olaf Scholz, Bundeswehr-Tagung, 10.11.2023)

1. 1990er Jahre: Umbau der Bundeswehr für Auslandseinsätze

Ab den 1990er Jahren fand eine Neuausrichtung der Bundeswehr statt: Die Struktur der Bundeswehr wurde in Hauptverteidigungsstreitkräfte (=Landesverteidigung) und Krisenreaktionskräfte (=Auslandseinsätze) umgestaltet, die Beschaffung entsprechend angepasst und schließlich die allgemeine Wehrpflicht 2011 zugunsten einer Berufsarmee ausgesetzt.¹ Im Rahmen der NATO und der damaligen WEU wurden internationale Strukturen geschaffen wie das Eurokorps und die deutsch-französische Brigade. Auf nationaler Ebene wurde das rechtslastige Kommando Spezialkräfte (KSK) mit Sitz in Calw aufgebaut.² Zur Zeit gibt es 21 Auslandseinsätze.³ Der größte geplante Einsatz, die Stationierung einer Brigade mit 4.800 Soldat:innen in Litauen, wurde anlässlich des 75-jährigen Bestehens der NATO eingeleitet.

2. Die „Zeitenwende“: 100 Milliarden für die Bundeswehr

Mit dem Beschluss für das „Sondervermögen“ (die in Wirklichkeit Schulden sind) von 100 Milliarden für die Bundeswehr durch die Mehrheit des Deutschen Bundestages haben die Rüstungsausgaben einen gewaltigen Schub erhalten.⁴

Die geplanten Beschaffungen umfassen alle Bereiche: Heer, Marine und Luftwaffe sowie den neu geschaffenen Bereich Cyberraum. Das „Sondervermögen“ ist bis Ende 2027 befristet, bis dahin müssten alle Rüstungsprojekte geplant, beantragt und umgesetzt sein, was schon heute als völlig unwahrscheinlich angesehen werden muss. Die bisher tatsächlich abgerufenen Mittel sind wesentlich geringer, so dass z. B. das NATO-Ziel, 2 % des BIP für Rüstung auszugeben, auch in 2023 verfehlt worden ist (1,66 %).

Hinzu kommt, dass ein Teil der 100 Milliarden für Zinsen aufgewendet werden muss.

Das Sondervermögen ist – was die Beantragung von Rüstungsvorhaben betrifft – bereits 2024 aufgebraucht.⁵ Doch ab 2028 entsteht ein Haushaltsloch von – nach unterschiedlichen Schätzungen – von 20 bis zu 56 Milliarden. Das heißt, dass ab 2028 die Kosten aus dem laufenden Bundeshaushalt gedeckt werden müssen bzw. es müsste ein neuer Sonderetat eingerichtet werden.⁶ So oder so: Ein bisher in dieser Form nie gekannter Sozialabbau und anderer Leistungen der Daseinsfürsorge droht.

Wofür das Geld bis Ende 2027 ausgegeben werden soll, zeigt die folgende Grafik⁷:

Eine genaue Beschreibung aller Rüstungsprojekte ist auf der Sonderseite von IMI enthalten.⁸ Bei den derzeit veran-

schlagten Kosten für einzelne Projekte wird es aber – wie die Erfahrung in der Vergangenheit zeigt – nicht bleiben.

3. „Schlanker, schneller, kriegstüchtiger“: die neue Struktur für die Bundeswehr

Der jetzige Umbau der Bundeswehr sieht eine erhebliche Aufwertung der Landes- und Bündnisverteidigung vor. Verteidigungsminister Pistorius hat deshalb im April auch eine Strukturreform der Bundeswehr angekündigt:

„Heer, Luftwaffe, Marine: Zusätzlich dazu soll Deutschland künftig eine vierte Streitkraft für den Cyber- und Informationsraum bekommen. Der Plan von Verteidigungsminister Pistorius umfasst auch eine neue Führungsebene. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) plant ein einheitliches sogenanntes operatives Führungskommando für die Bundeswehr. Zudem werde sie – entlang von vier Teilstreitkräften – mit einem gemeinsamen Unterstützungskommando umorganisiert, teilte Pistorius in Berlin bei der Vorstellung der neuen Struktur mit.“⁹ Damit soll die Bundeswehr „schlanker, schneller, kriegstüchtiger“ (Pistorius) gemacht werden. Letztgenannter Begriff taucht in dem 34-Seiten-Papier seines Ministeriums am häufigsten, nämlich 17 mal auf, wie tagesschau.de süffisant anmerkte.

4. Wachsende Gefahr eines Atomkriegs und Atomwaffen in der BRD

Unzweifelhaft ist die Gefahr eines atomaren Krieges gewachsen. In Büchel (bei Cochem) lagern am Fliegerhorst bis zu 20 Atombomben der USA vom Typ B-61. Jede dieser Atombomben hat eine maximale Sprengkraft, die mit der von 13 Hiroshima-Bomben vergleichbar ist. Mit 36 Tornado-Kampfflugzeugen stellt das Taktische Luftwaffengeschwader 33 seit 1984 das Trägersystem für die Atombomben des Typs B-61 bereit. Deutsche Pilot*innen trainieren regelmäßig den Abwurf. Sie sind im Ernstfall verpflichtet, die Atombomben auf Befehl der NATO von deutschem Boden aus im Zielgebiet abzuwerfen. Das ist nur möglich, weil die Bundesregierung sich freiwillig an der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO beteiligt. Weiterhin weigert sich Deutschland bis zum heutigen Tag, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.¹⁰

5. Rüstungsausgaben weltweit

Soeben wurde der SIPRI-Report für das Jahr 2023 vorgestellt. Das *nd* schreibt dazu: „Im vergangenen Jahr erreichten die weltweiten Militärausgaben mit 2,44 Billionen US-Dollar (rund 2,28 Billionen Euro) erneut einen Höchststand. Gegenüber 2022 investierten

MILITÄRAUSGABEN 2023

USA	37,0 %
China*	12,0 %
Russland*	4,5 %
Indien	3,4 %
Saudi-Arabien*	3,1 %
Ver. Königreich	3,1 %
Deutschland	2,7 %
Ukraine	2,7 %
Frankreich	2,5 %
Japan	2,1 %
Südkorea	2,0 %
Italien	1,5 %
Australien	1,3 %
Polen	1,3 %
Israel	1,1 %

* Schätzung | Quelle: SIPRI | Tabelle nach tagesschau.de, 22.04.2024

die Staaten inflationsbereinigt 6,4 Prozent mehr in Waffen. Besonders besorgniserregend: 2023 stiegen die Rüstungsausgaben bereits das neunte Jahr in Folge und machen mittlerweile 2,3 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts aus“.¹¹

6. Rüstungsexporte von Deutschland 2023

Im Jahr 2023 haben die (genehmigten) Rüstungsexporte Deutschlands (im Wert von 12,2 Milliarden Euro) einen

RÜSTUNGSEXPORTE VON DEUTSCHLAND 2023

Land	Wert in Euro
Ukraine	4.438.890.023
Norwegen	1.199.501.279
Ungarn	1.034.340.443
Vereinigtes Königreich	656.844.947
Vereinigte Staaten	545.805.172
Polen	328.075.980
Israel	326.505.156
Frankreich	293.071.092
Zypern, Republik	269.722.987
Korea, Republik	256.433.792

neuen Höchststand erreicht.¹² Die Ausfuhren an Israel haben sich gegenüber 2022 verzehnfacht.^{13 14}

7. Deutsche Rüstungsindustrie im Aufwind

„Die Großen der Branche sind (Umsätze 2022 außer KNDS und Diehl (2021)): Airbus Defense and Space (13,7 Mrd.€), Rheinmetall (6,4 Mrd.€), KNDS mit dem deutschen Unternehmensteil Kraus-Maffei Wegmann (2,7 Mrd.€), Hensoldt (1,71 Mrd.€) und Diehl (571 Mio.€).

Über diese in den Top 100-Unternehmen der Welt geführten Firmen sind noch MBDA, MTU-Aero Engines, Rhode&Schwarz und die U-Boot- und Schiffbauer Lürssen und ThyssenKrupp Marine Systems sowie die Kleinwaffenhersteller Heckler&Koch, Walther, Haenel und SigSauer zu erwähnen: Ihre Produkte sind besonders tödlich. Auch internationale Rüstungskonzerne sind mit Standorten vertreten – zu nennen sind beispielsweise Thales, Leonardo, Raytheon (RTX), Rafael“.¹⁵

Die Geschäfte laufen wie geschmiert: Drei reine Rüstungskonzerne sind nun an der Börse, nämlich Rheinmetall, Hensoldt und seit kurzem auch die Renk-Gruppe (Panzergetriebe). Rheinmetall – seit 1996 im MDAX notiert – wurde am 20. März 2023 in den Leitindex DAX aufgenommen. Bei Rheinmetall kletterte der Börsenkurs um 319 % und bei Hensoldt um 243 % (Stichtage jeweils der 31.12.2021 und der 4.08.2023).¹⁶

Vor kurzem erfolgte der Spatenstich für eine neue Munitionsfabrik von Rheinmetall am Standort Unterlüß in Niedersachsen. Kanzler Scholz bezeichnete dies als Entwicklung von der „Manufaktur“ zur „Fabrik“. Bei Hensoldt erwarb der Bund eine Sperrminorität.

8. Die IG Metall an der Seite der Rüstungskonzerne

Das Wirtschaftsforum der SPD, der Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und die IG Metall haben sich auf ein gemeinsames Positionspapier mit dem Titel „Souveränität und Resilienz sichern“ geeinigt. Eigene, leistungsstarke Verteidigungssysteme zu Land, Luft und See sollen mit staatlicher Beschäftigungspolitik aufgebaut werden, der Staat soll durch Planungssicherheit helfen, die Rüstungsgewinne für die Rüstungskonzerne zu stabilisieren und auszuweiten. Das „Sondervermögen“ und das 2 %-Ziel der NATO werden gefeiert. Ein fatales Signal: Die IG Metall orientiert nicht auf Frieden, sondern auf Krieg.

Gewerkschaften sind aber nicht die Interessenvertretung der Rüstungsindustrie.¹⁷

9. Militarisierung der Gesellschaft

Täglich wird der Bevölkerung vor Augen geführt, dass eine „pazifistische Haltung“ ein Relikt aus anderen, längst vergangenen Zeiten sei:

■ Die gleichgerichteten großen Medien verkünden ständig, dass „unsere Freiheit in der Ukraine verteidigt wird“.¹⁸ Hinzu kommen Tag für Tag Auftritte von Bundeswehr-Offizieren als „Experten“ für Waffensysteme und Kriegsstrategien.

■ Insbesondere Politiker:innen der FDP und der Union platzieren immer neue Vorstöße: Wiederinkraftsetzung der Wehrpflicht¹⁹, Zugriff Deutschlands auf Atomwaffen über die befreundeten Atomkräfte usw. usf. Vor allem aber: Die Rüstungsverpflichtungen könnten nur verwirklicht werden, wenn bei den Sozialausgaben massiv gekürzt werde.²⁰

■ Nicht nur in Worten, sondern auch in Taten wird der Bevölkerung „Kriegstüchtigkeit“ demonstriert: mit dem laufenden Bundeswehr-Manöver „Quadriga“, das in das NATO-Manöver „Steadfast Defender“ mit 90.000 Soldat:innen mündet, das die Abwehr eines Angriffes von Russland auf die Ostflanke der NATO üben soll.²¹

■ Ein ganz konkretes, durchaus kurzfristiges Ziel verfolgt die Bundeswehr: 2024 soll die Zahl der Werbeveranstaltungen an Schulen im Vergleich zu 2023 fast verdoppelt werden, um Nachwuchs für die Truppe zu gewinnen. Der Bundeswehr fehlen nämlich zur Sollstärke von 203 000 mehr als 20 000 Soldat:innen.

10. Unsere Forderungen

Wir fordern:

■ **Sofortiger Stopp/Verbot aller Rüstungsexporte.** Die Forderung nach einem verbesserten Rüstungsexportkontrollgesetz lehnen wir nicht ab, halten sie aber für unzureichend.

■ **Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Büchel!** Deutschland muss endlich den Atomwaffen-sperrvertrag unterzeichnen. Europa atomwaffenfrei!

■ **Das militärische Drehkreuz der USA für weltweite Kriegseinsätze – die Airbase Ramstein – schließen!**

■ **BRD raus aus der NATO! NATO auflösen!**

■ Rüstungskonzerne erhalten sozusagen **staatlich garantierte Profite**. So erwartet Rheinmetall eine Gewinnmarge von 17 %, Hensoldt von 15 %.

■ Wir fordern deshalb die Enteignung der Rüstungskonzerne mit dem Ziel der Konversion der Betriebe hin zu zivilen Produkten.

Ansätze in diese Richtung gab es in den 1970/1980er Jahren in den Vertrauensleutekörpern der IG Metall in den deutschen Vfw-Fokker-Betrieben, wenn auch nur als Verstaatlichung mit Rüstungskonversion. Anlass für diese Debatte waren angekündigte Entlassungen und Werksschließungen. Diese Ansätze sind allerdings in der Folgezeit vollständig verlorengegangen.

■ Nach Rüstung kommt Krieg! In diesem Sinne müssen wir überall der herrschenden Propaganda entgegenreten.

April/Mai 2024

(Beschlossen in der generellen Linie von der Koordination der ISO im Mai 2024)

1 Der neu eingeführte § 2 Wehrpflichtgesetz (WPfG) setzte die gesetzliche Verpflichtung zur Ableistung des Grundwehrdienstes zum 1. Juli 2011 aus. Damit ist die Wehrpflicht nicht abgeschafft, lebt aber nur auf, wenn der grundgesetzlich geregelte Spannungs- oder Verteidigungsfall festgestellt wird.

2 Siehe hierzu ausführlich: Tobias Pflüger, *Die neue Bundeswehr*. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?, isp-pocket 63, 2. Aufl., Köln 1998. Bereits ein Jahr später fand der erste deutsche Kriegseinsatz in Serbien statt.

3 Karte der Bundeswehr, Februar 2024, © Bundeswehr.

4 Sonderseite der Informationsstelle Militarisation e.V. (IMI) zum „Sondervermögen“, die laufend aktualisiert wird.

5 Deshalb fordert Pistorius bereits für 2025 eine Erhöhung des regulären Wehretats um 6,5-7 Milliarden Euro. Siehe dazu ausführlich tagesschau.de: „Höherer Wehretat – Pistorius auf Konfrontationskurs zu Lindner“, 8.05.2024.

6 „Nach derzeitiger Planung wird das 100 Milliarden Euro betragende Sondervermögen Bundeswehr bis Ende 2027 nahezu vollständig verausgabt sein und die Anschlussfinanzierung wird dann nach jetzigem Stand durch den Einzelplan 14 [den regulären Verteidigungshaushalt, Anm. von uns] erfolgen müssen.“ (18. Rüstungsbericht des Bundesverteidigungsministeriums, zit. nach „Die Milliardenuche“, tagesschau.de, 31.01.2024).

7 IMI-Sonderseite zum „Sondervermögen“, die laufend aktualisiert wird.

8 Ebenda.

9 Zit. nach tagesschau.de, 04.04.2024.

10 Informationen nach: ICAN Deutschland – International Campaign to Abolish Nuclear Weapons.

11 Zitiert nach nd-online, 22.04.2024.

12 Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vom 4.01.2024.

13 Die militärische Zusammenarbeit begann 1960, als Kanzler Adenauer einen Geheimvertrag über Waffenlieferungen mit Ministerpräsident Ben Gurion abschloss. Siehe Hans-Jürgen

Schulz, *Militarismus und Kapitalismus in der Bundesrepublik*, isp-Verlag, Frankfurt/M.1977, S. 348.

14 Zur Involvierung Deutschlands in den Gazakrieg siehe auch: Mitschnitt der Veranstaltung von BIP mit Shir Hever, „Deutschland rüstet Israel für Völkermord“, <https://www.youtube.com/watch?v=EyWqXvUOPhc>

15 Factsheet Rüstung von IMI.

16 Zahlen zu den Börsenkursen nach Factsheet Rüstung von IMI.

17 Ausführlich bei Ulrike Eifer, „Hand in Hand mit der Rüstungslobby?“, in SoZ, Nr. 4/2024.

18 Wir erinnern uns: Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) sagte zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, dass „die Freiheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt werden müsse“.

19 Auf dem CDU-Parteitag in Berlin wurde eine „schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht nach dem schwedischen Modell“ beschlossen. Auch Minister Pistorius (SPD) hat sich für eine Wiedereinführung der Wehrpflicht ausgesprochen. Siehe dazu ausführlich: tagesschau.de: „CDU stimmt für Rückkehr zur Wehrpflicht“, 7.05.2024.

20 Diese Propaganda ist auf fruchtbaren Boden gefallen: Laut Umfragen für den ARD-Deutschlandtrend befürworten 74% der Bevölkerung höhere Verteidigungsausgaben (März 2024). Die Zustimmung zur NATO beträgt 82%, nur noch 9% befürworten eine Auflösung der NATO (April 2024). Zudem ist Pistorius mit weitem Abstand der beliebteste Politiker.

21 Siehe dazu ausführlich: Jürgen Wagner, Wie einst im Kalten Krieg. Die Quadriga und Steadfast Defender Großmanöver als Zeitenwende zum Anfassen (22. Januar 2024, IMI-Analyse 24/05).

VERSCHÄRFUNG VON REPRESSION UND KRIEG

Der russische Präsident Wladimir Putin versucht bereits, den schrecklichen Terroranschlag, der am 22. März in einer Konzerthalle bei Moskau verübt wurde, für seine imperialistischen und autoritären Ziele zu nutzen. Im Gespräch mit **Ashley Smith** analysiert **Ilya Budraitskis** den Terroranschlag, die russische Präsidentschaftswahl und den Kriegsverlauf.

Die Terrorgruppe Islamischer Staat - Khorasan (IS-K bzw. ISIS-K) hat sich zu dem Anschlag bekannt, bei dem eine Gruppe von Terroristen in einem Vorort von Moskau Hunderte von Besucher:innen eines Rockkonzerts getötet bzw. verletzt hat. Auch offizielle Vertreter der USA haben IS-K die Schuld an dem Anschlag gegeben. Präsident Putin und andere russische Staatsvertreter haben jedoch Erklärungen abgegeben, mit denen sie versuchen, die Ukraine in den Anschlag zu verwickeln – ein rhetorischer Kniff, der die Aufmerksamkeit davon ablenken soll, dass es dem Regime nicht gelungen ist, den Anschlag zu verhindern, und der für eine Eskalation seines imperialistischen Krieges Unterstützung anfachen soll.

All dies spielt sich unmittelbar nach der manipulierten russischen Präsidentschaftswahl vom 15. bis zum 17. März ab, bei denen alle Oppositionskandidaten ausgeschlossen waren und Putin sich einen überwältigenden Sieg sicherte. Mit seiner neuen Amtszeit, die bis 2030 dauern soll, wird er der seit dem sowjetischen Diktator Josef Stalin am längsten regierende Herrscher des Landes sein. Putin stellt die Wahl als Bestätigung dafür dar, dass die Bevölkerung sein Regime unterstützt, und bereitet sich darauf vor, seine reaktionäre Herrschaft in Russland zu konsolidieren und seinen imperialistischen Krieg in der Ukraine auszuweiten.

Ashley Smith: Was ist bei dem grauenhaften Terroranschlag in Moskau passiert? Wer steckt dahinter?

ter? Wie haben die russischen Behörden und Putin darauf reagiert? Wie werden sie den Anschlag in Russland und in ihrem imperialistischen Krieg gegen die Ukraine nutzen?

Ilya Budraitskis: Eine mit Maschinengewehren und Sprengsätzen bewaffnete Gruppe von Terroristen drang in die Crocus City Hall ein, eine Konzerthalle bei Moskau. Sie nahmen sich das Personal eines privaten Sicherheitsdienstes vor, schossen auf die Anwesenden und zündeten Sprengsätze, wodurch ein Feuer ausgelöst wurde und mindestens 133 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt wurden.

Russische Sicherheitskräfte haben elf Personen festgenommen, vier von ihnen, als sie versuchten, aus dem Land nach Belarus oder in die Ukraine zu fliehen. Bei den vier Personen handelt es sich um Wanderarbeiter aus Tadschikistan, einer zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepublik, die sich zu dem Anschlag bekannt haben und behaupten, sie hätten für dessen Ausführung 5000 Dollar erhalten.

Unmittelbar danach gaben russische Beamte und Nachrichtenagenturen, ohne den geringsten Beleg dafür zu haben, der Ukraine die Schuld und deuteten sogar eine Beteiligung der USA an. Putin zögerte zunächst jegliche öffentliche Äußerung hinaus, in der Hoffnung, noch Beweise finden oder herstellen lassen zu können, die gegen die Ukraine verwendet werden könnten.

Als er dann zwanzig Stunden später im Staatsfernsehen sprach, behauptete er, die Ukraine versuche, den Terroristen bei der Flucht aus Russland zu helfen. In den offiziellen russischen Medien prangerten Kommentatoren auch die Arbeitsmigrant:innen aus Zentralasien an, als ob sie alle eine Art Kollektivschuld an dem Anschlag trügen.

Keiner dieser Vorwürfe ist glaubwürdig. Unmittelbar nach dem Angriff haben ukrainische Sprecher jegliche Beteiligung von sich gewiesen und davor gewarnt, dass Putin der Ukraine die Schuld zuschieben und die Unterstützung für seinen Krieg anfachen würde. Der Angriff auf die Migrant:innen ist offensichtlich bloßer Rassismus und pure Fremdenfeindlichkeit.

Was die Anschuldigungen gegen die USA betrifft, so hatte Washington Russland sogar über einen bevorstehenden Angriff von IS-Khorasan, dem IS-Ableger in Afghanistan, informiert, der Russland wegen dessen Dezimierung seiner Kämpfer in Syrien und der Unterstützung des Diktators Baschar al-Assad ins Visier genommen hat. Seit dem Anschlag macht Washington IS-K für dessen Durchführung verantwortlich.

Diese Gruppe hat sich selbst zu dem Anschlag bekannt und ist wahrscheinlich die Täterin. IS-K könnte über Afghanistan ins nahe gelegene Tadschikistan vorgezogen sein, um sich dort die Dienste der Angreifer zu sichern.

Putin tat die Warnungen Washingtons zunächst als Desinformation und Panikmache ab. Seine Sicherheitskräfte verhafteten indes mehrere Personen, die sie beschuldigten, Agenten des IS zu sein. Aber offensichtlich haben sie die Warnung nicht allzu ernst genommen, nicht alle IS-Agenten in Moskau aufgespürt und es nicht geschafft, den Anschlag zu vereiteln.

Putin hat dennoch weiter versucht, die Ukraine zu belasten. Er will den Anschlag ganz klar instrumentalisieren, um Unterdrückung im Inneren und den imperialistischen Krieg in der Ukraine zu rechtfertigen.

So hat er auch auf frühere Terroranschläge reagiert. Als beispielsweise tschetschenische Militante im September 2004 eine Schule in Beslan in ihre Gewalt brachten und mehr als 1100 Geiseln nahmen, ließ Putin die Schule rücksichtslos stürmen, was zum Tod von Hunderten von Menschen führte, setzte er der demokratischen Wahl der Regionalgouverneure ein Ende und eskalierte den Krieg in Tschetschenien.

Ich sage vorher, dass Putin auch diesmal diesem Drehbuch folgen wird. Er wird weitere repressive Maßnahmen durchsetzen, und zwar nicht nur gegen vermeintliche

Terroristen, sondern gegen jeglichen Dissens bezüglich seiner Herrschaft in Russland. Der stellvertretende Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedjew, hat sich bereits für die Wiedereinführung der Todesstrafe ausgesprochen.

Putin wird wahrscheinlich auch die patriotische Unterstützung für eine mögliche neue Offensive in der Ukraine anheizen. Auf diese Weise könnte er diese Tragödie mit Repression im Inland und Tod und Zerstörung im Ausland noch weiter verschlimmern.

Kommen wir zum Ergebnis der Präsidentschaftswahl, das natürlich keine Überraschung ist. Putin erhielt 87 Prozent der Stimmen. Wie ist dieses Ergebnis zu verstehen, wenn man bedenkt, dass die Opposition zerschlagen wurde und Kandidat:innen, die gegen den Krieg waren, ausgeschlossen waren? Inwieweit spiegelt es die Unterstützung des Regimes durch die Bevölkerung wider, inwieweit ist es das Ergebnis einer erzwungenen Unterstützung und inwieweit das Ergebnis einer passiven Einwilligung?

Der Ausgang der Wahl war in der Tat nicht überraschend, er war wie alle anderen in Putins Karriere. Das Ergebnis war vorherbestimmt und manipuliert. Doch diesmal gab es gewisse Unterschiede. Putin erzielte einen Sieg auf nordkoreanischem Niveau, das hatte er in der Vergangenheit so noch nicht hingekriegt.

Im Jahr 2000, als er zum ersten Mal zum Präsidenten gewählt wurde, gewann er mit nur 52 Prozent der Stimmen. Bei anderen Wahlen erhielt er weniger als 70 Prozent, und bei seiner letzten Wahl im Jahr 2018 erreichte er 76 Prozent.

Um sich 87 Prozent der Stimmen zu sichern, gab er sogar den Anschein von Demokratie auf. Sein Regime hat eine der größten Wahlfälschungen der Geschichte durchgeführt. Das ist das Fazit, zu dem die meisten Analytiker der russischen Präsidentschaftswahl, mit Ausnahme der Regimetreuen und ihrer Apologeten, gekommen sind.

Das Ausmaß des Betrugs ist kaum zu übertreiben. Sie haben die Ergebnisse einfach gefälscht und Zahlen angegeben, die nicht mit den tatsächlichen Ergebnissen übereinstimmten. Um diesen Wahlbetrug zu ermöglichen, hat Putin die gesamte Infrastruktur unabhängiger Beobachter zerstört.

So hat das Regime zum Beispiel die Nichtregierungsorganisation *Golos* („Stimme“), die die wichtigste Organisation für die Ausbildung unabhängiger Wahlbeobachter

war, verboten. Die meisten ihrer Organisatoren wurden ins Gefängnis gesteckt oder aus dem Land vertrieben.

Infolgedessen hatte Putin freie Hand, ein Wahlergebnis zu erzielen, das in vollkommenem Widerspruch zum Ergebnis unabhängiger Umfragen vor der Wahl stand. Laut einer dieser Umfragen gaben nur 50 Prozent der Wähler an, für Putin stimmen zu wollen.¹

Weitere 40 Prozent waren sich nicht sicher, wen sie wählen würden, und gaben an, dass sie ihre Präferenz nicht öffentlich bekannt geben möchten. Klar ist, dass er keine 87-prozentige Unterstützung der russischen Bevölkerung hat.

Was man über diese sogenannte Wahl wissen muss, ist, dass sie obligatorisch war und überwacht wurde. So verlangten Vorgesetzte, vor allem im öffentlichen Sektor, von ihren Mitarbeitern nicht nur, dass sie zur Wahl gingen, sondern auch, dass sie ein Foto ihres Stimmzettels abgaben. Die offenkundige Drohung war, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren würden, würden sie nicht für Putin stimmen. Die Wahl war somit das Ergebnis einer bedrückenden Kombination aus einer extrem totalitären Diktatur und einem Überwachungskapitalismus.

In diesem Sinne macht es wenig Sinn, von einer Wahl zu sprechen. Putin nutzt sie bereits, um seinen ideologischen Einfluss auf die russische Gesellschaft zu festigen, indem er die Ergebnisse als Bestätigung dafür präsentiert, dass alle geschlossen hinter seinem innenpolitischen und imperialen Projekt stehen, ihm sozusagen im Gleichschritt folgen.

In den besetzten Gebieten der Ukraine war die Wahl in noch höherem Maße manipuliert und ist das Ergebnis noch bizarrer. In der so genannten Volksrepublik Donezk stimmten 95 Prozent für Putin. Diesen Wahlausgang haben die Besatzungstruppen mit vorgehaltener Pistole bewerkstelligt.

Das Ergebnis, dem man wohl am allerwenigsten glauben kann, ist Putins „Sieg“ in Awdijiwka, einer Stadt, die kurz zuvor von der russischen Armee, die den größten Teil der Bevölkerung vertrieb, zerstört worden war. Dennoch verbuchte Putin in der Stadt eine überwältigende Unterstützung.

Diese Präsidentschaftswahl war sowohl in Russland als auch in der besetzten Ukraine ein einziger Betrug. Der Wahlausgang ist das Ergebnis von Nötigung und systematischer Fälschung.

Im Vorfeld der Wahl ließ Putin, als Signal an die nationale und internationale Opposition gegen sein Regime, Alexei Nawalny ermorden. Dennoch

rief dessen Witwe Julija Nawalnaja zu Protesten an den Wahlurnen auf. Wie groß waren diese? Welche Bedeutung haben sie?

Nawalnaja legte es mit ihrem Aufruf, den ich voll und ganz unterstützt habe, niemals darauf an, den Wahlausgang zu beeinflussen, den, wie schon gesagt, das Regime vollständig vorherbestimmt hatte. Vielmehr ging es darum, die Wahl zu nutzen, um politische Opposition zu mobilisieren.

Es sei daran erinnert, dass jede nicht vorab genehmigte öffentliche Versammlung verboten war und jede politische Abweichung, insbesondere gegen den Krieg in der Ukraine, brutal unterdrückt wurde. Unzählige Menschen wurden in Putins Gefängnisse geworfen.

Nawalnaja nutzte die Weisung des Regimes, dass jede/r zur Wahl gehen sollte, um die Opposition dazu aufzurufen, am 17. März zur Mittagsstunde an die Wahlurnen zu gehen. Die Reaktion war überraschend erfolgreich, da eine große Zahl von Menschen dem Aufruf folgte.

Die russischen Behörden hatten große Angst vor dem geplanten Protest. In den Tagen vor der Wahl forderten sie viele Menschen auf, sich bei der Polizei zu melden, und drohten damit, sie würden verhaftet und wegen einer illegalen Massenaktion zu einer Geldstrafe verurteilt, wenn sie nicht erschienen.

Außerdem unterdrückten sie Informationen über den Aufruf. Denken Sie daran, dass alle oppositionellen Websites wie *Meduza*² blockiert wurden. Dennoch hatte, einer unabhängigen Umfrage zufolge, fast ein Viertel der Russen von der Aktion gehört.

Natürlich waren die Zahlen, die am Ende herauskamen, bei weitem nicht so hoch wie dieser Prozentsatz. Aber die Tatsache, dass Menschen in großer Zahl erschienen sind, zeigt, dass es Opposition gegen Putin und seinen imperialistischen Krieg in der Ukraine gibt.

Putins Regime und der russische Kapitalismus haben sich trotz des Kriegs, des Putschversuchs von Jewgeni Prigoschin und trotz der westlichen Sanktionen erstaunlich gut gehalten. Wie erklären Sie sich das?

Der Hauptgrund für die wirtschaftliche Stabilität Russlands ist seine Ölindustrie. Diese unterliegt nicht den Sanktionen und da der Ölpreis immer noch sehr hoch ist, konnte Russland sein Wirtschaftswachstum und seine Rentabilität aufrechterhalten.

Zugleich ist allerdings der Preis für den Krieg sehr hoch. Schätzungen zufolge verschlingt das Militär etwa 40

Prozent des Haushalts des Regimes.³ Diese Rüstungswirtschaft kann auch in den nächsten ein bis zwei Jahren das Wachstum fördern, vor allem bei den Waffenproduzenten, aber langfristig sind solche Ausgaben nicht tragbar.

Diese Öl- und Militärwirtschaft hat nichts an Putins neoliberalen Wirtschaftsmodell geändert. Es gab zwar einige vorübergehende Verstaatlichungen von Unternehmen, aber die beschlagnahmten Vermögenswerte wurden schnell wieder an andere, regimetreue Eigentümer verkauft.

In diesem Sinne hatte es nichts mit einer Verstaatlichung im herkömmlichen Sinn zu tun. Es handelte sich um eine bloße Umverteilung von Eigentum. Dies führte zu einer gewissen Neuzusammensetzung der russischen herrschenden Klasse, ohne jedoch etwas an ihrer stark privatisierten Struktur zu ändern.

Putin hat den Krieg auch genutzt, um sich die Unterstützung von hoch bezahlten Berufssoldaten zu sichern. Diese verdienen weit mehr als reguläre Arbeiter in anderen öffentlichen und privaten Wirtschaftszweigen.

Diese Kriegswirtschaft ist aber nur eine gewisse Zeit lang tragfähig. Irgendwann werden ihre Widersprüche ihr Wachstum untergraben, und damit werden die Widersprüche des politischen Systems wieder zum Vorschein kommen und eine neue Runde von Instabilität und Krise einleiten.

Wie wird Putin seinen manipulierten Wahlsieg im Inneren für seinen neokolonialen Krieg in der Ukraine nutzen?

Schon vor der Wahl brüstete sich Putin in einer Rede vor dem Parlament damit, dass die absolute Mehrheit der Russen seine „militärische Spezialoperation“ unterstütze. Das manipulierte Wahlergebnis wird er also als Bestätigung dafür ansehen, dass er das russische Volk ideologisch im Griff hat.

Doch das ist Hybris. Tatsächlich gibt es selbst unter den Putin-Anhängern eine weit verbreitete Unzufriedenheit darüber, dass der Krieg viel länger andauert. Viele von ihnen haben für ihn gestimmt und dabei gedacht: „Er hat diesen Krieg angefangen und er sollte ihn beenden“.

Putin hat diese Stimmung ignoriert. Während des Wahlkampfes hat er nie ein Wort darüber verloren, wie er den Frieden wiederherstellen will. Stattdessen wiederholte er immer und immer wieder die Idee, dass sich Russland in einem existenziellen Krieg mit dem Westen befinde, den es fortsetzen und auf andere Länder ausweiten müsse.

Eine Minderheit der russischen Gesellschaft unterstützt dieses Projekt, wahrscheinlich etwa zehn bis zwanzig Prozent. Aber die Mehrheit will, dass es wieder Frieden gibt. Natürlich wollen sie nicht, dass Russland militärisch besiegt wird, aber sie wollen, dass dieser Krieg irgendwann beendet wird.

Diese Gefühle nehmen zu, und sie könnten das Regime in Zukunft in eine Krise stürzen. Doch im Moment besteht die Reaktion des Regimes darin, solche Gefühle zu ignorieren oder mit Kampagnen patriotischer Indoktrination zu reagieren, um die Unterstützung für einen sich ausweitenden Krieg zu befeuern.

Der ehemalige Präsident Dmitri Medwedjew, der jetzt stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates ist, machte Putins Ziele in einer Rede wenige Tage vor der Wahl überdeutlich. Er erklärte, Russland wolle Odessa „befreien“, es als russische Stadt zurückerobern und die Ukraine als Nationalstaat beseitigen.

Außerdem schlug er seine eigene Friedensformel als Alternative zu der vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj vorgeschlagenen vor. Er erklärte, die Ukraine sei keine echte Nation, sondern ein Gebiet, das zwischen Russland, Polen und Rumänien aufgeteilt werden sollte.

Die einzige Möglichkeit, das zu erreichen, ist natürlich die totale Eroberung und Einvernahme der Ukraine durch Russland. Das ist das Gegenteil von Frieden. Es ist ein Rezept für nicht enden wollenden imperialistischen Krieg und koloniale Besatzung.

Viele erwarten eine baldige Eskalation des Krieges in der Ukraine. Würde diese eine stärkere Mobilisierung der russischen Truppen erfordern? Wie wird die russische Bevölkerung reagieren? Wird dies Widerstand auslösen?

Es ist schwer zu sagen, ob die russischen Behörden mehr russische Soldaten mobilisieren werden. Bis vor kurzem haben sie alles getan, um eine zweite Mobilisierungswelle zu umgehen.

Natürlich könnten sie jetzt – nach den Wahlen, von denen sie ja sagen, sie hätten bewiesen, dass die Russen voll und ganz hinter dem Krieg stehen – eine weitere Mobilisierung starten. Sie sind indes klug genug, um zu wissen, dass dies sehr unpopulär wäre.

Daher werden sie wahrscheinlich weiterhin enorme Gehälter an sogenannte Freiwillige zahlen. Wenn sie jedoch eine groß angelegte Offensive durchführen wollen, werden sie Wehrpflichtige mobilisieren müssen.

Sie könnten diese neue Mobilisierung mit dem Versprechen verbinden, diejenigen zurückzuholen, die 2022 eingezogen und in den letzten zwei Jahren an der Front eingesetzt wurden. Das könnte die immer lauter werdenden Rufe von Ehefrauen und Verwandten nach einer Rückkehr dieser Soldaten wieder leiser werden lassen.

Aber die Menschen werden diesen Krieg und die Mobilisierung nur eine bestimmte Zeit lang ertragen. Und jeder zurückkehrende Soldat wird Geschichten über das Schlachthaus in der Ukraine mitbringen, etwas, das für das Regime destabilisierend wirkt.

Wie stabil sind nun Putins Regime und der russische Kapitalismus? Wo liegen die Probleme und Bruchlinien des Systems?

Ein schwerwiegendes Problem liegt genau darin, wie dieses Regime politisch aufgebaut ist. In einer seiner jüngsten Reden zeigte Putin Anzeichen dafür, dass er sich dieses Problems bewusst ist. Er erklärte, dass die alte Elite, die durch die Privatisierung des Staatseigentums der Sowjetunion entstanden ist, von der Zeit überholt sei und dass eine neue Elite geschaffen werden müsse.

Eine neue, wahre Elite solle sich aus den Helden rekrutieren, die von der Front kommen. Tatsächlich baut Putin eine neue Elite auf, aber nicht aus ihnen, sondern aus den Kindern seines engen Freundeskreises, der die großen staatlichen Unternehmen und die Privatindustrie kontrolliert.

Ihre Eltern werden immer älter, und Putin weiß, dass er mit der Reproduktion einer loyalen Herrscherclique und eines loyalen Regimes ein Problem hat. Daher sieht er ihre Kinder als seine künftigen Gefolgsleute im Staat und in den russischen Unternehmen.

Das ist ein Kennzeichen eines zutiefst personalistischen Regimes, eines Regimes, in dem Putin nur Leuten vertraut, die er als seine Freunde betrachtet. Jedoch ist die Zahl der Freunde des Diktators begrenzt, und die einzige Möglichkeit, sie zu erweitern, liegt eben darin, ihre loyalen Kinder für Positionen in der Regierungsbürokratie und den Vorstandsetagen zu rekrutieren.

Putin bindet auch seine persönlichen Leibwächter in staatliche Positionen ein. So stammen in verschiedenen Regionen des Landes die Gouverneure aus seinem persönlichen Sicherheitsteam.

Solche Methoden der Erweiterung und Konsolidierung des Regimes können nach hinten losgehen und ernste Probleme für die Kontinuität seiner Herrschaft aufwerfen. Wer beispielsweise im Staatsapparats Karriere machen

will, gerät dann irgendwann in eine Sackgasse, weil an der Spitze der Bürokratie vom Diktator ernannte Putin-Loyale stehen. Wenn jemand nicht diesem Kreis angehört, ist sein berufliches Fortkommen zum Scheitern verurteilt. Das kann zu Apathie und sogar Unzufriedenheit im Staatsapparat führen, was das Regime von innen heraus untergraben kann.

Natürlich wird die oberste Schicht des Staatsapparats Putin bis zum letzten Atemzug unterstützen und die Eskalation seines imperialistischen Krieges befürworten. Aber unterhalb davon gibt es Schichten, in denen Unzufriedenheit und Opposition wachsen können. Die große Frage sowohl innerhalb als auch außerhalb des Regimes ist also, wie lange diese Loyalität nicht nur gegenüber Putin, sondern auch gegenüber dem System anhalten kann.

Ein weiteres Problem, mit dem das Regime konfrontiert ist, ist der von mir beschriebene Widerspruch zwischen Putins imaginärer Vision einer loyalen russischen Gesellschaft, die geeint hinter ihm steht, und den realen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft, insbesondere denen, die durch den Krieg hervorgerufen wurden. Dieser Widerspruch kann nur eine gewisse Zeit lang weiter bestehen.

Um zum Schluss zu kommen: Viele Linke drängen darauf, dass sich die Ukraine auf Friedensgespräche einlässt und ein Land-für-Frieden-Abkommen mit Putin akzeptiert, was sie von den Palästinensern nie verlangen würden. Was halten Sie von dieser Position? Warum ist sie unrealistisch? Was sollte die Linke zu dem Krieg sagen, und was sollte sie stattdessen fordern?

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass Putin die Entscheidung, diese Invasion zu starten, sehr ernst genommen hat und entschlossen ist, nicht aufzuhören, bis er seine erklärten Ziele erreicht hat – die Beseitigung der Ukraine als eines unabhängigen Nationalstaats und die Einsetzung einer Marionettenregierung in Kiew. Wenn er diese Ziele nicht erreicht, wird er das als eine für ihn nicht akzeptable Niederlage ansehen.

Jegliches Fortbestehen einer unabhängigen Regierung in Kiew betrachtet er als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Russlands. Daher wird er sich nicht damit zufrieden geben, nur Teile der Ukraine zu erobern; er will das gesamte Land in Besitz nehmen, als ersten Schritt zur Wiedererrichtung des alten Russischen Reiches.

Dies machte er vor kurzem in einem Interview im russischen Fernsehen deutlich, in dem er nach der Mög-

lichkeit von Friedensgesprächen gefragt wurde. Er erklärte unverblümt, dass er an solchen Gesprächen nicht interessiert sei, dass sie nur dadurch motiviert seien, dass es der Ukraine an Waffen fehle.

Er würde nur Friedensgespräche begrüßen, die die imperialistischen Ziele der Eroberung und des Regimes gewährleisten, die die Ziele seiner „militärischen Spezialoperation“ sind. An diesem Punkt wird er also jegliche Gespräche ablehnen und stattdessen wahrscheinlich den Krieg eskalieren.

Angesichts dieses nicht enden wollenden imperialistischen Kriegs sollte die Linke an der Seite der Ukraine und ihres Befreiungskampfes stehen. Wenn es Putin gelingt, die Ukraine zu erobern, wird dies einen Präzedenzfall für andere imperialistische Mächte und Staaten bilden, ähnliche koloniale Eroberungskriege vom Zaun zu brechen.

Die internationale Linke sollte das Recht der unterdrückten Nationen auf Selbstbestimmung ausnahmslos verteidigen und ihr Recht, sich Waffen zur Selbstverteidigung zu beschaffen. Nur eine solche Solidarität von unten kann den Drang zu mehr und mehr imperialistischem Krieg Einhalt gebieten.

25. März 2024

■■■■■ **Ilja Budraitskis** ist Politikwissenschaftler und politischer Aktivist aus Russland, Gastwissenschaftler am *Program in Critical Theory* an der University of California Berkeley und Autor von *Dissidents Among Dissidents: Ideology, Politics, and the Left in Post-Soviet Russia*⁴. Außerdem ist er Mitglied der Redaktion der russischen sozialistischen Website *Posle.media*⁵.

Quelle: <https://truthout.org/articles/terrorist-attack-and-election-pave-way-for-putin-to-intensify-repression-and-war/> bzw. <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article70280>.

Übersetzung aus dem Englischen: H.L.

¹ Vgl. <https://www.moscowtimes.ru/2024/03/18/pervaya-zapadnaya-strana-zayavila-onepriznanii-viborov-putina-a124742>

² Vgl. <https://meduza.io/> (russ.), <https://meduza.io/en> (engl.)

³ Vgl. <https://www.reuters.com/world/europe/putin-approves-big-military-spending-hikes-russias-budget-2023-11-27/>.

⁴ London/New York: Verso 2022

⁵ Vgl. <https://posle.media/language/en/posle-media/>

UKRAINE: WAS NUN?

Die Barbarei erscheint wieder, aber aus dem Schoß der Zivilisation selbst erzeugt und ihr angehörig; daher aussätzliche Barbarei, Barbarei als Aussatzkrankheit der Zivilisation. (Karl Marx, *Arbeitslohn*. MEW 6, S. 553).

■ **Manuel Garí**

Nach den Reden zum zweiten Jahrestag von Putins Überfall auf die Ukraine müssen wir den nackten Tatsachen ins Gesicht sehen. Der Tod Zehntausender ukrainischer und russischer Soldaten, der Tod Tausender ukrainischer Zivilisten, die erzwungene Emigration von Millionen Ukrainer:innen, die Zerstörung systemrelevanter Infrastruktur, von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden, die Verwüstung fruchtbaren Ackerlands, die steigende Staatsverschuldung Kiews und die internationalen Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise sollten zum Anlass genommen werden, eine Bilanz der menschlichen und materiellen Schäden des Kriegs zu ziehen, umso mehr, als sich die Lage an der Front derzeit in einer tragischen Sackgasse befindet.

Abgesehen von militärischen Aspekten gilt es, die politischen Konsequenzen des Kriegs zu berücksichtigen. Sowohl in der Ukraine als auch in Russland haben nationalistische und minderheitenfeindliche Ideologien sowie rechtsextreme Parteien und Strömungen an Einfluss gewonnen. Das Gleiche gilt für die neoliberale Wirtschaftspolitik der Oligarchen mit ihrer Korruption im großen Stil und für die restriktive Politik gegen alle, die für demokratische, gewerkschaftliche und soziale Rechte eintreten. Und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich Söldner und Glücksritter auf den Schlachtfeldern tummeln und dass der Kampf nicht nur von Soldaten der regulären Armee oder von Freiwilligen ausgetragen wird, sondern auch von Rüstungskonzernen. Weder in Russland noch in der Ukraine kam es zu einem Ausbau der demokratischen Freiheiten. Ganz im Gegenteil, wie der aktuelle Stand der Dinge zeigt.

Sowohl in der leidgeprüften ukrainischen als auch in der in Mitleidenschaft gezogenen russischen Gesellschaft

beginnt ethno-nationalistisches Gedankengut Fuß zu fassen, was so weit geht, dass literarische Meisterwerke aus dem anderen, aber auch aus dem eigenen Land aus den Bücherregalen verbannt und von den Websites gelöscht werden, sofern sie unerwünschte oder abweichende Meinungen zum Ausdruck bringen. Das faschistische Asow-Bataillon kann über seine vollständige Integration in die ukrainische Armee jubeln, und die Zaren von Mütterchen Russland können in ihren Gräbern über die Exzesse ihrer Nachfolger im Kreml frohlocken. [...]

Allerdings haben die Strategen des Pentagon und ihre Juniorpartner in Brüssel das veränderte politische Gleichgewicht auf internationaler Ebene nicht vorhergesehen. So haben die westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland das russische BIP nicht geschmälert – ganz im Gegenteil. Das russische BIP ist aus zwei Gründen weitergewachsen: Zum einen fließt russisches Gas nach wie vor über die Ukraine in die EU-Länder (ein Paradoxon der westlichen Position), und zum anderen kann Putin einen weiteren Faktor zu seinen Gunsten geltend machen, nämlich dass sich die Welt rasant und von Grund auf verändert hat. Die neoliberale Globalisierung hat mehrere aufstrebende Mächte hervorgebracht, die offen danach trachten, die Hegemonie der Vereinigten Staaten herauszufordern, wovon die Waffenarsenale und die Finanzen Russlands profitieren. Während Ressourcen und Nahrungsmittel global gesehen immer knapper werden, werden die Oligarchen im Osten wie im Westen immer reicher.

Wo soll man anfangen?

So kann es nicht weitergehen. Es lohnt sich, an die jüngste Aussage von Josep Borrell, dem Chefdiplomaten der EU,

zu erinnern: „Nichts zu tun ist keine Option“. Daher stellt sich die Frage, was zu tun ist und welche Möglichkeiten einer radikaldemokratischen und internationalistischen sozialistischen Linken offenstehen. Dabei handelt es sich bestimmt nicht um „mehr Holz“, wie die Comedians „Die Marx Brothers“ meinten, was übertragen auf Borrell und die EU bedeuten würde, noch mehr Waffen herzustellen und zu exportieren sowie die Militärausgaben zu Lasten der Sozialausgaben zu erhöhen. (Die öffentlichen Ausgaben folgen, selbst im Fall von Steuererhöhungen, der eisernen Regel des Nullsummenspiels.) Dieser Weg wurde bereits beschritten, und Biden, Ursula von der Leyen und Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sind sich dessen sehr wohl bewusst.

Nach den umfangreichen Waffenlieferungen und Finanzspritzen der USA und der EU an die Regierung von Wolodymyr Selenskij stagniert die militärische Lage (aus Gründen, die nicht Gegenstand des vorliegenden Beitrags sind) auf einem für Putin günstigen Niveau. Am 2. März genehmigte die Europäische Union weitere 50 Mrd. Euro zur Unterstützung des ukrainischen Militärapparats. Seit Beginn der Invasion hat die EU 84,3 Mrd. Euro bereitgestellt (davon 21 Mrd. Euro aus Deutschland), die USA haben 71,4 Mrd. Euro und das Vereinigte Königreich hat 13,3 Mrd. Euro flüssig gemacht. Die Finanzhilfen werden von einer diplomatischen und medialen Offensive des Westens begleitet und, was entscheidend ist, in den Bereichen Sicherheit und Geheimdienst durch den Einsatz von Technologie und das größte Spionagenetz der Welt direkt unterstützt. Ist es wirklich logisch, auf alles oder nichts zu setzen? Doch genau das tun Putin auf der einen und Biden und Borrell auf der anderen Seite. Aber Vorsicht ist geboten, denn die Westwinde könnten ihre Richtung ändern, und die ukrainische Bevölkerung könnte sich im weiteren Verlauf des Kriegs im Stich gelassen fühlen, wenn kurzfristige Erfolge ausbleiben.

Wir werden nach anderen Lösungen suchen müssen, denn der aktuelle Kurs führt in eine Sackgasse. Zuerst müssen die politische Linke im Westen, die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen – in der besten Tradition der internationalistischen Arbeiterbewegung angesichts früherer imperialistischer Kriege – ihre Stimme unabhängig von ihren Regierungen erheben. Sie dürfen sich nicht dem Diktat des Imperialismus unterwerfen, wobei genau das am 1. März 2022, unmittelbar nach Putins Überfall, bei der Abstimmung im Europäischen Parlament geschehen ist. Wenn ich mich nicht irre, haben laut dem in B9-0123/202 wiedergegebenen Protokoll des Europäischen

Parlaments [die spanischen Abgeordneten von] Podemos und ERC¹ für eine Ausweitung der NATO-Präsenz auf Russlands Nachbarländer gestimmt; Bildu², BNG³ und IU⁴ haben sich enthalten; Miguel Urbán von Anticapitalistas war einer von 13 Abgeordneten, die dagegen gestimmt haben, und PP, PSOE, VOX und Ciudadanos⁵ haben natürlich auch dafür gestimmt.

Um die eigene Position besser vertreten zu können, muss man – jenseits von Kriegspropaganda und Kriegshetze – versuchen, das Wesen des aktuellen Konflikts zu verstehen, denn Vereinfachungen sind die teuflischen Waffen von Krieg und Lagerdenken. Beim Krieg in der Ukraine überlappen sich mehrere Ebenen des Konflikts: Es handelt sich 1) um einen nationalen Verteidigungs- und Befreiungskrieg der Ukraine gegen die russische Besatzung, 2) um einen Konflikt, der die Beziehungen der Bevölkerung im Donbass mit ihren unterschiedlichen nationalen Identitäten zum benachbarten Imperium betrifft, und 3) um einen imperialistischen Stellvertreterkrieg der USA und der NATO gegen die russische Großmacht. Solange man diese verschiedenen Ebenen außer Acht lässt, wird es auch keine demokratische Lösung im Interesse der Menschen geben.

Ein Krieg, der weitere Kriege nach sich ziehen könnte

Die Spannungen zwischen den imperialistischen Staaten, von denen etliche über Atomwaffen verfügen, haben an Intensität zugenommen. Es wäre naiv zu glauben, dass diese Waffen niemals zum Einsatz kommen würden. Diese Befürchtung hatte seinerzeit schon Ernest Mandel, dessen Analyse des Spätkapitalismus ich teile, mehr als einmal geäußert. Ebenso stimme ich vollinhaltlich mit Ken Coates überein, dem Vorsitzenden der Bertrand-Russell-Organisation, Koordinator der Europäischen Kampagne für nukleare Abrüstung (END) und (ehemaligem) führenden Mitglied der britischen Labour-Partei, der bereits vor Jahrzehnten visionär feststellte: „Das Modell der Abschreckung wurde für eine aus zwei Blöcken bestehende Welt entworfen, aber diese Weltordnung ist ein Auslaufmodell. Wenn alle Völker zu Atommächten werden, um ihre Unabhängigkeit zu verteidigen, wird die Welt nicht mehr lange bestehen.“

Die derzeitige Weltlage ist unbeständig und gefährlich; sie beruht auf einem festgefahrenen Modell: auf der 40 Jahre alten Doktrin des Gleichgewichts des Schreckens. Aus früheren globalen Auseinandersetzungen und der aktuellen Dynamik angesichts rasant wachsender Konflikte ist ein „Vierter Weltkrieg“ (Subcomandante Marcos

aus Chiapas/Mexiko)⁶ nicht auszuschließen, denn auf der internationalen Bühne kann jeder noch so kleine Anlass einen verheerenden Flächenbrand auslösen. Das wissen wir aus dem 20. Jahrhundert mit seinen beiden Weltkriegen.

In Putins militärischer Spezialoperation zeigt die expansionistische Logik des russischen Imperialismus ihre blutige Fratze. Bei der Verfolgung seiner Ziele musste der russische Präsident einerseits die Geschichte fälschen, um seinem Diskurs Glaubwürdigkeit zu verleihen, und andererseits die wenigen Rechte und Freiheiten der Menschen und Völker im großen Völkergefängnis des heutigen Russlands drastisch einschränken und jede unabhängige politische oder gewerkschaftliche Äußerung im Keim ersticken. Aber Putin hat auch seine Besorgnis über drei Tatsachen geäußert, die man nicht leichtfertig vom Tisch wischen sollte: die sukzessive Ausdehnung der NATO nach Osten, die Zuspitzung des Kriegs im Donbass seit 2014, wo ein Teil der Bevölkerung pro-russisch eingestellt ist, und die Bestrebungen des Westens, die Ukraine in die NATO und neuerdings auch in die EU aufzunehmen.

Die Folgen von Putins Politik sind widersprüchlich: Einerseits wurde das ukrainische Nationalgefühl gestärkt – selbst unter der russischsprachigen Bevölkerung außerhalb des Donbass, die sich ebenfalls der bewaffneten Verteidigung der Ukraine anschloss. Andererseits wurde die NATO, die seit dem Fiasko in Afghanistan ihre führende Rolle eingebüßt hatte und wie ein kopfloses Huhn umherirrte, wiederbelebt und mit einer neuen Pseudo-Legitimität ausgestattet. Tatsächlich lieferte der russische Angriffskrieg Argumente für alle, die auf dem Madrider Gipfel der Atlantischen Allianz Russland als Hauptfeind identifizierten und nebenbei das Chinesische Meer auf die Tagesordnung setzten, um Angst vor dem Vormarsch des asiatischen Konkurrenten zu schüren. Der Imperialismus findet immer einen Grund für seine Politik.

Das oligarchische Regime von Putin hat ethno-nationalistischen, pan-russischen und minderheitenfeindlichen Ideologien Auftrieb gegeben und eine Hinwendung zum Autoritarismus vollzogen, was für die Entwicklung von neoliberalen Großmächten typisch ist. Der russische Kapitalismus will seine globale Position stärken, um an der Neuverteilung der Einflussphären und an der extraktivistischen Ausbeutung im globalen Süden teilzuhaben und seine Handelsbilanz zu verbessern. Daher liegt die Fortsetzung des Kriegs im Interesse Putins, und angesichts der derzeit vorliegenden Daten ist nicht davon auszugehen, dass ein vollständiger Sieg über die russische Armee und

eine Entmachtung Putins möglich sind. Nur wenn es gelingt, innerhalb Russlands eine starke demokratische und sozialistische Opposition aufzubauen, kann der gegenwärtige Kurs des Kremls korrigiert und der Lauf der Geschichte durch den Sturz des Oligarchen verändert werden.

Im Fall der USA und der NATO wird die Schlacht indirekt ausgetragen. Nicht deren Bevölkerung, sondern das ukrainische Volk hat Tote zu beklagen, während es gleichzeitig versucht, den Einfluss der konkurrierenden imperialistischen Mächte gering zu halten. Noch ist es in diesem Stellvertreterkrieg zu keiner Rückführung von Leichen unter dem Sternenbanner der USA gekommen. Wer jedoch glaubt, dass die US-amerikanischen und die europäischen Imperialisten für Freiheit und Demokratie sowie für das legitime Recht des ukrainischen Volks auf Selbstverteidigung eintreten, weigert sich, die unzähligen (vergangenen und gegenwärtigen) Interventionen des westlichen Imperialismus zur Verteidigung der Interessen des Großkapitals im eigenen Land und der multinationalen Konzerne zur Kenntnis zu nehmen. Das betrifft vor allem den Aufschwung der europäischen und US-amerikanischen Rüstungsindustrie, die nicht nur neue tödliche Waffen auf den Markt bringt, sondern bereits heute Pläne für den künftigen Wiederaufbau der Ukraine schmiedet. Hauptsache, das Geschäft läuft.

Es gibt Alternativen – dafür wollen wir kämpfen

Wie man sieht, spielt sich dieser Krieg auf mehreren Ebenen ab, und hinter den kriegerischen Reden verbergen sich etliche Fallen. Daher müssen wir uns der Realität mit Entschlossenheit und Umsicht stellen, um nicht zu verzweifeln. Wir müssen der Kriegstreiberei mit Angeboten entgegentreten, die sowohl für das ukrainische als auch für das russische Volk attraktiv sein könnten. Eine unabhängige internationalistische Position muss vom Prinzip „Krieg gegen den imperialistischen Krieg“ ausgehen und eine solidarische Antwort zugunsten eines gerechten und dauerhaften Friedens finden. Nur ein Ende des russischen Angriffskriegs mit seinen Bombenangriffen auf die Zivilbevölkerung und auf die Energieversorgung kann zu einer dauerhaften Lösung führen.

Die einzelnen Punkte, die es einem breiten Bündnis ermöglichen würden, Druck auf die russische und die US-amerikanische Regierung sowie auf die Regierungen der einzelnen beteiligten Länder auszuüben, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Zu fordern ist ein Waffenstillstand, um das Blutvergießen, die Zerstörung von Ressourcen und das erzwungene

Exil unzähliger Menschen zu beenden. In weiterer Folge muss es um eine Entmilitarisierung und Entnuklearisierung der ukrainischen Grenzen gehen, aber auch um ein Ende der Waffenlieferungen und der Wirtschaftssanktionen seitens der westlichen imperialistischen Länder, die letztlich nicht die Oligarchen, sondern die einfache Bevölkerung in Russland treffen. Damit einhergehen muss der sofortige Rückzug der russischen Truppen, begleitet von der Forderung nach Neutralität und Blockfreiheit der Ukraine gegenüber allen am Konflikt beteiligten imperialistischen Mächten.

Mit Staatsräson und diplomatischer Geheimhaltung, die uns die Wahrheit vorenthält, muss endlich Schluss sein. Deshalb müssen alle Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen vor den Augen der ukrainischen und der russischen Bevölkerung sowie vor der Weltöffentlichkeit geführt werden. Eine internationalistische Logik fühlt sich der Solidarität mit dem ukrainischen Volk verpflichtet, insbesondere mit den (zugegeben bescheidenen) linken und gewerkschaftlichen Strömungen, die sich den unsozialen Maßnahmen Selenskyjs entgegenstellen, auch wenn sie zu schwach sind, um in diesem Konflikt eine entscheidende und unabhängige Rolle zu spielen. Es geht um Solidarität mit dem ukrainischen Volk jenseits seiner neoliberalen Anführer und um Solidarität mit jenen Menschen in Russland, die dem Diktator Widerstand leisten.

Das bedeutet, dass zunächst das Recht des ukrainischen Volks, sich dem Angriff Putins zu widersetzen, anerkannt und verteidigt werden muss. Es geht um das Recht der Ukrainer:innen, ihre Zukunft im eigenen Interesse und unter Wahrung der Rechte aller Minderheiten selbst zu bestimmen, um das Recht, die Zukunft unabhängig von den Interessen der Oligarchie oder des derzeitigen neoliberalen kapitalistischen Regimes, von den Bedingungen des IWF oder der EU zu gestalten (was den vollständigen Erlass der ukrainischen Schulden voraussetzt), und um das Recht aller Flüchtlinge und Vertriebenen, in Sicherheit und im Besitz all ihrer Rechte zurückzukehren.

Für eine friedliche Zukunft in der Ukraine ist es unerlässlich, das Selbstbestimmungsrecht für den Donbass unter der Aufsicht von Ländern, die nicht in den Konflikt verwickelt sind, sicherzustellen und die Auslandsschulden, die wie ein Damoklesschwert über der gesamten ukrainischen Gesellschaft hängen, zu erlassen.

Zur Begleichung der materiellen Kosten des Kriegs muss das Bankgeheimnis aufgehoben und Einblick in die Steueroasen gewährt werden, damit das Vermögen der russischen Oligarchen und ihrer internationalen Kompl-

zen beschlagnahmt und für den Wiederaufbau der Ukraine und für die vom Krieg betroffenen russischen Familien verwendet werden kann.

Und schließlich darf es keine Zugeständnisse geben, was die Existenz von Militärblöcken (NATO, OVKS⁷ und AUKUS⁸) betrifft. Weit davon entfernt, Garanten für Frieden und Verteidigung zu sein, dienen sie der Aggression und dem Krieg gegen die Völker. Man darf auch nicht hinnehmen, dass der Krieg in der Ukraine in zynischer Weise zum Vorwand genommen wird, Militärhaushalte und die Rüstungsindustrie aufzustocken. Nicht zuletzt geht es darum, eine weltweite Abrüstung zu fordern, insbesondere in Hinblick auf atomare und chemische Waffen, und aktiv für einen globalen Frieden einzutreten, in dem kein Staat einen anderen unterwirft, überfällt oder unterdrückt, d. h. einen Frieden ohne Kolonialherren und ohne Friedhöfe kolonisierter Völker.

So lässt sich vielleicht der derzeit in Ungnade gefallene russische Schriftsteller Maxim Gorki widerlegen, der bei der Beerdigung von Anton Tschechow meinte, die Botschaft, die uns Tschechow hinterlassen habe, sei: „Meine Damen und Herren, wir haben nicht gelernt, in Frieden zu leben.“

29.2.2024

Übersetzung: E. F.

1 Esquerra Republicana de Catalunya „Republikanische Linke Kataloniens

2 Bildu – ein baskisches Wahlbündnis

3 Bloque Nacionalista Galego – „Galicischer Nationalistischer Block“, tritt für die galizische Autonomie ein

4 Izquierda Unida – „Vereinigte Linke“ in Spanien

5 In Barcelona gegründete, später gesamtspanische Partei gegen die Unabhängigkeit Kataloniens

6 Der „Kalte Krieg“ ist von Marcos als Dritter Weltkrieg aufgefasst worden [Anm. d. Red.]

7 Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ist eine am 7. Oktober 2002 gegründete, politisch-militärische zwischenstaatliche Organisation, die von Russland dominiert wird und Weißrussland, Kasachstan, Kirgisien, Russland und Tadschikistan umfasst.

8 AUKUS (Akronym für Australia, United Kingdom und United States) ist ein dreiseitiges Abkommen über militärische Zusammenarbeit (formal jedoch kein Militärbündnis) zwischen Australien, den USA und dem Vereinigten Königreich. Es wurde am 15. September 2021 verkündet und soll dem chinesischen Expansionsdrang im Indo-Pazifik entgegenwirken.

„DIE KONFERENZ HAT SICH GEÖFFNET“

Erstmals fand die Ökosozialistische Konferenz der ISO, die fünfte in Folge, an einer Universität statt. Das hat ihr einen deutlichen Schwung gegeben, wenngleich auch bemängelt wurde, dass die Teilnehmenden sich in den Weiten der Universität zu stark verlaufen haben.

■ Angela Klein

Der Fachschaftsrat des Fachbereichs Sozialökonomie, der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg, war der Meinung, die Beschäftigung mit dem Thema stünde der Universität gut zu Gesicht und hat sich als Mitveranstalter für die Ökosozialistische Konferenz 2024 angeboten, die vom 31. Mai bis 2. Juni stattgefunden hat. Mit der Folge, dass er einen eigenen Workshop im Rahmen der Konferenz angeboten hat, der während des laufenden Seminarbetriebs stattfand. Der Arbeitskreis Plurale Ökonomen, vor ein paar Jahren entstanden, um der neoliberalen Wirtschaftslehre entgegenzusetzen, hat ebenfalls eigene Workshops zu den Themen „Transformatives Potential von Realutopien“ und „Degrowth“ angeboten. Und auch die Beteiligung der Studierenden an den von der ISO organisierten Veranstaltungen war rege.

Das war sicher ein Grund, warum die Beteiligung an den Veranstaltungen im Schnitt gegenüber dem Vorjahr um ungefähr 50 Prozent höher lag.

Inhaltlich fielen zwei Dinge auf:

1 Das Angebot an Workshops zu internationalen Themen war diesmal größer, behandelt wurden: Neokolonialismus, Palästina, die extreme Rechte in Frankreich, der demokratische Konföderalismus in Rojava, die deutsche Afrikapolitik, Ansätze zur Solidaritätsarbeit mit der Ukraine, antirassistische Kämpfe. Eine Palästina-Veranstaltung fand außerhalb des Rahmens der Ökosozialistischen Konferenz, aber in zeitlicher Abstimmung zu dieser statt. Das Interesse an diesen Veranstaltungen war hoch – zum einen bedingt

durch die aktuelle politische Lage, zum anderen aus gestiegener Sensibilität dafür, die Klimakatastrophe im globalen Rahmen zu denken und dabei die imperialistische Seite der bürgerlichen Klimapolitik aufs Korn zu nehmen.

2 Die öffentliche Veranstaltung am Freitagabend wie auch der Workshop über „Climate engineering“ haben uns einen Schritt näher an die Tatsache geführt, dass wir mitten in der Klimakatastrophe drin sind, das 1,5-Grad-Ziel bereits gerissen ist und die Frage nicht mehr lautet, wie wir die Klimakatastrophe abwenden können, sondern wie wir den Blick stärker auf die Schutzmaßnahmen, insbesondere für die arbeitende Klasse richten können, ohne die notwendige gesellschaftliche Umwälzung aus dem Auge zu verlieren. Die Frage wurde bislang nur aufgeworfen.

Die Konferenz hat auch der besseren Vernetzung bestehender praktischer Ansätze gedient: etwa in der Kampagne #wirfahrenzusammen oder dem Widerstand gegen Großbauprojekte wie Stuttgart 21 und Bahnhof Altona.

Am Ende der Veranstaltung stand die Vorstellung eines ökosozialistischen Manifests der Vierten Internationale, das 2025 vom nächsten Weltkongress beschlossen werden soll; der Entwurf soll in den nächsten Monaten einem breiteren Publikum zur Diskussion angeboten werden. Allerdings konnte es auf der Konferenz vor allem vorgestellt, nicht ausführlich diskutiert werden. Dafür wird ein eigener Diskussionsprozess organisiert, intern wie auch mit anderen am Thema Interessierten.

Der Entwurf für das Manifest kann von Mitgliedern der ISO bezogen oder von der Webseite der ISO heruntergeladen werden.

Anmerkung der Redaktion: Eine Auswertung der Konferenz durch die Gremien der ISO gibt es noch nicht, sie muss noch zusammengetragen werden. Dieser Bericht ist ein individueller Beitrag. Die Verfasserin war an der Organisation der Konferenz beteiligt.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IM KAPITALISMUS: EINIGE NEGATIVE FOLGEN

Der Einsatz der „Künstlichen Intelligenz“ bedroht nicht nur ganze Branchen, die bisher von Rationalisierungsmaßnahmen verschont blieben, sondern lässt auch den Verbrauch von Strom und Kühlwasser in die Höhe schießen. Gleichzeitig sichern sich die großen IT-Konzerne ein unangreifbares Monopol.

■ Klaus Meier

Die Anfänge der KI-Technologie reichen bis in die Mitte der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Der Entwickler war Frank Rosenblatt, erstaunlicherweise kein Mathematiker oder Ingenieur, sondern Psychologe. Er war fasziniert von den Möglichkeiten des menschlichen Gehirns und entwickelte ein lernfähiges, noch sehr einfaches Modell, das er Perzeptron nannte. Daraus sollten später die heutigen künstlichen neuronalen Netze entstehen. Der Begriff der künstlichen Intelligenz ist eigentlich irreführend, denn die Softwaremaschinen, die heute auf diese Weise erzeugt werden, sind keine wirklichen Intelligenzen, sondern sehr weitreichende Imitationsmaschinen. Aber zum ersten Mal sind sprechende Maschinen entstanden. Wir stehen damit an der Schwelle zu tiefgreifenden technologischen und gesellschaftlichen Umwälzungen. Es ist daher sehr wichtig, dass sich linke Kräfte frühzeitig mit den verschiedenen Aspekten der KI auseinandersetzen und dazu klare Antworten formulieren.

KI in der Hand des großen Kapitals

Die Entwicklung von KI-Systemen ist sehr kostenintensiv. Die hohen Geldsummen sind vor allem auf die extrem teure Hardware und die Betriebskosten der Rechenzentren zurückzuführen. So soll die Entwicklung der zum

Google-Konzern Alphabet gehörenden KI Gemini rund 200 Millionen US-Dollar gekostet haben. Die Kosten für GPT-4 werden auf etwa 78 Millionen US-Dollar geschätzt.

Eine andere Quelle gibt die erforderlichen Finanzmittel für ChatGPT mit 700 000 Dollar pro Tag an. Der Chef der KI-Firma Anthropic sagte der New York Times, er rechne in naher Zukunft sogar mit Trainingskosten für ein neues KI-System von einer Milliarde Dollar. Die Hardware für die großen Sprachmodelle von ChatGPT ist extrem teuer. Bisher werden dafür zwei Grafikprozessoren der Chip-Firma NVIDIA eingesetzt. Der erste, A100 genannt, kostet 10 000 Dollar pro Stück, das Nachfolgemodell H100 sogar 40 000 Dollar. Um den finanziellen Aufwand richtig einschätzen zu können, muss man wissen, dass GPT-4 auf mindestens 10 000 A100-Prozessoren trainiert wurde. Die Zahlen machen deutlich, dass sich nur eine sehr kleine Gruppe der weltweit reichsten Kapitaleigner das Wettrennen um die führenden KI-Modelle leisten kann. An der Spitze stehen die finanzstarken US-Technologiekonzerne Alphabet, Meta, Microsoft und OpenAI. Andere Kapitalgruppen und andere Länder sind technologisch weit abgeschlagen. Der Chef von Blackstone sagte kürzlich in einem Interview, dass auch China bei der KI-Entwicklung einige Jahre hinter den USA zurückgefallen

sei. Dies liege vor allem daran, „dass die USA den Export bestimmter Halbleiterchips beschränkt haben“.

Die beiden KI-Forscher Daron Acemoglu und Simon Johnson sehen die Richtung der KI-Entwicklung sehr kritisch. Sie schreiben: „Generative KI erfordert noch tiefere Taschen als Textilfabriken und Stahlwerke. Daher sind die meisten der offensichtlichen Anwendungen bereits in die Hände von Microsoft mit einer Kapitalisierung von 2,4 Milliarden Dollar und Alphabet mit 1,6 Milliarden Dollar gefallen“. Man muss hinzufügen, dass auch die führende imperialistische Macht der Welt, die USA, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um die Kontrolle über die KI-Technologie zu erlangen. Angesichts dieser Machtverhältnisse ist es nicht verwunderlich, dass die Entwicklung und Anwendung von KI extrem intransparent ist. Dem muss die Forderung entgegengesetzt werden, dass die Konzerne Rechenschaft ablegen und alle Daten offenlegen müssen, die sie der Bevölkerung entwendet haben.

KI als Stromfresser

Das Internet gehört bereits heute zu den besonders stromintensiven Technologien. Der Stromverbrauch findet vor allem in den Rechenzentren statt. Sie stehen bereits heute für die Nutzung von 1 bis 3 Prozent des weltweiten Stroms. In Deutschland gibt es heute etwa 50 000 größere und kleinere Rechenzentren. Im Jahr 2020 verbrauchten sie nach Angaben der Bundesregierung 16 TWh Strom, das entspricht etwa 3 % der gesamten deutschen Strommenge. Mit 6 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen besitzen die hiesigen Rechenzentren einen doppelt so großen Treibhausgas-Fußabdruck wie der innerdeutsche Flugverkehr. Mit dem zu erwartenden flächendeckenden Einsatz von KI im Internet dürfte dieser Verbrauch noch einmal drastisch ansteigen. In Erwartung dieser Entwicklung beginnen die Tech-Konzerne bereits jetzt, Milliarden in den Ausbau ihrer Rechenzentren zu investieren. So haben allein die drei US-Konzerne Alphabet, Microsoft und Amazon im ersten Quartal 2024 rund 40 Milliarden Dollar in den Ausbau ihrer Rechenzentren gesteckt. Microsoft selbst eröffnet etwa alle drei Tage ein neues Rechenzentrum. Auch in Deutschland will der Konzern dafür in Frankfurt und im Rheinischen Revier 3,2 Milliarden Euro investieren.

Drei Faktoren treiben den Energieverbrauch der KI in die Höhe: Die große Hardware, die komplexe Software und die riesigen Datenmengen. Als Hardware kommen bereits heute sogenannte „Graphics Processing Units“ (GPUs) zum Einsatz, die ursprünglich für den hohen Rechenbedarf von Computerspielen entwickelt wurden.

Heute sind sie aufgrund ihrer hohen Leistungsfähigkeit zum Standard für KI-Systeme geworden. Eine Besonderheit der GPUs ist, dass sie Hunderte oder sogar Tausende von Rechenkernen besitzen, die parallel arbeiten. Auch die Produktion dieser Chips wird durch die weitere Verbreitung der KI-Technologie enorm angekurbelt. US-Präsident Biden hat den Aufbau einer starken Halbleiterproduktion zum nationalen Ziel der USA erklärt. Dazu wurde ein 280 Milliarden Dollar schweres Förderprogramm unter dem Titel „Chips and Science Act“ aufgelegt. Auch die Bundesregierung will im Wettlauf um die Künstliche Intelligenz nicht zurückstehen und hat jüngst allein 20 Milliarden Euro Fördergelder an Halbleiterkonzerne vergeben, um auch hierzulande ein Chip- und KI-Biotop aufzubauen.

All dies wird zu einem weiteren Anstieg des Stromverbrauchs führen. Eine niederländische Studie kam kürzlich zu dem Schluss, dass allein die weltweite KI-Industrie bis 2027 so viel Strom verbrauchen wird wie ein Land von der Größe der Niederlande, Argentiniens oder Schwedens. Allein Google würde 29,3 TWh pro Jahr benötigen, wenn es sein Geschäft auf KI-Systeme ausrichten würde. Das entspricht in etwa dem Energieverbrauch Irlands. Der Chef des US-Finanzkonzerns Blackstone sagte in einem Interview mit dem *Handelsblatt*, dass der künftige KI-Einsatz in den USA einen Stromanstieg von bis zu 35 Prozent zur Folge haben könnte. In einigen Regionen mit besonders vielen Rechenzentren könnte dies sogar noch höher ausfallen. Dieser explodierende Stromverbrauch könnte zum Problem werden. Dies gilt insbesondere für die Energiewende und einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung, der dann von den Konzernen wieder in Frage gestellt werden könnte.

Mit dem hohen Stromverbrauch der Rechenzentren steigt auch der Kühlungsbedarf der Anlagen. Problematisch könnte der damit verbundene hohe Wasserverbrauch werden. Ein Forscherteam der University of California kam zu dem Ergebnis, dass jede ChatGPT-Konversation mit 20 bis 50 Fragen einen Kühlwasserbedarf in der Größenordnung einer Trinkflasche erfordert. Bei Millionen von Chatbot-Konversationen ist klar, dass dadurch ein kritischer Trinkwasserverbrauch erreicht werden könnte.

Arbeitsplatzverluste – Große Umwälzungen durch den Einsatz von KI

Auch wenn wir noch ganz am Anfang der Entwicklung stehen, ist absehbar, dass die Fortschritte der KI erhebliche

Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben werden. Bereits Anfang 2023 prognostizierte eine Studie von Goldman Sachs, dass weltweit 300 Millionen Arbeitsplätze ganz oder teilweise durch KI-Funktionen automatisiert werden könnten. Das McKinsey Global Institute hat eine ähnliche Studie auch für 10 europäische Länder durchgeführt. Demnach könnten fast 30 % der heutigen Arbeitsstunden durch generative KI automatisiert werden. Dies gilt allerdings nur, wenn die Technologie schnell weiterentwickelt und in die Unternehmen integriert wird.

Für Deutschland gilt die Aussage, dass sich aufgrund von KI bis 2030 rund drei Millionen Menschen einen anderen Job suchen müssten. Das wären etwa 7 % der Beschäftigten im Jahr 2022. Auch dies gilt in dieser Form nur unter der Voraussetzung, dass es zu einer schnellen Einführung von KI-Systemen kommt.

Am stärksten betroffen wären die Büroberufe. Dies ist ein Bereich, der sich in der Vergangenheit als sehr resistent gegenüber Automatisierungsbestrebungen erwiesen hat. Aber auch Berufe im Verkauf, in der Kundenbetreuung und in der Produktion wären von der Einführung von KI betroffen. Gut bezahlte Bankmitarbeiter, Controller und Juristen waren bisher kaum von Rationalisierungen betroffen. Eine Studie der Stanford University aus dem Jahr 2019 kommt in Bezug auf KI zu einem ganz anderen Ergebnis. Danach sind Beschäftigte mit Hochschulabschluss fünfmal stärker von KI betroffen als Beschäftigte in der Produktion oder Handwerker.

Auf der Liste der am stärksten gefährdeten Berufe stehen Juristinnen und Juristen. Die Studie von Goldman Sachs prognostiziert, dass 44 Prozent aller Aufgaben in diesem Bereich automatisiert werden können. Damit liegt dieses Berufsfeld hinsichtlich der Rationalisierungsmöglichkeiten gleich hinter reinen Verwaltungstätigkeiten. Aber auch das Schreiben von Computercode könnte der KI zum Opfer fallen. Jensen Huang, Chef des Chipentwicklers NVIDIA, erklärte, dass man sich in Zukunft das Lernen von Programmcodes sparen könne. KI könne das in Zukunft schneller und besser. Das ist wohl übertrieben, denn bisher geht das nur mit einfachem Standardcode. Die KI macht oft Fehler und man muss am Ende den gesamten Code kontrollieren können. Es ist aber durchaus zu erwarten, dass mit weiteren Fortschritten der KI-Programme insbesondere die Erstellung von Standardcode deutlich effizienter wird. Die Zahl der Softwareentwicklerinnen und -entwickler in Deutschland liegt heute bei rund 325 000. Es ist zu erwarten, dass bei voller Nutzung und Verbesserung von KI ein nicht unerheblicher Teil dieser Personen

zukünftig von Rationalisierungen betroffen sein dürfte. Diese Entwicklung könnte sich auch auf ein Land wie Indien auswirken. So gibt es in der indischen IT-Branche heute rund fünf Millionen Arbeitsplätze. Der indische Ökonom Chakravorti wies in einem Interview mit dem *Handelsblatt* darauf hin, dass diese Zahl durch KI deutlich sinken könnte.

Ein weiterer Bereich, der durch KI Arbeitsplatzverluste befürchten muss, ist die Filmbranche. Dies gilt insbesondere für den Bereich, der kurze Werbefilme produziert. KI-Videogeneratoren wie Sora könnten in Zukunft Motion Designer, Illustrator:innen, Werbefilmer:innen, Drohnenpilot:innen oder auch Kameraleute ersetzen. Oscarverdächtige Filme wird Sora in absehbarer Zeit sicher nicht produzieren, aber für einfache Anwendungen sind mittelmäßige Videos allemal gut genug. Vor allem kosten sie nur einen Bruchteil im Vergleich zu Filmen mit ausgebildeten Schauspieler:innen.

Eine geschlechtsspezifische Studie von Goldman Sachs gibt auch Hinweise darauf, dass Frauen in ihren Berufsfeldern stärker von Veränderungen durch den Einsatz von KI betroffen sein werden als Männer. Demnach könnten rund 60 Prozent der Männer in ihrem Berufsfeld betroffen sein, während es bei den Frauen bis zu 80 Prozent sein könnten. Berufe, die in Zukunft kaum von KI betroffen sein dürften, sind dagegen Berufe wie Sanitärtechniker oder Heizungsbauer. Grundsätzlich müssen aber alle Berufe, die mit hohem repetitivem Wissen zu tun haben, mit Veränderungen in ihrem beruflichen Umfeld rechnen. Bislang sind diese Jobs gut bezahlt und die Beschäftigten sehen sich als Teil der „Mittelschicht“ an. Der Einsatz von KI in diesem Sektor könnte schnell auch größere politische Auswirkungen haben. Die Beschäftigten werden sich fragen: Wo bleiben wir? Was bleibt uns, wenn KI uns in immer mehr Bereichen ersetzt und unser Wissen entwertet?

Das Rationalisierungspotenzial der KI und die Arbeitszeitverkürzung

Keynes veröffentlichte 1928 einen Artikel mit dem Titel „Economic possibilities for our grandchildren“. Darin prognostizierte er, dass die Menschen bei anhaltendem Wachstum im Jahr 2028 nur noch 15 Stunden pro Woche arbeiten müssten. Das wären dann vielleicht maximal drei Tage. Heute ist es nicht mehr weit bis 2028, aber es sieht nicht so aus, als würde diese Prognose eintreten. Das ist eigentlich erstaunlich angesichts des jahrzehntelangen technischen Fortschritts. Tatsächlich gibt es in einer

Gesellschaft keine dauerhaft fixe Menge an Arbeitszeit. Sondern der Kapitalismus hat immer wieder neue Technologien dazu benutzt, um immer mehr Waren zu produzieren. Dadurch wurde auch die gesellschaftlich erforderliche Arbeitszeit immer wieder nach oben geschraubt.

Viele der neu geschaffenen Güter sind aber nicht nur nutzlos, sondern auch ökologisch schädlich. Der Kapitalismus konnte bei der Ausdehnung der Warenmenge immer an die im Menschen schlummernden niederen Instinkte wie Geltungssucht oder Imponiergehabe appellieren und hat diese verstärkt. Gleichzeitig wurden andere menschliche Eigenschaften, die nicht verwertbar waren, wie soziales Miteinander oder Empathie in den Hintergrund gedrängt.

Ein Beispiel ist die Entwicklung des automobilen Individualverkehrs. Er basiert auf Fahrzeugen, die faktisch 23 von 24 Stunden am Tag herumstehen und durchschnittlich nur mit 1,4 Personen besetzt sind. Und sie werden immer größer, schwerer und protziger. Autos stehen daher für eine enorme Verschwendung von Ressourcen, einschließlich der Arbeitszeit, die für ihre Herstellung aufgewendet werden muss. Und sie stehen natürlich auch für gewaltige ökologische Zerstörungen. Gleiches gilt für die aufwändig hergestellten Plastikverpackungen von Lebensmitteln und anderen Gütern, für die es auch weniger verschwenderische Lösungen gäbe. Aber der herrschende Kapitalismus hat sich immer wieder für die aufwendigeren und arbeitszeitverschwendenden Technikvarianten entschieden, weil sich damit schließlich riesige Profite erzielen lassen.

Die eigentlich möglichen Arbeitszeitgewinne durch technologischen Fortschritt wurden so immer wieder aufgefressen. Es ist daher davon auszugehen, dass auch die Einführung Künstlicher Intelligenz, so groß ihr Rationalisierungspotenzial zunächst auch sein mag, nicht aus sich selbst heraus zu einer Verkürzung der Arbeitszeit führen wird. Der Kapitalismus wird unsere Lebenswelt einmal mehr mit einer Welle neuer Konsumgüter überschwemmen.

Schon jetzt leuchten die Verheißungen neuer Fernseher, Autos, Smartphones oder Waschmaschinen am Horizont, natürlich alles KI-gestützt. Statt uns glücklich zu machen, werden sie die Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung auf ein neues Niveau heben.

Gleichzeitig werden uns die Vertreter des Kapitalismus erzählen, dass wir eigentlich bis zum Alter von 72 Jahren arbeiten müssten, um „unsere“ Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand zu erhalten. Angesichts des Ratio-

nalierungspotentials der KI wird dies noch absurder als es ohnehin schon ist. Ökosozialist:innen sollten darauf antworten, indem sie neben dem ökologischen Um- und Rückbau der Produktion die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund stellen.



BRITANNIENS SOZIALISTISCHER MEISTER DES KINOS

Nach einigen vergeblichen Versuchen hat Ken Loach Anfang des Jahres das endgültige Ende seiner Film-Karriere bekanntgegeben. *The Old Oak*, der – angeblich – letzte Film des 87-jährigen, ist der Schlusspunkt einer siebenzig Jahre langen Karriere mit dutzenden Filmen, Dokumentationen und Fernseh-Dramen. Interview **Karl Hansen** mit **Ken Loach**.

Loach hatte seinen Durchbruch 1966 mit der Veröffentlichung von *Cathy Come Home*, einem Fernseh-Drama über den Abstieg eines jungen Paares in die Armut und Obdachlosigkeit. Zwölf Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer sahen das Drama, wodurch das Thema Obdachlosigkeit auf die nationale Agenda gesetzt und die Gründung der Wohlfahrtsverbände Crisis und Shelter inspiriert wurden. Seine Karriere verlief, wie sie begann, mit einem unbeirrbareren Blick auf das Leben der einfachen Menschen und der politischen Kräfte, die sie prägen.

Der 1969 erschienene Film *Kes* – ein herzerreißender Film über einen Jungen und seinen Wanderfalken und das erdrückende mehrschichtige Bildungssystem – gilt weithin als einer der besten britischen Filme aller Zeiten. Diese charakteristischen menschlichen Darstellungen des Lebens der arbeitenden Klasse und der Einsatz für die Demaskierung von Unrecht definieren Ken Loachs sozialen Realismus als unverkennbaren Stil des Weltkinos.

Anstatt mit Verlauf seiner Karriere weicher oder nachdenklicher zu werden, hat sich Loachs Fokus auf den Kampf gegen das Unrecht nur geschärft – oft zum Unmut des politischen Establishments. Mit *The Wind that Shakes the Barley*, einem Film über den irischen Unabhängigkeits-

kampf nach dem ersten Weltkrieg, gewann der Regisseur seine erste Goldene Palme bei den Filmfestspielen in Cannes 2006.

Ein beeindruckender Schlusspunkt seiner Karriere sollte *I, Daniel Blake* werden, der die Grausamkeiten des britischen Wohlfahrtssystems schonungslos offenlegte. Mit ihm gewann er 2016 seine zweite Goldene Palme. Die Schroffheit von *Sorry We Missed You* – über einen Mann aus dem Nordosten, der in einer Spirale aus Schulden und brutaler Gelegenheitsarbeit gefangen ist – brachte ihm ebenfalls großen Applaus ein.

Diese Themen werden in seinem letzten Film, *The Old Oak*, aus einem bestimmten Blickwinkel wieder aufgegriffen. Der Film zeigt zugleich eine seltene Geschichte über das Schicksal syrischer Flüchtlinge, die dazu gezwungen sind, in einer ehemaligen Bergbaustadt in Durham unterzukommen, und die Entbehrungen der alteingesessenen Einwohner, von denen sie empfangen werden. Der Film ist ein feinfühliges Portrait der allgemeinen Spaltungen und der Bigotterie, die durch die furchtbaren sozialen Bedingungen und die fehlende Würde begünstigt und aufrechterhalten werden. Er ist ebenso eine bewegende Darstellung der Gemeinsamkeit

der kämpfenden Menschen und wie einfach Unterschiede überwunden werden können.

Um über *The Old Oak* und seine weiteren Arbeiten zu sprechen, hat sich Ken Loach mit Karl Hansen von unserer britischen Schwesterzeitung *Tribune* zusammengesetzt. Es geht um seine Karriere, die Möglichkeiten für politisches Kino heute und die Verantwortung von Künstlerinnen und Künstlern, Missstände aufzuzeigen – und andere dazu anzuregen solche Ungerechtigkeiten zu bekämpfen.

Karl Hansen: Es gibt heutzutage weitaus weniger politische Filme als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt Deiner Karriere. Woran denkst Du liegt das?

Ken Loach: Das ist das Gesetz des Marktes. Der freie Markt verringert Konkurrenz. Das hat er schon immer. Kleine Firmen werden von großen verdrängt, die von Kommerz und Profitmacherei getrieben werden, statt Filme mit eigener persönlicher Handschrift zu machen.

Hollywood und die Streamingdienste arbeiten nach einer Formel, welche die Industrie bestimmt und nach der der allergrößte Teil der Filme produziert wird. Wir haben außer am Rande und britischen Independent-Filmen keine heimische Filmindustrie. Es ist jedoch sehr schwer, sie zu produzieren und noch schwieriger, damit in die Kinos zu kommen. So viele talentierte Leute machen Filme, die hauptsächlich auf Filmfestivals zu sehen sind.

Deine Karriere begann, als Du mit Mitte Zwanzig anfingst, Filme für die BBC zu produzieren. Wie wichtig war diese Arbeit und haben junge Regisseure heute dieselben Möglichkeiten?

Das Fernsehen war bedeutsam für meine Generation. Als wir bei der BBC begannen, gab es nicht so ein Mikromanagement wie heute. Das bedeutete, dass die Vision des Autors unterstützt vom Regisseur und dem Produzenten verwirklicht wurde und nicht die Vorstellung der Executive Producer oder von wem auch immer. Das führte zu einer Menge origineller Arbeiten. Einiges davon war nicht besonders gut, aber es gab die Möglichkeit, das Angebot zu vergrößern, während heutzutage die Auswahl immer kleiner und kleiner wird.

Diese Möglichkeiten existieren heute nicht mehr. Es gibt viel Unterstützung für Nachwuchsregisseure von öffentlichen Institutionen, was gut ist, aber wenn es um Mainstream-Arbeiten geht, ist das recht schwierig. Die Industrie will Leute mit Erfahrung, weil diese die Formel

umsetzen können. Meine Sorge ist es, dass viele Menschen, die aus den Filmschulen kommen und versuchen, ein paar Jahre lang Teil der Industrie zu werden, aufhören, weil die Möglichkeiten zu begrenzt sind.

Du hast *Cathy Come Home* für die BBC gemacht, als es nur zwei Fernseh-Kanäle gab. Bedeutet die fragmentierte Weise, in der wir heute Medien konsumieren, dass es schwieriger geworden ist für Filme, ähnlichen Einfluss zu erreichen?

Als wir Filme wie *Cathy* gemacht hatten, gab es zweieinhalb Kanäle – BBC Two ging gerade an den Start. Das halbe Land hatte das zur gleichen Zeit angeschaut und am nächsten Tag darüber geredet. Heute ist das Publikum sehr viel fragmentierter, also gibt es nicht diese direkte Auswirkung.

Außerdem waren wir es gewohnt, uns länger zu konzentrieren. Die digitale Welt hat die Aufmerksamkeitsspanne der Menschen verkürzt, alles ist reduziert auf Binsenweisheiten und kurze Clips. Einer komplexen Geschichte mit verschiedenen Charakteren zu folgen und wie sich die Beziehung zwischen diesen entwickelt, ist schwieriger für die Menschen, wenn sie es nicht gewohnt sind.

Anstatt lauter zu werden, um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen in dieser unübersichtlichen Medienlandschaft, sind Deine Filme ruhiger geworden und stilistisch zurückhaltender. War das eine bewusste Entscheidung?

Ja, absolut. Als ich anfing, war es tatsächlich andersherum. Bei Fernseh-dramen hat man sich von einem Set im Studio zum nächsten bewegt, es wurde ununterbrochen gefilmt und im Regiezimmer gemischt – es war wie ein aufgezeichnetes Theaterstück. Es war nüchtern, vorher-sagbar und verdummend. Wir haben dagegen aufbegehrt und unsere jugendliche Unverschämtheit genutzt, um die Regeln zu brechen.

Wir benutzten Musik, Handkameraaufnahmen und Jump Cuts, um die Handlung zu verfolgen, und haben ein paar Tricks von der französischen Neue Welle gelernt. Es hatte diese Energie und etwas von einer handgefilmten Dokumentation an sich. Es waren schnelle Schnitte, rasend schnell, so haben wir angefangen.

Ich begann dann mit dem wunderbaren Kameramann Chris Menges zu arbeiten. Wir hatten beide eine Vorliebe für die tschechische Neue Welle in den 60ern: es waren menschliche, klassisch produzierte und aufmerksam

beobachtende Filme. Chris und ich sprachen darüber, was sie taten, und Chris meinte, das Wichtigste sei, was vor der Kamera passiere und nicht, dass die Kamera irgendwelche Tricks macht. Und so begannen wir danach einen beobachtenden Stil zu entwickeln, bei dem die Kamera eine Person im Raum oder auf dem Rücksitz des Autos ist.

Über die Jahre haben wir diesen Stil verfeinert und unsere letzten drei Filme waren wirklich sehr nüchtern im Vergleich zu einigen unserer früheren. Ich denke, je ernsthafter man eine Ästhetik drumherum schaffen kann, desto glaubwürdiger wird der Film, weil er eine Linse einsetzt, die mehr oder weniger dem menschlichen Auge entspricht.

Ich finde der zurückhaltende Stil ermöglicht eine empathischere Auseinandersetzung mit den Charakteren.

Das hoffe ich. Ich glaube, Disziplin bringt Klarheit. Sie vereinfacht und nimmt Menschen mit. Es spiegelt sich in allem wider: der Kamera, dem Schnitt, der Beleuchtung und dem Ton.

Chris und ich schauten uns an, wie die tschechischen Filme beleuchtet wurden. Chris hatte das während seiner Arbeit mit dem tschechischen Kameramann Miroslav Ondříček gelernt. Wir hatten diese Vorstellung, dass das, was vor der Kamera war, authentisch sein musste, es musste wahr sein und glaubhaft. Man muss die Menschen kennenlernen und mit ihnen mitfühlen, das ist aber unmöglich, wenn die Kamera die ganze Zeit herumschwirrt. In der Bearbeitung schneidet man so, wie das Auge sich bewegt und nicht als Vorgriff darauf, dass jemand bald sprechen wird, weil man ja noch nicht weiß, dass gesprochen wird.

Jeder Aspekt der Filmproduktion sollte einer inneren Logik folgen, die sich auf den Gedanken bezieht: „Ich bin nur ein Beobachter, aber ich bin nicht neutral. Ich möchte verstehen. Ich möchte mitfühlen und ich möchte teilhaben an den Erfahrungen der Menschen, die ich beobachte.“

Deine Filme behandeln Themen wie die Gig-Ökonomie, Arbeitsplatzsicherheit und den Sozialstaat, was sehr trocken erscheint. Wie verwan- delst Du das in Unterhaltung?

Indem ich mit einem guten Autor arbeite. Ich habe das große Glück, seit dreißig Jahren mit Paul Laverty zusammenarbeiten zu können. Uns verbindet eine Partnerschaft, wir reden sehr viel jeden Tag. Die Themen entstehen immer aus einem gemeinsamen Interesse oder einer geteilten Besorgnis, und weil sie wütend machen, oder ähnlichem.

Paul nimmt das und schreibt ein paar Charaktere oder eine Situation, wir reden darüber und damit schreibt er dann eine Geschichte und schon sind wir mittendrin.

Regie führen und schreiben sind zwei verschiedene Fähigkeiten, zwei verschiedene Jobs. Die meisten Regisseure können nichtmal eine Postkarte schreiben. Das ist vielleicht übertrieben, aber ich denke, es gibt heutzutage diese Irrlehre, dass man als Filmemacher – eine Bezeichnung, die ich nicht leiden kann – beides können muss. Das ist sehr destruktiv, da man das Talent eines Autors nicht erlernen kann. Man kann die Technik lernen, in verschiedenen Stilen zu schreiben, aber das Grundtalent, einen lebendigen Dialog zu Papier zu bringen, das kann man keinem beibringen.

Wenn du jemanden findest, der das kann und die Welt auf ähnliche Weise sieht, dieselbe Grundanalyse der Welt hat – die auf dem grundsätzlichen Kampf zwischen in Konflikt miteinander stehenden Klasseninteressen aufbaut, der Fundamentalopposition gegen jede Form des Imperialismus und so weiter –, dann hast du den Jackpot geknackt und ich hatte Glück genug, das gefunden zu haben.

Ein gemeinsames Element Deiner Filme ist die Würde und der Anstand der einfachen Menschen im Angesicht eines Systems, das uns entmenschlicht. Ich habe mich gefragt: Betrachtest Du dich selbst als optimistischen Regisseur?

Nun, man muss Realist sein. Aber man muss hauptsächlich versuchen, im Realismus Optimismus zu finden. Interessanterweise zeigen Filme häufig Menschen aus der Arbeiterklasse als Opfer, die Hilfe brauchen. Aber nur selten kann man ihre Stärke sehen, ihre kollektive Stärke und die Politik, auf der das aufbaut. Ich kann mich nicht daran erinnern, wann ich das letzte Mal nicht nur kollektive Aktionen sah, sondern auch die politische Analyse, auf der sie aufbauen, eben den Klassenkampf und den unversöhnlichen Konflikt im Herzen unserer Gesellschaft. Man sieht das nicht, weil die herrschende Klasse das nicht erlauben möchte.

Das ist es, was wir versuchen zu zeigen. Offensichtlich kann man das nicht in jedem Film machen. Ansonsten würde jeder Film mit der Faust in der Luft enden, aber das wäre eine eher oberflächliche Arbeit. Aber von der wesentlichen Stärke der arbeitenden Klasse mit ihrem Potential, grundsätzliche Veränderungen zu erwirken und die Gesellschaft zu revolutionieren – davon hört man nicht oft. Das ist etwas, das wir versucht haben zu zeigen, wenn es in die Geschichte passt. Ich meine, man kann das

nicht einfach als Propaganda reinwerfen. Es muss Teil der Geschichte sein, in welcher die Stärke der organisierten Arbeiterklasse aufbauend auf einem politischen Programm die politische Analyse reflektiert. Dann sind wir im Geschäft.

Das kann man in *The Old Oak* sehen, einem Film, der zeigt, wie materielle Missstände sich in Xenophobie und Vorurteilen ausdrücken können. Aber auch, dass Solidarität das konfrontieren und überwinden kann.

Er sollte zeigen, wie Rassismus entstehen und sich bei Menschen einschleichen kann, die keine knallharten Rassisten sind. Die Figuren sind in einer Situation, in der es keine realistische Zukunft gibt. Sie leben in einer Gemeinschaft, in der die Läden schließen müssen, die öffentlichen Einrichtungen und die Infrastrukturen verschwunden und die Schulen in das Nachbardorf gezogen sind. Es ist ein verzweifelter, verlassener Ort. Die Menschen werden verbittert und wütend, und so werden sie empfänglich für Propaganda. Es gibt Gott weiß wie viele Menschen wie Suella Braverman oder die Tory Partei als Ganzes. Sie reden [von Migrant:innen] als Invasionen, Schwärme und so weiter.

Claire Rodgerson, die die junge Aktivistin Laura spielt, arbeitet in ihrem echten Leben für eine Organisation, die rechtes Gedankengut unter jungen Menschen bekämpft. Sie ist sehr brillant und großartig im Film.

Aber es gibt noch eine andere Tradition in dem Dorf, die der Bergarbeitergewerkschaft, die der Solidarität und der gegenseitigen Unterstützung, die während des Streiks von '84 im Mittelpunkt stand: die Volksküchen, die viele der Frauen in jedem Dorf eingerichtet hatten, damit die Bergarbeiter nicht hungern mussten; die Reisen, um Gelder zu sammeln und anderen Bergbausiedlungen und Gewerkschaften auf der Suche nach Unterstützung von ihrem Kampf zu erzählen.

Die Menschen sind enorm im Streik gewachsen. Es war eine schreckliche Zeit und sie haben verloren, aber es war auch eine Zeit echter Bildung für viele Menschen aus der arbeitenden Klasse. Die Tradition der Solidarität war Teil der Arbeit, da das eigene Leben vom Arbeiter neben einem abhing. Diese Tradition existiert also bei den Älteren und bei den Jüngeren, die diese Tradition übernehmen. Ich denke, diese zwei Tendenzen in der Gemeinschaft bestärken sich gegenseitig.

Beim Locarno Filmfest wurdest Du mit Standing Ovation empfangen, bevor Du nach Bri-

tannien zurückkamst, wo du konfrontativen und schikanösen Interviews ausgesetzt warst. Warum scheint die internationale Presse sich ernsthafter mit Deiner Arbeit zu beschäftigen?

Der Grund ist meine Unterstützung für Jeremy Corbyn. Es gab aber auch Angriffe während all der Filme, die wir gemacht hatten. Als wir *The Wind that Shakes the Barley* gemacht hatten, titelte eine Schlagzeile: „Warum hasst dieser Mann sein Land?“ Ein Tory-Abgeordneter schrieb, ich sei ein schlimmerer Propagandist als Leni Riefenstahl. Simon Heffer war in *The Telegraph* in Hochform. Er schrieb: „Ich habe den Film nicht gesehen und ich will ihn auch nicht sehen, denn ich muss *Mein Kampf* nicht gelesen haben, um zu wissen, was für eine Laus Adolf Hitler war.“ Und dies in einer angesehenen – nun, bei einigen angesehenen – großformatigen Zeitung. Natürlich wird jeder auf der Linken schlecht behandelt, insbesondere, wenn man eigenständige Ansichten zur Außenpolitik hat.

Die internationalen Reaktionen auf *The Old Oak* waren unglaublich. Der Unterschied ist, dass die Europäer ein viel weiter gefasstes Verständnis von Kino haben. Es gibt verschiedene Traditionen – wie den italienischen Neorealismus, der sehr radikal ist, und die französische Neue Welle – die nicht so formelhaft sind wie die US-Industrie. Es gibt viele verschiedene, geschätzte Traditionen.

Das europäische Kino ist viel umfassender und man ist es gewohnt, Filme zu sehen, die mit der restriktiven amerikanischen Idee von Filmen brechen. Sie sind dem, was wir machen, sehr viel aufgeschlossener gegenüber. Wir hatten Glück. Wenn es Länder wie Frankreich, Italien und andere nicht gegeben hätte, hätten wir keine Karriere machen können. Als wir Glück genug hatten, mit *The Wind that Shakes the Barley* die Goldene Palme zu gewinnen, gab es in Großbritannien vierzig Filmkopien gleichzeitig, also lief er bei der Premiere in vierzig Kinos. In Frankreich waren es über vierhundert. Das ist der Unterschied: Die Bereitschaft, sich mit den Filmen zu beschäftigen, die wir versucht haben zu machen.

Haben Künstler eine Verantwortung politisch zu sein?

Zu jeder künstlerischen Bestrebung gehört es, sich die Welt anzuschauen, sie zu bewerten und sie in seiner Arbeit zu rekreieren. Nach draußen zu schauen, führt zu einem Urteil über den Zustand der Welt, und das führt, außer man ist komplett leer, zu einer Meinung. Außerdem sind

wir zu allererst Bürger. Man bekommt keinen Freifahrchein für zivilgesellschaftliche Verantwortung, wenn man sich in der glücklichen Lage befindet, in der ich bin.

Es ist bedauerlich, dass es jetzt eine Generation gibt, die unter Thatcher aufgewachsen ist, bei der politisches Engagement nicht länger als etwas Gutes angesehen wird. In den 60ern galt es als etwas Positives, sich in der Kunst zu engagieren. Dazu wurde ermutigt. Französische Regisseure brachten '68 die Cannes Filmfestspiele zum Erliegen in Solidarität mit den um politische Veränderungen kämpfenden Studenten und Arbeitern. Ich meine, stell Dir vor, Regisseure würden das heutzutage machen.

Man muss sich organisieren; man muss Gleichgesinnte sein. Wohingegen heutzutage die Thatcher-Generation es sehr individualistisch betrachtet, nur Individuen, jeder kämpft gegen jeden. Die Veränderung des Bewusstseins war einer der größten Triumphe Thatchers. Blair unterstützte das und jetzt wieder Starmer. Es ist notwendig, den Sinn dafür, dass politisches Engagement Teil des Films ist, wiederzuentdecken, weil der Film ein sehr öffentliches Medium ist. Wenn man schweigt, akzeptiert man das verrottete System.

Wir danken der Redaktion von *Jacobin* für die Erlaubnis zum Nachdruck ihrer Übersetzung aus dem Heft Nr. 16, Frühling 2024 (<https://www.jacobin.de/artikel/ken-loach-kino-politisch>). Das englischsprachige Original erschien am 8.12.2023 in *Tribune* (<https://tribunemag.co.uk/2023/12/britains-socialist-cinema-master-2>).

█ **Ken Loach** ist sozialistischer Regisseur. Zu seinen Arbeiten zählen *I, Daniel Blake* und neuerdings *The Old Oak*. **Karl Hansen** ist Editor bei *Tribune*.

Übersetzung: *Sven Ulfig*

█

Handlexikon

sozialistischer Persönlichkeiten



Eine Zeitkapsel aus dem **Jahr 1932** – mit einer ideologischen Bandbreite, die weit über Sozialdemokratie und Kommunismus reicht. **862 Seiten**, mit illustrierten Figuren von **A** wie **Adler** über **M** wie **Marx** oder **Z** wie **Zetkin**.

Jetzt bestellen
➤ jacobin.de/handlexikon

NELKEN IN DEN GEWEHRLÄUFEN

Es war der 25. April 1974, eine halbe Stunde nach Mitternacht. In das Studio des katholischen Senders Rádio Renasçenca trat ein junger Pionieroffizier und bat, ein Lied auszustrahlen – Grândola, vila Morena. Es war populär, drückte es doch die Stimmung vieler Menschen damals aus. Arglos legten die Redakteure die Platte auf: „Grândola, dunkle Kleinstadt, Land der Brüderlichkeit. Das Volk herrscht wieder in Dir, oh Stadt.“

■ **Hans-Jürgen Schulz**

■ Diesmal war das kein sentimentaler Traum. Junge Offiziere überall im Lande hatten auf dieses Signal gewartet. In der Nacht rückten Truppen aus – nicht auf Befehl der eigentlichen Kommandeure. Sie besetzen Sender, das Heeresministerium und den Flugplatz. Ab 3:15 Uhr wurde alle 15 Minuten eine kurze Mitteilung ausgestrahlt: „Hier ist die Bewegung der bewaffneten Streitkräfte.“ Sie habe die Macht übernommen und ordne Alarmbereitschaft an. „Viva Portugal“ endete der Spot. Sehr informativ war das nicht. Niemand kannte die Bewegung, die sich MFA nannte (Erläuterung der Abkürzungen siehe am Ende des Artikels). Doch der Putsch konnte nur eins bedeuten: Sturz des verhassten halbfaschistischen Regimes.

Am frühen Morgen strömten jubelnde Menschen durch die Straßen und überschütteten die Soldaten in ihren Panzern und Fahrzeugen mit Blumen. Die steckten sie in die Gewehrläufe, zum Zeichen ihrer Verbundenheit mit dem Volk. Regierungstreue Kommandeure setzten ihre Einheiten in Marsch, doch die Soldaten verbrüdernten sich. Als ein Panzermajor den Feuerbefehl gab, wurde er nur ausgelacht. Nur der Geheimdienst PIDE (Policia Internacional e de Defesa do Estado), die politische Polizei (DGS) und die Republikanische Nationalgarde, spezialisiert auf die Unterdrückung von Streiks und Demonstrationen, leisteten kurz Widerstand. Entmutigt gaben sie auf. Das

alte Regime fiel in sich zusammen. Es hatte kaum Tote gegeben.

Präsident Caetano übergab dem Beauftragten der MFA, General Spínola, die Macht „... Ich lege sie in ihre Hände, damit sie nicht dem Mob in die Hände fällt.“ Danach verschwand er im Exil, zunächst auf Madeira. Die radikale Linke in Europa hoffte, die erste Phase der sozialistischen Revolution in Europa wäre nun eingeläutet. Die deutsche Sektion der 4. Internationale gab mit den *Portugal-Nachrichten* sogar eine eigene Zeitschrift heraus, die schnell und umfassend über die Entwicklung berichtete.

Nach anderthalb Jahren war die Hoffnung verflogen. Für die Jungen ist die Nelken-Revolution heute graue Vorzeit und die Älteren haben sie vergessen. Gewiss, alles endete mit einer Niederlage. Aber wie es dazu kam, bleibt lehrreich.

Die alte Ordnung

Es war ungenau, von einem faschistischen Regime zu sprechen. 1926 hatte das Militär geputscht, mit der Macht aber nichts anfangen können. Zwei Jahre später übergaben die Generale Finanzminister Salazar mit diktatorischen Vollmachten faktisch die Macht. Der baute, beeinflusst von Mussolini, einen „neuen Staat“ auf (*estado novo*). Jede Opposition wurde brutal unterdrückt, Folter war

normale Vernehmungsmethode. Ohne jede Anklage war die Inhaftierung für ein halbes Jahr möglich. Eine strikte Zensur unterband jede Diskussion. Die Träger des Regimes waren in einer Staatspartei (União Nacional) organisiert. Das Parlament hatte nur dekorative Bedeutung. Wählen durften Männer, die lesen und schreiben konnten, sofern sie Steuern zahlten. Frauen mussten schon ein Abitur vorweisen. Doch nur wenige übten dieses „Recht“ aus. Das Regime setzte ohnehin nicht auf Ideologisierung, sondern auf Apathie, die freilich durch Terror erzwungen war. Grundlage der Herrschaft waren Armee und Kirche. Die predigte bei jeder Gelegenheit das Wort von Papst Leo XIII, „Ehrfurcht zu haben vor der Oberhoheit der Staatslenker, dauerhafte und treue Unterordnung zu üben ... keinen Aufruhr zu stiften und die Ordnung im Staat als etwas Heiliges zu behandeln.“

Ausgeübt wurde diese Herrschaft im Interesse eines Clans von acht Familien (de Mello, Champalimaud, Figueredo, Vinhas, Lagos und andere), deren Vertreter die wichtigsten Ministerien besetzten. Es war das System einer kaum verhüllten autoritären, räuberischen Herrschaft des Kapitals in einem zurückgebliebenen Land.

Es war das weitaus ärmste Land in Westeuropa (Durchschnittseinkommen 710 Dollar gegenüber 1100 in Spanien). 38 % der Erwachsenen waren Analphabeten. 60 % der Wohnungen kannten weder fließend Wasser noch Elektrizität. Zwei Millionen oder ein Drittel der Arbeitsfähigen (Einwohnerzahl knapp 10 Mio.) lebte im Ausland.

Dieser zurückgebliebene Kapitalismus hatte sich nur durch schrankenlose Ausbeutung der Kolonien halten können. Ein Drittel der Exporte ging dorthin. Hartnäckig wurde darum dieser letzte Markt verteidigt und jede Unabhängigkeit abgelehnt. Doch seit einem Jahrzehnt kämpften in Guinea-Bissau, Angola und Mosambik immer stärker werdende Partisanen. Zwar erhielt Portugal viel Wirtschaftshilfe und Rüstungsmaterial, vor allem aus den USA und der BRD, doch die Last des Krieges wurde dennoch immer drückender.

Ausgerechnet General Spínola, einer der Kommandeure der Kolonialarmee, hatte in seinem Buch „Portugal und die Zukunft“ geschrieben, ein Sieg sei unmöglich geworden. Das Finanzkapital wollte darum Frieden, um die Kolonien indirekt beherrschen zu können. Es wollte sich auch stärker dem europäischen Markt anschließen. So sann es über Alternativen nach.

In der Armee breitete sich der Frust aus. Einst stand die Offizierslaufbahn nur Abkömmlingen der herrschenden Klasse offen. Doch die mochte ihre Haut nicht zum Mark-

te tragen. 1958 hatte man die Militärakademie Söhnen aus dem Kleinbürgertum geöffnet. Durch den Krieg in den Kolonien brauchte man zusätzlich Offiziere.

Studenten wurden schon nach halbjähriger Ausbildung zum Unterleutnant (Milicianos) ernannt. Mit ihnen kam oppositionelle Unruhe. Im 4500 Mann starken Offizierskorps (davon 2500 Berufsoffiziere) breiteten sich sozialistische, ja revolutionäre Ideen aus. Die Fundamente des alten Regimes waren längst unterspült.

Übergangsregime

Das alte Regime muss einen linken Militärputsch für völlig undenkbar gehalten haben, wurde es doch völlig überrascht. Immerhin hatten sich in der MFA etwa 400 junge Offiziere illegal organisiert und den Umsturz lange geplant. Das war fast ein Zehntel des Offizierskorps. Es war freilich kein einziger hoher Offizier unter den Verschwörern. Den obersten Rang hatte ein Oberstleutnant.

Eingebunden in eine strikte militärische Hierarchie und Disziplin, abgeschnitten von freier Information und offener Diskussion und ohne jede Erfahrung kollektiver Aktion, konnten sie nur ein radikales kleinbürgerliches Bewusstsein entwickeln.

Das darf nicht abwertend verstanden werden, sondern soll diese Offiziersgruppe gesellschaftlich charakterisieren.

Unklar und widersprüchlich, durch viele Kompromisse im Offizierskorps deformiert, waren die politischen Ziele. „Die MFA ist keine Partei, ... sondern ein politisches Instrument ... über den Parteien“, erklärte Otelo de Carvalho, einer der Führer der Bewegung. In dieser Unbestimmtheit war es sogar korrekt. Die Radikalität drückte sich darin aus, dass man den Sozialismus aufbauen wollte, aber „wir sind uns nicht darüber klar, welche Art von Sozialismus“ das sein sollte, erklärte der spätere Admiral Coutinho. Es durfte nur kein osteuropäischer sein. Die erste Proklamation war noch unbestimmter. Die Revolution sei eine „Demonstration der bürgerlichen Freiheit“ hieß es. Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung wurden versprochen, ansonsten aber „alle Portugiesen zu Ruhe und Patriotismus“ ausgerufen. Nicht einmal Frieden in den Kolonien wurde versprochen.

Die jungen Offiziere waren unsicher und unerfahren. Ausgerechnet den reaktionären Spínola machten sie zum Präsidenten. Den bisherigen Stabschef Costa Gomes ließen sie im Amt. Die bildeten eine „Junta der nationalen Rettung“ aus hohen Offizieren und einen Staatsrat, in dem je sieben Vertreter der Junta und der MFA sowie sieben „Unabhängige“ saßen.

Das waren natürlich Reaktionäre. In die neue Regierung holte man zwar ein paar Parteiführer. Ansonsten aber bestand sie aus „Fachleuten“, das heißt Männern, die dem alten Regime gedient hatten. Auch den Bischöfen hatte der Sturz ihres Regimes keineswegs die Sprache verschlagen. Die Bischofskonferenz rief zu „Harmonie und Frieden“ auf, „Hass, Rache und Klassenkampf“ dürften gar nicht erst aufkommen.

Gravitätisch bot Spínola den Befreiungsbewegungen der Kolonien den „Aufbau einer großen Lusitanischen Gemeinschaft mit allmählich fortschreitender Autonomie“ an. Costa Gomes, Vizepräsident der Junta, bot einen Waffenstillstand an – aber nur wenn die Partisanen die Waffen niederlegen würden. Dafür wurden ihnen Amnestie und politische Freiheiten versprochen, andernfalls würde der Krieg weiter gehen. Dankend lehnten sie ab.

Geheimdienst und Staatspartei wurden aufgelöst, aber Staatsapparat, Polizei, Wirtschaftssystem und Ordnung des Eigentums blieben. Das alles war ohne Zweifel eine politische Revolution, denn das alte politische System wurde zerschlagen, eine bürgerliche Demokratie eingeführt. Doch ohne eine alles mitreißende Massenbewegung hätten die auf sich allein gestellten Offiziere vielleicht ein System wie das der „freien Offiziere“ unter Nasser in Ägypten errichtet. Aber sie hatten eine Lawine losgetreten, die zunächst einmal vieles wegriss.

Massenbewegung

Am 1. Mai, kaum eine Woche nach der Revolution, marschierten überall Massen auf, Arbeiter:innen und Soldaten demonstrativ Arm in Arm. Manch Manager wurde einfach aus dem Betrieb gejagt, viele Betriebe besetzt. Eine gewaltige Streikbewegung setzte binnen weniger Tage Lohnerhöhungen von bis zu 50 % durch. Rathäuser und Verwaltungen der Kommunen wurden kurzerhand besetzt und alte durch neue Leute ersetzt, zumindest an der Spitze. Eine vorrevolutionäre Lage zeichnete sich ab, doch zunächst nur für ein paar Wochen.

Die Massen können in solcher Lage spontan in Richtung einer Revolution vorwärts stürmen. Sie verjagen die alten Herren und zerstören die Symbole ihrer Herrschaft. Jene, die gestern noch apathisch und meinungslos schienen, nehmen ihr Recht selbst in die Hand. Sie können sich sogar spontan organisieren, aber sie stürzen nicht die bestehende Gesellschaft. Jede spontane Massenbewegung, die sich nicht organisiert und ihre Ziele nicht selbst bestimmt, wird früher oder später von den erfahrenen Kadern oder Politikern der bestehenden Parteien eingefangen und kontrolliert.

Darum soll zunächst dargestellt werden, wie die Parteien sich formierten und handelten. Die Bewegung wird unter Kontrolle genommen. Kapital, Großgrundbesitz, konservativer Staatsapparat und Kleinbürgertum waren überrascht, geschockt und weitgehend gelähmt.

Die revolutionäre Linke wurde bald viel stärker als in jedem anderen kapitalistischen Land. Sie hatte auf dem Höhepunkt der Bewegung weit über 10 000 Aktivist:innen. Aber die waren in viele Organisationen gespalten und oft noch sektiererischer als militant. Alle hatten schon in der Zeit der Illegalität existiert, wenn auch oft als winzige Gruppen. Am stärksten waren die Maoisten, die meist aus Abspaltungen der Kommunistischen Partei entstanden waren. Die UDP war die stärkste dieser Organisationen und blieb für die KP eine Herausforderung. Andere wie die MRPP oder die PCP(ml) sahen in der PCP den Hauptfeind und forderten sogar deren Verbot. Wiederum andere wie die LUAR und PRP waren politisch-militärische Organisationen.

Sie alle hatten eine Basis teils in der studierenden Jugend, meist auch unter kämpferischen Arbeiter:innen, die LUAR auch auf dem Lande und in der Stadtteilarbeit. Wichtigste zentristische Organisation war die MES, die im Wesentlichen aus radikalen Teilen der christlichen Linken hervorging, vor allem in der jungen Intelligenz verankert war und revolutionäre Positionen einnahm. In der Zeit der „Normalisierung“ driftete sie bald nach rechts und die Mehrheit trat in die PSP ein.

Die Trotzki:innen hatten in der letzten Zeit der Diktatur mit der LCI und PRT zwei Organisationen unter den Studierenden gegründet, die infolge der Illegalität nichts voneinander wussten. Sie hatten damals nur wenige Dutzend Mitglieder, später jeweils etwa 300. Die Internationale wusste vor der Revolution nur von der Existenz der LCI.

Eigentliche Oppositionspartei war die PCP, die aus der Illegalität mit 3000 Kadern und der von ihr beherrschten MDP hervorging. Offenbar wurde sie von der Sowjetunion massiv unterstützt, denn wenige Monate nach der Revolution konnte sie einen Apparat von 3000 Freigestellten finanzieren. Sie war vor allem unter den Industrie- und Landarbeiter:innen stark. Die PSP war erst 1973 in der BRD gegründet worden und vor der Revolution im Lande praktisch nicht vertreten. Über die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD wurde sie massiv finanziert und konnte sich rasch einen Parteiapparat aufbauen. Ihre Mitglieder kamen überwiegend aus dem Kleinbürgertum. In ihrem Programm bezog sie sich ausdrücklich auf den

Marxismus, forderte Arbeiterräte und Selbstverwaltung. Auf dem Höhepunkt der revolutionären Krise im Oktober 1975 erklärte der Parteiführer Soares, sozialdemokratische Politik sei in Portugal nicht anwendbar. „Wir wollen eine wirklich sozialistische Gesellschaft ... direkte Demokratie und Selbstverwaltung“. Mit dieser Demagogie wurde die klassische sozialdemokratische Politik bemäntelt. Der sozialistische Flügel war schon Ende 1974 aus der Partei gedrängt worden und hatte die FSP gegründet.

Es fehlten somit nicht Parteien, die sich als revolutionär verstanden. Doch entweder verfolgten sie reformistische Ziele durch Druck auf den Staatsapparat wie die PCP, waren sektiererisch wie die meisten Maoisten oder noch unerfahren wie die LCI oder die Zentristen. Die PCP wollte die Machtfrage nicht stellen, die anderen konnten es nicht. Die Massenbasis fehlte jedenfalls nicht. Der Gewerkschaftsverband Intersindical war schon 1970 als halblegaler Zusammenschluss von relativ kleinen Gewerkschaften gegründet worden. 1973 hatte er einen erfolgreichen Kampf um die Anhebung der Mindestlöhne geführt. Die PCP als einzige Organisation mit wirklichem Masseneinfluss beherrschte ihn von Anfang an.

Radikale Massenbewegung

Die Machtstruktur der alten Ordnung wurde in den nächsten Monaten durch eine spontane Bewegung erschüttert. Arbeiter:innen setzten gewaltige Lohnerhöhungen durch. In vielen Betrieben bildeten sich Arbeiterkommissionen, auch wenn sie meist nur Kontrollfunktionen übernahmen. Im Laufe eines Jahres wurden etwa die Hälfte der Industrie und viele Großunternehmen wie Banken, Versicherungen oder die Luftfahrtgesellschaft verstaatlicht. Häuser wurden besetzt. Im Alentejo wurde der Großgrundbesitz enteignet und mit den UCP's Produktionsgenossenschaften der Landarbeiter:innen gebildet. Die Spitzen der Verwaltung wurden überall abgesetzt, ein erheblicher Teil des reaktionären Offizierskorps pensioniert (40 % der Offiziere im Heer).

Anfang Juni 1974 streiken 10 000 Textilarbeiter:innen, unter anderem gegen das Recht der Aufseher, Frauen auf den Toiletten zu kontrollieren. Gleichzeitig streikte die Post mit 40 000 Beschäftigten. Gefordert wurde ein Mindestlohn, die 35-Stundenwoche, Veto bei Entlassungen, Entlassung der Faschos und Veröffentlichung der Spitzengehälter.

Nicht die Intersindical, sondern Arbeiterkommissionen organisierten den Streik. Geführt wurde er von gewählten Delegierten auf Betriebsbasis. Streikleitung war die natio-

nale Delegiertenversammlung, die täglich zusammentrat und laufend berichtete.

Diese Bewegung wurde von den Militärs, vor allem aber von der PCP und der von ihr kontrollierten Intersindical bekämpft. Nicht nur, dass PCP-Vorsitzender und Arbeitsminister Cunhal die Kapitalisten aufforderte, „so schnell wie möglich“ eine starke Vereinigung zu bilden. Die Partei wollte nicht die Revolution, sondern demokratischen Wandel und eine „Regierung, die alle demokratischen Kräfte repräsentiert“ – vor allem das Bürgertum. Die Parteizeitung *Avante* kämpfte „gegen anarchistische Streiks, die dem Faschismus nutzen“.

Am 1. Juni führte Intersindical eine große Demo mit der Losung, „Wir sagen nein zu Streiks“ durch. Den Streik bei der Post bezeichnete die PCP als „Sabotage am nationalen Wiederaufbau“. Kommandos der PCP öffneten in einigen Fällen gewaltsam Postämter. Die Regierung verbot Betriebsbesetzungen und „wilde“ Streiks.

Arbeitskämpfe wurden an eine Zwangsschlichtung gebunden, Demonstrationen strikten Auflagen unterworfen, „Anstiftung zu militärischem Ungehorsam“ unter strenge Strafe gestellt, politische Aktivitäten an den Universitäten verboten. Die PCP spielte eine konterrevolutionäre Rolle und isolierte sich von der radikalen Bewegung und ermöglichte der Sozialdemokratie, sich als Verteidigerin demokratischer Rechte und des Sozialismus aufzuspielen. Unter den Angestellten und den Arbeiter:innen kleiner Betriebe gewann sie nun viel Anhang.

Formierung der Konterrevolution

Alle Parteien nannten sich damals sozialistisch, auch die reaktionärsten. Aber die alte Gesellschaft behielt ihre Basen. Der Staatsapparat war nur an der Spitze ausgetauscht. Teile der bewaffneten Organe wie die Republikanische Garde und die Polizei waren Stützen des alten Regimes gewesen und änderten ihre Haltung nicht. Die Kirche, das Bürgertum und die Bauernverbände wurden bald zu Organisatoren der konterrevolutionären Kräfte. Dies wurde dadurch erleichtert, als die Nelkenrevolution kein Programm für die armen Bauern hatte, die in Mittel- und Nordportugal dominierten. So wurden gerade sie bald zur stärksten Bastion der Rechten, die durch die Rückkehr der Kolonisten und Angehörigen der Kolonialverwaltung (über 300 000) aus den befreiten Kolonien verstärkt wurden.

Es war zwar richtig, für die Freiheit der Religion einzutreten. Aber es wurde unterlassen, einen Kampf gegen den politisierenden Klerus zu führen. Die „Zukunft der

Revolution“ hänge von den Christen ab, behauptete der Bischof von Coimbra.

Nur Parteien mit christlicher Ideologie seien wählbar, verkündete die Bischofskonferenz. Unter dem Banner des Christentums sammelte sich die Rechte in der CDS und vor allem in der PPD. Bald gab es aber auch in der MDLP und der mit ihr verbundenen ELP militär-politische Organisationen, die mit Terror die neue Ordnung stürzen wollten. Hinzu kamen natürlich die Wirtschaftssabotage und die Kapitalflucht, mit denen jede Revolution fertig werden muss.

Am 11. März 1975 versuchte die Konterrevolution einen Putsch unter General Spínola. Vor allem Intersindical und PCP mobilisierten Hunderttausende, die die Straßen blockierten. Teile des Militärs schwankten zwar, verteidigten dann aber die Revolution. Die Putschisten flohen ins Ausland. Die konkrete Gefahr einer gewalttätigen Konterrevolution radikalisierte Millionen, polarisierte aber auch die Massen. Es entstand eine vorrevolutionäre Lage, die bis zum November dauerte. „Möglich ist jetzt eigentlich alles in Portugal“, meinte Otelo de Carvalho.

Sozialismus?

Äußerlich schien die Lage stabil zu sein. Bei den Wahlen im April 1975 bekam die PCP nur noch 12,5 % der Stimmen (hinzu kamen 4,1 % der MDP). Sieger waren die Sozialdemokraten (37,9 %), die noch den Sozialismus forderten, und die bürgerlichen Parteien PPD und CDS (34 %). Zentristen (MES und FSP) kamen auf 2,2, revolutionäre Gruppen auf 1,6 %. Doch fast alle waren für den Sozialismus. Die Abgeordneten beschlossen eine neue Verfassung, die den „Übergang zum Sozialismus“, die „Überführung in eine klassenlose Gesellschaft“ und „Ausübung der Macht durch die arbeitende Klasse“ vorsah. Entscheidende Kraft blieb das Militär, dessen Bewegung eine halbwegs demokratische Struktur aufgebaut hatte. In den Kasernen wurden Delegierte gewählt, zuerst nur der Offiziere, dann aller Berufssoldaten. Sie bildeten die 240 Mann starke Versammlung der Streitkräfte und wählten einen Revolutionsrat von etwa 20 Leuten (Präsident und Premier, sofern sie Offiziere waren, die Stabschefs der drei Waffengattungen und ihre Vertreter, 8 Vertreter der Armee und je drei der Marine und Luftwaffe), der geheim tagte. Dies war das eigentliche Machtzentrum, dessen Beschlüsse Gesetzeskraft hatten. Das Militär stellte zudem den Premier. Die meisten Minister wurden von den Parteien gestellt. Doch oft genug erfuhren sie die Beschlüsse der Regierung aus der Zeitung. Sie und die Parteien wurden als Berater verstanden.

Premier Gonçalves erklärte vor den ersten freien Wahlen, „das Wahlergebnis wird ... den portugiesischen revolutionären Prozess nicht entscheidend beeinflussen.“ In einer Regierungserklärung wurde unumwunden betont: „Die Unterstützung der Streitkräfte wird ... durch die politische Orientierung auf die Anweisungen des Revolutionsrates gewährleistet ... Leitlinie für konkrete Maßnahmen und Politik der Ministerien ist das Programm der MFA.“

Revolutionäre Krise

In den nächsten Monaten radikalisierten sich die Massen. anderthalb Millionen Arbeiter:innen streikten. das war fast die gesamte Klasse. 300 Betriebe standen unter staatlicher Kontrolle, 220 unter Selbstverwaltung der Belegschaften. Mitte November 1975 belagerten die Bauarbeiter mehrere Tage lang das Parlament, um Lohnerhöhungen durchzudrücken – erfolgreich.

Die Landarbeiter:innen begannen sich zu bewaffnen, um das besetzte Land zu verteidigen. Am 8. November gab es eine große Konferenz in Lissabon, zu der Intersindical, 115 Arbeiterkommissionen, die revolutionären Kommissionen zur Unterstützung der Agrarreform (CRARA), Verbände der Mieter und Intellektuellen eingeladen hatten. Auf der Tagesordnung hätte die Gründung eines Sowjets stehen sollen. Doch die Konferenz kam über allgemeine, wenn auch radikale Erklärungen nicht hinaus.

Gleichzeitig zerfiel das Militär. Der Revolutionsrat fraktionierte sich und war nicht mehr handlungsfähig. Im SUV bildete sich eine illegale Vereinigung von Soldaten, die teils von Kräften links von der PCP geführt wurde, unter anderem der LCI. Sie erklärte, dass die „MFA eine konterrevolutionäre Politik“ betreibe und richtete einen „Appell an die Soldaten und Arbeiter Europas“.

Am 10. September organisierte sie eine Demo in Porto, an der 1500 Soldaten teilnahmen. Als einige Soldaten verhaftet wurden, stürmten 30 000, davon 5000 Soldaten in Uniform, das Militärgefängnis Trafaria, wo sich die Wachmannschaften solidarisierten. In den Kasernen wurde begonnen, Soldatenräte zu bilden, auch wenn deren Forderungen noch sehr gemäßigt waren (freie Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln, bessere Kantinen, aber auch Ausschluss reaktionärer Offiziere und Verbindung zu den Organen der Volksmacht).

Die militärische Hierarchie zerfiel. Anfang November verließen 150 Offiziere der Luftwaffe ihre Einheiten und stellten sich dem Chef der Luftwaffe zur Verfügung, weil ... die Soldaten ... ihre Position als Offizier infrage stellen“. Das sei unter ihrer Würde.

Das Oberkommando versuchte, die Armee zu verkleinern und dabei die revolutionären Herde aufzulösen, vorerst vergeblich. Doch nirgendwo wurden revolutionäre Organe der Macht gebildet, und das sollte sich rächen. Die wirtschaftliche Lage hatte sich durch Kapitalflucht und Investitionsstreik, Sabotage der Produktion, Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit verschlechtert. Die Konterrevolution mobilisierte. Anfang Juli verabschiedeten katholische Bischöfe einen Aufruf: „Christen erwachet, wir müssen massenhaft im ganzen Land demonstrieren“. Kleinbürgertum und Bauern gingen zu Zehntausenden auf die Straße mit Losungen wie „Demokratie mit Ordnung“, „Rechte der katholischen Kirche“ und „Nieder die Kommunisten“. Im Norden wurden viele Büros der PCP und der Organisationen links von ihr zerstört:

Im September 1975 war die Regierung umgebildet worden und an die Stelle der PCP die PSP als führende Kraft getreten.

Die PSP mobilisierte unter dem Vorwand der Verteidigung der Demokratie und der Regierung Massen in Demos bis zu 100 000 gegen die PCP. Sie wird dabei von den rechten Maos wie der MRPP oder PCP (ml) unterstützt, während die MES erklärt, „die Sozialdemokratie ist eine Übergangsphase zum Faschismus“.

Seit September organisierte dann die PCP die größten Demos von allen, doch mit sehr begrenztem Ziel. PCP-Chef Cunhal erklärt auf einer Massenkundgebung am 25. November, es solle ein antifaschistisches Bündnis zum „gemeinsamen Kampf gegen linksextremistisches und pseudorevolutionäres Abenteuerertum“ geschaffen werden.

Ein Malheur

Wendepunkt wurde ein fast zufälliges Ereignis. Die Garnison in Tancos sollte aufgelöst werden. Die Fallschirmjäger besetzten ihren Stützpunkt und gleich einige andere mit. Ein paar weitere Einheiten schlossen sich an. Die Soldaten wollten an sich nur Druck ausüben, wohl auch die Zusammensetzung von Regierung und Revolutionsrat ändern. Es war eher eine bewaffnete Demonstration und in dieser Lage gefährlich.

PCP und revolutionäre Organisationen, Arbeiterkommissionen und andere Organe der Volksmacht verstanden nicht, was vor sich ging, und blieben völlig passiv.

Der Revolutionsrat nutzte die Chance und mobilisierte ihm ergebene Einheiten. Es kam zu einer kurzen Schießerei mit zwei Toten. Dann ergaben sich die Paras. Es wurden ein paar hundert Soldaten und Offiziere verhaftet, die linken Einheiten aufgelöst und radikale Offiziere wie

Carvalho entlassen. Der Linken wurde unterstellt, einen Putsch geplant zu haben. Sechs ihrer Tageszeitungen wurden unter Militärverwaltung gestellt.

Kampflos wichen nicht nur die PCP, sondern auch alle anderen zurück. Die Organe der Volksmacht wie die Arbeiterkommissionen blieben inaktiv. Die spontane Bewegung zerfiel.

Dies war der Wendepunkt. In den nächsten Monaten festigten die rechten Militärs ihre Macht. Die Linke verlor ihre Basis in den Streitkräften völlig – und den Glauben an den Sieg der Revolution. Dieser sang- und klanglose Abgang bewies, dass es keine starke organisierte revolutionäre Kraft gab.

Normalisierung

Das heißt nicht, die Organisationen wären zerfallen. Anfang 1976 hatte die Intersindical 1,5 Millionen Mitglieder und wurde weiter von der PCP dominiert, musste in manchen Sektoren sogar die radikale Linke tolerieren. Unter Führung der PSP standen Gewerkschaften mit 500 000 Mitgliedern.

Bei den Wahlen im April kam die PSP auf 35,1 %, die bürgerlichen Parteien auf 39,6 %, die PCP auf 14,7 % (die mit ihr verbundene MDP kandidierte nicht).

Die Zentristen sanken auf 1,4 %, die anderen revolutionären Organisationen kamen auf 3,5 %.

Im Juli gab es dann Präsidentschaftswahlen. Der von einer großen Koalition (PSP, PPD, CDS) unterstützte General Eanes siegte überlegen (61,5 %). Doch der linksradikale Otelo de Carvalho erreichte erstaunliche 16,5 %, der PCP-Kandidat Pato nur 7,6 %. Doch das Ergebnis für Otelo war ein Strohfeuer.

In seiner Antrittsrede versprach Eanes, den Weg zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu ebnen. Es war der Weg in eine modernisierte kapitalistische Gesellschaft.

Parteien und Organisationen

CDS	Centro Democrático e Social (Demokratisch Soziales Zentrum, reaktionäre Partei)
ELP	Exército de Libertação de Portugal (Portugiesische Befreiungsarmee, die in Spanien als bewaffneter Arm der MDLP Kommandos aufstellte)
FSP	Frente Socialista Popular (Sozialistische Volksfront, im Dezember 1974 von der PSP abgespalten)
LCI	Liga Comunista Internacionalista (Internationalistische Kommunistische Liga, noch in der Illegalität gegründete Sektion der 4. Internationale; später PSR)

LUAR	Liga de Unidade e Acção Revolucionária (Vereinigte Liga der revolutionären Aktion, 1967 als bewaffnete Organisation gegründet, löste sich 1976 auf)
MDLP	Movimento Democrático de Libertação de Portugal (Demokratische Befreiungsbewegung Portugals, militante konterrevolutionäre Organisation unter General Spínola)
MDP	Movimento Democrático Português (Demokratische Bewegung Portugals; 1969 als Organisation zu den Wahlen gegründet, später von PCP beherrscht)
MFA	Movimento das Forças Armadas (Bewegung der bewaffneten Streitkräfte, Organisation der Militärs)
MES	Movimento da Esquerda Socialista (Bewegung der Sozialistischen Linken; zentristische Organisation, die bald mehrere Spaltungen durchmachte und Ende der 70er Jahre in die PSP eintrat)
MRPP	Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado (Bewegung zur Reorganisation der Partei des Proletariats: extrem rechtsmaoistische und sektiererische Gruppe, die 1976 zur Wahl von General Eanes aufrief)
PCP	Partido Comunista Português (Kommunistische Partei Portugals).
PCP(ml)	Partido Comunista Português / marxista-leninista (Kommunistische Partei Portugals / marxistisch-leninistisch; sektiererisch-maoistische Gruppe, die in der PCP den Hauptfeind sah)
PPD	Partido Popular Democrático (Demokratische Volkspartei; führende bürgerliche Kraft)
PRP	Partido Revolucionário Português (Revolutionäre Partei Portugals, 1970 gegründet; organisierte „revolutionäre Brigaden“)
PRT	Partido Revolucionário dos Trabalhadores (Revolutionäre Arbeiterpartei. mit der 4. Internationale sympathisierende Organisation, die später mit der LCI zur PSR fusioniert)
PSP	Partido Socialista Português (Sozialistische Partei Portugals, 1973 in Bad Münstereifel gegründete sozialdemokratische Partei)
SUV	Soldados Unidos Vencerão (Vereinigt werden die Soldaten siegen; radikale illegale Soldatenorganisation)
UCP	Unidade Colectiva de Produção (Kollektive Produktionseinheit; von der Gewerkschaft der Landarbeiter:innen organisierte Produktionsgenossenschaften)
UDP	União Democrática Popular (Volksdemokratische Union, von der PCP abgespaltene maoistische Organisation, stärkste Kraft links von der PCP)



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

WIDER DIE DEUTSCHE STAATSRÄSON

Für die imperialistischen Länder des Westens spielt Israel immer noch eine bedeutende geopolitische Rolle, auch wenn sich inzwischen (im Vergleich zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts) die konkrete Funktion geändert hat. Für Deutschland allerdings ist Israel auch und vor allem aus innenpolitischen Gründen von besonderer Bedeutung.

■ **Jakob Schäfer / Michael Weis**

1952 sagte Kanzler Adenauer im Luxemburger Abkommen Israel finanzielle und militärische Unterstützung zu – ausdrücklich zur „Wiedergutmachung“. Für die Westmächte war dies eine Bedingung für das Ende der Besatzung Deutschlands und die Aufnahme der BRD in die „Völkergemeinschaft“. In den folgenden Jahrzehnten trat ein anderes Motiv in den Vordergrund: Der deutsche Imperialismus will bei der Beherrschung des Nahen Ostens beteiligt sein, um daraus Ansprüche auf Teilhabe an der Sicherung der Rohölversorgung sowie der sonstigen Handelswege ableiten zu können.

Mindestens genauso wichtig allerdings ist ein anderes Motiv, nämlich das innenpolitische: Mit der militärischen und vor allem mit der bedingungslosen politischen Unterstützung der israelischen Regierung – ganz gleich, wie rechtsradikal und offen rassistisch sie ist – meinen die Herrschenden in diesem Land einen Teil der historischen Schuld am Holocaust, wenn nicht ausgleichen, so doch mildern zu können.

Deswegen wird diese spezifische Haltung zur „deutschen Staatsräson“ erklärt und deswegen werden alle Kritiker:innen dieser spezifischen Beziehung verfolgt und kriminalisiert. Da weite Teile der Öffentlichkeit (allen voran die großen Medien) von der gleichen Motivation getrieben werden und diese Propaganda unablässig verbreitet wird, greift der Vorwurf des Antisemitismus auch bei

vielen Menschen, die sich mit der Materie oder mit den konkreten kritischen Äußerungen dieser oder jener Person gar nicht beschäftigt haben.

Damit gelingt es, von der spezifischen Schuld der bürgerlichen Klasse bei der Machtübertragung an Hitler und während der NS-Zeit abzulenken. Die undifferenzierte Kollektivschuldthese soll auch jenen ein schlechtes Gewissen machen (und ihnen indirekt eine Mitverantwortung suggerieren), die zur damaligen Zeit noch nicht mal geboren waren.

Hat man aber diese Logik der kollektiven Verantwortung aller Deutschen (unabhängig von ihrem Alter) und die daraus abgeleitete „deutsche Staatsräson“ akzeptiert, dann ist es folgerichtig, bei der bedingungslosen Unterstützung jeder israelischen Regierung auch zu akzeptieren, dass palästinensisches Leben keine Rolle spielt.

Dabei wird zweierlei verdrängt: Erstens das Ausmaß des Massenmords durch Bombardements etc., einschließlich aller Abriegelungen und der Verhinderung von Hilfslieferungen (Wasser, Lebensmittel, Medikamente usw.); zweitens die strukturelle Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung seit der Nakba.

Ganz geflissentlich wird auch übergangen, welche Opfer die palästinensische Bevölkerung in den vergangenen Gazakriegen zu beklagen hatte: „Operation Gegossenes Blei“ 2008/2009, „Operation Wolkensäule“

STRUKTURELLE UNTERDRÜCKUNG

Diese strukturelle Diskriminierung besteht in juristischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht. Für die Bewohner:innen des israelischen Staatsgebiets ist dies in Artikel 1 des 2018 verabschiedeten Grundgesetzes festgeschrieben, in dem es heißt: „Die Ausübung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung im Staat Israel ist dem jüdischen Volk vorbehalten“, ein Recht, das den Palästinenser:innen also verwehrt wird; ein weiterer Artikel besagt, dass „der Staat die Ausweitung der jüdischen Siedlungen als nationales Ziel ansieht und dahingehende Initiativen und Bemühungen fördern und unterstützen wird“. Das bedeutet, dass ein Recht darauf besteht, Land zu beschlagnahmen, das Palästinensern gehört.

Im gesamten Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan wendet das israelische Regime Gesetze, Praktiken und staatliche Gewalt an, um die Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere zu festigen, also der Jüdinnen und Juden über die Palästinenser:innen. Eine wichtige Methode zur Verfolgung dieses Ziels ist die unterschiedliche Gestaltung des Raums für jede Gruppe. Während für jüdische Bürger:innen mit Ausnahme des Gazastreifens überall die gleichen Rechte gelten, sind diese für die Palästinenser je nach Gebiet unterschiedlich. Davon betroffen sind etwa das Recht auf Einwanderung, Erwerb bzw. Enteignung und Nutzung von Land, Bewegungsfreiheit oder politische Beteiligung.

Die jahrzehntelange bewusste Ungleichbehandlung der palästinensischen Bürger:innen Israels hat dazu geführt, dass sie im Vergleich zur jüdischen Bevölkerung wirtschaftlich benachteiligt sind. Verschärft wird dieses Problem durch die diskriminierende Zuweisung staatlicher Mittel: Ein jüngstes Beispiel ist das Corona-Konjunkturpaket der Regierung, von dem nur 1,7

Prozent der Mittel an die palästinensischen Kommunalbehörden gingen.

Die strukturelle Ungleichheit im Sozial- und Gesundheitswesen zeigt sich in folgendem Beispiel: Israel kaufte rund 30 Millionen Dosen Corona-Impfstoff. Nach Angaben des israelischen Gesundheitsministeriums waren bis Oktober 2021 64 Prozent der Bevölkerung doppelt geimpft, darunter israelische Staatsangehörige, Bewohner:innen Ost-Jerusalems, Arbeitsmigrant:innen und palästinensische Gefangene. Mehr als 4 Millionen Bürger:innen hatten eine dritte Dosis erhalten. Im November 2021 wurde mit der Impfung von Fünfjährigen begonnen. Im März und April 2021 lieferte Israel gerade mal 5 000 Impfstoffdosen an die Palästinensische Behörde, nachdem es Presseberichten zufolge im Februar Tausende Dosen an die diplomatischen Verbündeten Guatemala, Honduras und die Tschechische Republik geschickt hatte.

Fehlende Selbstbestimmung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit wirken sich natürlich auch auf die Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten aus. Die Jugendarbeitslosigkeit in Gaza beispielsweise lag schon vor dem Krieg bei über 60 % und ist seither explodiert, während in Israel die Gesamtarbeitslosigkeit bei 4,2 % liegt. Das BIP pro Kopf beträgt in Israel bei 39 000 \$, in Palästina hingegen bei 2900 \$.

Für weitergehende Informationen zu dieser strukturellen Diskriminierung verweisen wir auf den Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem aus 2021, der in der *Internationale 1/2024* dokumentiert ist, sowie auf die Berichte von Amnesty international aus 2022. Zur wirtschaftlichen Lage siehe auch *Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung* von Shir Hever, 2014 im Neuen ISP Verlag erschienen.

2012, „Operation Protective Edge“ 2014, „Operation Guardian on the Wall 2021“, „Operation Breaking Dawn“ 2022 oder etwa die israelischen Luftangriffe auf Gaza im Mai 2023. Dramatisch war auch die Ermordung von Dutzenden von Palästinensern beim „Marsch der Rückkehr“ im März 2018 und März 2019, als israelische Scharfschützen auf unbewaffnete Demonstrant:innen schossen. Die Verletzten zählten nach Hunderten. Schon das Demonstrieren und die Forderung nach Aufhebung der Blockade ist in der Logik des Apartheidstaates Israel ein Angriff auf seine Unabhängigkeit und begründet das Recht auf „Selbstverteidigung“ ohne Rücksicht auf das Leben der Demonstrierenden. Zu all diesen Opfern

schwieg die deutsche Regierung (und natürlich auch die US-Regierung).

Ganz geflissentlich wird auch übergangen, dass nicht alle Israelis der Meinung sind, dass man die Palästinenser:innen als Menschen zweiter Klasse (oder gar als Tiere) behandeln soll.

Ganz geflissentlich wird übergangen (oder heruntergespielt) dass Jüdinnen und Juden in den USA massenhaft gegen diesen Krieg demonstrieren und sich dagegen wehren, dass die Erinnerung an den Holocaust als Rechtfertigung für die rassistische Politik der israelischen Regierung missbraucht wird.

Stellvertretend für viele schreibt Mario Keßler: „Hatte Israel eine andere Wahl, als militärisch zu reagieren? Ein

israelischer General, der sein Land zu schützen hat, muss darüber anders urteilen als ein Kritiker von außen. Dieser Krieg ist Israel aufgezwungen worden, und der jüdische Staat führt einen Verteidigungskampf. Doch „Wie weit darf die Anwendung von Gewalt gegenüber Zivilisten auch in Gaza gehen?“, fragt der israelische Historiker Omer Bartov.“ (*Sozialismus* 12/2023).

Keßler und mit ihm viele andere tun gerade so, als stünden sich in dem israelisch-palästinensischen Konflikt zwei Parteien auf Augenhöhe gegenüber. An der strukturellen Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung hat er wenig auszusetzen, jedenfalls gesteht er der palästinensischen Bevölkerung kein Recht auf Widerstand zu. Dass wir die reaktionäre Hamas und ihre Kampfmethoden ablehnen, kann nicht heißen, dass wir uns von dem berechtigten Kampf der Palästinenser:innen distanzieren. Aktionen wie beispielsweise der Marsch der Rückkehr verdienen unsere volle Solidarität.

Logik der rassistischen Politik des Staates Israel

Die deutsche Außenministerin Baerbock und andere fordern – rein verbal – die Einhaltung des „humanitären Menschenrechts“ ein (natürlich ohne selbst realen Druck auszuüben; im Gegenteil: Man wehrt die Klage Nicaraguas ab, man wendet sich gegen den Haftbefehl des Chefanklägers in Den Haag gegen Netanjahu usw.). Auch andere sind inzwischen ein wenig verunsichert und hoffen auf eine Milderung des Vorgehens der israelischen Regierung. Nun ist es aber so, dass die Logik der rassistischen faktischen israelischen Staatsräson es extrem schwer macht, wenigstens einem Waffenstillstand zuzustimmen. Die Politik des israelischen Staates ist seit der Staatsgründung und der Nakba auf ethnische Säuberung ausgerichtet. Jede israelische Regierung, die die faktische israelische Staatsräson anerkennt, kann es sich politisch kaum leisten, die mit dem 7. Oktober geschaffene Gelegenheit nicht zu ergreifen und die Politik der ethnischen Säuberung nicht auf eine neue Stufe zu heben.

Je mehr aber der Krieg in einen Völkermord übergeht, umso mehr kommen die Verteidiger der deutschen Staatsräson ins Schwimmen bzw. verheddern sich in Widersprüche (wie lange sie das durchhalten, ist eine andere Frage). Denn inzwischen hat die Dahiya-Doktrin eine neue Stufe erreicht

Die Dahiya-Doktrin

„Auf militärischer Ebene hat die israelische Armee gehandelt, wie sie es oft getan hat: gemäß der Doktrin von Ge-

neral Gadi Eizenkot, die im Gefolge des Libanon-Kriegs von 2006 entwickelt wurde. Diese ‚Dahiya-Doktrin‘ – benannt nach den südlichen Vororten Beiruts, der Hochburg der Hisbollah – sieht unverhältnismäßige Gegenschläge und Vergeltungsmaßnahmen vor, die gegen zivile Infrastrukturen, die dem Feind als Basis dienen könnten, gerichtet sind. Keine andere Armee der Welt hat es gewagt, offen eine solche terroristische Doktrin zu formulieren – auch wenn einige natürlich nicht davor zurückschrecken, ähnlich zu agieren wie die USA im Irak oder Russland in Tschetschenien“, so Alain Gesh in *Le Monde Diplomatique* v. 10.6.2021.¹ Nicht für umsonst hat die Republik Südafrika vor Monaten schon Klage eingereicht.

Die mörderische deutsche Unterstützung für diese Politik

Die BRD ist nach den USA Israels wichtigster Waffenlieferant. Im Jahr 2023 war die Bundesrepublik nach Angaben der Rechercheagentur Forensis sogar für 47 Prozent aller israelischen Waffenimporte verantwortlich, dicht hinter den USA mit 53 Prozent. Dies ergebe sich aus Daten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI). Die Zahl schließt die Lieferung von zwei Kriegsschiffen der Sa'ar-6-Klasse sowie von Raketen und Motoren für Panzer ein. Über einen längeren Zeitraum von fünf Jahren betrachtet – zwischen 2019 und 2023 – machten Lieferungen aus Deutschland immerhin 30 Prozent aller Waffenimporte aus, während 69 Prozent aus den USA stammten. Diese Waffen werden zumindest zum Teil auch in Gaza eingesetzt, so wie die Munition bei dem Angriff auf das Flüchtlingslager in Rafah laut *NYT* und *CNN* aus US-Produktion stammt.

Daneben fungiert die BRD als verlässlichste ideologische Stütze des zionistischen Regimes. Gegenüber dem IGH tritt die BRD als Drittpartei auf Seiten Israels auf, um den Vorwurf des Völkermords an Palästinenser:innen zu widerlegen. Den Entscheid des Internationalen Gerichtshofs, nach dem Israel aufgefordert wird, eine „militärische Offensive und jegliche anderen Handlungen im Gouvernement Rafah“ sofort einzustellen, „die dem palästinensischen Volk in Gaza Lebensbedingungen auferlegen könnten, die seine vollständige oder teilweise physische Zerstörung zur Folge haben könnten“, kommentiert Volker Beck (Vorsitzender der dt.-isr. Gesellschaft) im Sinne der Regierung: „Diese Entscheidung des Gerichts lässt Israel Spielraum für sein militärisches Vorgehen in Gaza und delegitimiert nicht sein Selbstverteidigungsrecht“. Mit eben diesen Worten rechtfertigte

auch Netanjahu den „tragischen Beschluss“ auf das Flüchtlingslager in Rafah.

Die BRD ist neben den USA, GB und Frankreich die wichtigste politische Stütze im Westen und federführend bei der Repression der propalästinensischen Proteste, sieht man davon ab, dass in Frankreich harte Verurteilungen wegen Unterstützung terroristischer Vereinigungen erfolgen. Dies äußert sich nicht nur in direkten Maßnahmen wie dem Verbot des Palästina-Kongresses in Berlin, sondern in der einseitigen medialen Darstellung des Gazakriegs und der versuchten Gleichschaltung des Kulturlebens, wo kritische Stimmen durch Ausladungen, Nichtgewährung von Versammlungsräumen, Aberkennung von Kulturpreisen etc. wegen vorgeblichen Antisemitismus mundtot gemacht und existentiell bedroht werden.

Wer gehorcht der „deutschen Staatsräson“?

Unseligerweise besteht auch eine gewerkschaftliche Einheitsfront pro Israel (einige Gliederungen und die DJU in puncto Pressefreiheit ausgenommen). Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben sich seit der pro-israelischen Stellungnahme Anfang Oktober 2023 nicht mehr gerührt und die traditionell pazifistische Grundhaltung ad acta gelegt, anders die Gewerkschaften in den o. g. und anderen Ländern. Noch nicht einmal die Resolutionen internationaler Gewerkschaftsverbände zu diesem Thema werden vom DGB veröffentlicht, wie in dem Offenen Brief der

VKG an den DGB vom 13.6. moniert wird (<https://vernetzung.org/offener-brief-an-den-dgb-bundesvorstand-kopie-an-mitgliedsgewerkschaften-internationaler-gewerkschaftsbund-industriall/>).

Die reformistische Linke wie DIE LINKE und das Gros der zivilgesellschaftlichen Organisationen wie die DFG/VK scharen sich hinter der Regierungsposition oder üben sich die meiste Zeit in Stillschweigen. Ausgenommen ist hier das BSW, das einen Stopp der Waffenlieferungen fordert und die Kriegsverbrechen als solche benennt.

Trauriger Höhepunkt ist die „postkoloniale oder postautonome Linke“, deren antideutscher Flügel sich dazu versteigt, Proteste zu denunzieren und seine Vernichtungsphantasien gegenüber Palästina in der Losung „Gaza zu Garzweiler“ zu halluzinieren.

Auch unter der radikalen Linken wird eine historische Kontextualisierung des 7. Oktober als antisemitisch konnotierte Relativierung angesehen – wir selbst haben uns daran gewöhnt, unser Rederecht durch Distanzierung von Hamas vorausseilend zu legitimieren.

Insofern haben wir als antiimperialistische Linke und Gewerkschafter:innen die Pflicht, die unterdrückten Nachrichten und Zusammenhänge öffentlich zu machen, zu zeigen, wie in anderen Ländern Solidarität auch in gewerkschaftlichen Kreisen besteht, und die sich jüngst formierenden studentischen Proteste zu begleiten. Hier besteht ein erhebliches Radikalisierungspotential, da die

STAATSRÄSON: EIN MERKMAL DES ABSOLUTISMUS

Mit der Stärkung des Staates im Absolutismus wurde die Staatsräson geboren, zunächst formuliert von Machiavelli. Sie besagt, dass dem staatlichen Interesse alles andere unterzuordnen ist. Folglich spielen dann auch Menschenrechte keine Rolle mehr, sie werden zumindest zweitrangig. Für Deutschland wurde dieses obrigkeitshörige Konzept zum ersten Mal wieder neu formuliert von dem ehemaligen Botschafter in Tel Aviv, Rudolf Dreßler (in seinem Aufsatz „Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson“: Er schrieb: „Die gesicherte Existenz Israels liegt im nationalen Interesse Deutschlands, ist somit Teil unserer Staatsräson.“ Kanzlerin Merkel griff dies in ihrer Rede in der Knesset (2008) auf und seitdem ist dieser Begriff zu mehr als einer politischen Rechtfertigung der militärischen und politischen Unterstützung Israels durch die deutsche Regierung geworden. Inzwischen ist es auch ein Instrument, um missliebige Kritiker:innen zu

kriminalisieren oder auch z. B. die Einbürgerung vom Bekenntnis zu dieser obrigkeitshörigen Doktrin abhängig zu machen.

Dass dieses Konzept mit den Grundsätzen einer demokratischen Verfassung wenig zu tun hat, drückte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags in einem 23 Seiten langen Gutachten folgendermaßen aus: „In der heutigen wissenschaftlichen Literatur sind der Nutzen und der analytische Wert des Begriffs Staatsräson umstritten. [...] In der liberalen und naturrechtlichen Denktradition steht die Idee der Staatsräson darüber hinaus im Gegensatz zur Idee des Rechts und des Rechtsstaats. [...] Im Grundgesetz hat die Idee der Staatsräson als wertfrei auf Machterhalt und Machterweiterung fokussiertes Konzept keinen Platz.“ (<https://www.bundestag.de/resource/blob/984994/b6599ace70df398d643cc9e584d29caf/WD-1-024-23-pdf.pdf>)

jungen Leute aufgrund der „Staatsräson“ zwangsläufig der offiziellen Politik diametral gegenüberstehen und keine Gefahr einer sozialintegrativen Variante mit Kanalisierung auf parteipolitische Mühlen besteht wie bei FFF. Diese Bewegung wiederum diskreditiert sich vollständig durch die Unterordnung unter die Staatsräson und die schäbige Ausgrenzung ihrer Galionsfigur Greta Thunberg.

Da bei Protesten gegen die auferlegte „Staatsräson“ zumeist die Forderung nach Offenlegung der Beziehungen zu israelischen Institutionen und der Kooperation mit Rüstungsbetrieben, die diesen Krieg munitionieren, aufgestellt wird, liegt es auf der Hand, das Engagement für die BDS-Kampagne zu fördern.

Die Gründe für die Befolgung der deutschen Staatsräson liegen bei den unterschiedlichen Akteuren in jeweils unterschiedlichem Maß an ihrer Staatshörigkeit und an Konfliktscheu bis hin zum Duckmäsertum. Wenn sie sich der inhaltlichen Debatte stellen, dann glänzen sie zumeist mit selektiver Wahrnehmung und der Verunglimpfung der Israelkritik als Antisemitismus.

Aufgrund des propagandistischen Trommelfeuers der Massenmedien gehört für Menschen, die im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen, schon einiges an Mut dazu, den Charakter der rassistischen und völkermörderischen Politik beim Namen zu nennen. Anders ist es bei den (meist jungen) Menschen, die aufgrund der ungeheuerlichen Vorgänge im Gazastreifen sich jetzt zum ersten Mal politisch artikulieren, und zwar ohne Scheuklappen und Maulkorb. Angetrieben werden sie dabei in erster Linie von humanistischen Motiven. Und je größer das Missverhältnis zwischen den erkennbaren Fakten und der völlig entstellenden (verharmlosenden) Positionierung der Bundesregierung ist, umso mehr schreitet der Politisierungsprozess bei diesen jungen Menschen voran. Häufig (aber nicht nur) sind es Menschen mit migrantischem Hintergrund. Bestätigt fühlen sie sich sowohl durch die Klage der Republik Südafrika gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof als auch durch die Massenproteste an US-Universitäten.

Welche Achsen der politischen Debatte müssen wir, revolutionäre Marxist:innen in diesem Zusammenhang (und in der gegenwärtigen politischen Lage hier im Land) fördern? Ergänzend zu den am Ort laufenden Mobilisierungen gilt es Diskussionen anzustoßen bzw. zu bereichern (z. B. auf Veranstaltungen) zu folgenden Punkten:

■ Es muss klargestellt werden, dass das Dringlichste die Durchsetzung eines Waffenstillstands und der uneingeschränkten Hilfslieferungen ist. Dazu muss die Verant-

wortung der Bundesregierung in den Vordergrund gestellt werden (getreu dem einzig richtigen Satz des Antikomunisten Willy Brandt: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“). D. h. wir dürfen uns nicht mit dem Verweis auf die komplexe Lage oder die falsche Strategie der reaktionären Hamas von der allerdringlichsten Forderung abbringen lassen.

■ Wir müssen die Zusammenhänge des Konflikts (die strukturelle Unterdrückung der Palästinenser:innen seit der Nakba) herausarbeiten und dazu die ausgezeichneten Arbeiten der kritischen israelischen Wissenschaftler:innen nutzen (von Shlomo Sand über Moshe Zuckermann bis zu Ilan Pappé).

■ Gleichzeitig gilt es die geopolitischen Zusammenhänge zu vermitteln.

■ Und wir müssen erklären, dass mit einem Waffenstillstand der Konflikt längst nicht gelöst ist. Bei der Skizzierung einer zukunftsfähigen Lösung darf nicht die Zweistaatenlösung angepriesen werden, denn der Rumpfstaat Palästina (die 22 Prozent des ehemaligen Palästinas sind wirtschaftlich nicht lebensfähig) bliebe am Tropf Israels und der internationalen Unterstützung, nicht zu vergessen die bisher schon 700 000 israelischen Siedler im Westjordanland. Eine tatsächlich tragfähige Lösung (einschließlich der Durchsetzung des Rückkehrrechts der Flüchtlinge) ist ohne eine durchgreifende Umwälzung der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse nicht vorstellbar. Die Lösung des Konflikts – die Durchsetzung gleicher Rechte für alle Menschen in Israel-Palästina – ist eine Klassenfrage. Auch dies gilt es zu vermitteln und nicht eine Illusion zu schüren.

■ Nicht zuletzt gilt es die Hintergründe der sogenannten „deutschen Staatsräson“ offenzulegen.

Aufgrund des gewaltigen Interessengegensatzes in Israel-Palästina ist nicht mit einem baldigen Ende des Kriegs zu rechnen. Bestenfalls könnte es – unter dem Druck der US-Regierung – zu einem Waffenstillstand kommen. Aber die mörderische Blockade der Hilfslieferungen wird weitergehen, ganz gleich, wer in den USA die Wahlen gewinnt. Umso mehr kommt es auf die Massenmobilisierungen in der ganzen Welt an, auch in Deutschland.

1 <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5775566>

STUDENTISCHE PROTESTE

Die internationale Protestwelle an den Universitäten gegen den Völkermord der Israelis in Gaza hat ein Ausmaß und Protestformen angenommen, die an die Vietnam-Proteste von 1968 erinnern. Stellvertretend für viele gehen wir in den beiden folgenden Artikeln auf die Situation in Schweden und den USA ein.

SOLIDARITÄT MIT GAZA!

Zeitschrift *internationalen*

Die globalen Demonstrationen in Form von Zeltlagern haben nun Schweden erreicht und finden, während wir dies schreiben, unter anderem in Örebro, Lund, Uppsala, Göteborg, Karlstad und in Stockholm an der Universität und der Königlichen Technischen Hochschule (KTH) statt.

Neben der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand unterstützen sie auch die wichtigste Kampagne des palästinensischen Widerstands: die Bewegung für Boykott, Desinvestment und Sanktionen, BDS. Die Student:innen fordern, dass Universitäten Investitionen in Unternehmen mit Verbindungen zu Israel abziehen und dass sie die Zusammenarbeit mit israelischen Universitäten beenden. Stattdessen fordern sie, mit palästinensischen Universitäten zu kooperieren und dass die Universitäten Student:innen aus Gaza unterstützen. Israel hat jede Universität in Gaza zerstört, mindestens 6000 Student:innen getötet und über 80 Prozent aller Schulen zerstört. Dies wird von den Vereinten Nationen als ein Akt von Scholasticide¹ bezeichnet: ein bewusster Versuch, Bildung

und Wissen in Palästina durch Angriffe auf Schulen zu vernichten und Schüler:innen und Lehrer:innen zu verletzen, einzusperren und zu ermorden.

Die Universität Tel Aviv, mit der Uppsala eine Vereinbarung hat, forscht zusammen mit der israelischen Armee an Militärtechnologie und -strategie. Der universitätsnahe Think-Tank, das Institute for National Security Studies (INSS), rühmt sich, die „Dahiya“-Doktrin entwickelt zu haben, die unverhältnismäßige Gewalt und Ermordung von Palästinensern vorschreibt. Darüber hinaus kooperiert Uppsala mit der Hebräischen Universität von Jerusalem, die sich in teilweise besetztem Gebiet befindet, und Technion, die Partneruniversität der KTH, ist tief in Israels militärisch-industriellen Komplex eingebunden. Es gibt viele Beispiele. Seit Jahrzehnten beteiligen sich israelische Universitäten an der Planung, Umsetzung und Rechtfertigung von Besatzung, Apartheid und Siedlerkolonialismus. Kann jemand die Zusammenarbeit mit solchen Institutionen verteidigen?

Bei BDS geht es um den Boykott mitschuldiger Institutionen und nicht um den Boykott von Einzelpersonen oder Austausch in der Wissenschaft, es sei denn, diese unterstützen offensichtlich Völkermord und Apartheid. Die Sorge, über die der linke Schriftsteller Somar Al Naher im *Aftonbladet* schreibt, dass BDS sie daran hindern würde, progressive Israelis wie Oren Yifthachel zu treffen, ist daher ungerechtfertigt. Darüber hinaus hat er in

einem Artikel mit 240 anderen jüdischen und israelischen Forschern seine Unterstützung für BDS und dessen drei Ziele zum Ausdruck gebracht: Ende der Besetzung, volle Rechte für Palästinenser:innen und Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge.

Für diejenigen, die die BDS-Seite über die Studierendenproteste² besuchen, gibt es viele Informationen, u. a. auch über die Frage, wie man die Bestrafung von Einzelpersonen vermeiden kann. BDS ist strikt gegen den Boykott von Personen aufgrund von Religion, „Rasse“ oder Hautfarbe. Die Kampagne lehnt Antisemitismus nachdrücklich ab, wie auch der palästinensische Widerstand und die Solidaritätsbewegung im Allgemeinen. Bekanntlich stehen Jüdinnen und Juden an der Spitze eines großen Teils der Studentenproteste in den Vereinigten Staaten und die Gewalt, die stattgefunden hat, hat ihren Ursprung auf der anderen Seite; wie der Mob an der UCLA in Los Angeles, wo Israelfreunde und Rechtsextremisten die Student:innen stundenlang angriffen, bevor die Polizei auftauchte.

Kein Wunder, dass die Israelfreunde Angst vor BDS und den Studierendenprotesten haben. Fünfzig Universitäten in Spanien, sechs norwegische Universitäten, die Königliche Akademie der Künste in den Niederlanden, die Universität Gent in Belgien, die Universität Dublin, das Evergreen College in den USA, um nur einige zu nennen, haben die Beziehungen zu Israel abgebrochen oder werden sie abbrechen. Was wir erleben, wurde als ein möglicher „Südafrika-Moment“ für Israel bezeichnet, der Punkt, an dem die Apartheid fallen kann. Natürlich müssen sich Sozialist:innen aus ganzem Herzen den Studierendenprotesten anschließen und Informationen über BDS verbreiten. Diesen Moment zu verpassen, würde die Tötung der über 14 000 Kinder in Gaza noch unerträglicher machen.

Aber die Proteste rund um Palästina gehen auch Hand in Hand mit der Klimabewegung und die schwedischen Mobilisierungen injizieren eine dringend benötigte Dosis Zivilcourage und Verteidigung der Demokratie im heutigen erschreckend rechtsregierten³ Schweden. Die Palästina-Bewegung ist damit auch eine Hoffnung für die Linken.

20.5.2024

Quelle: Leitartikel der Zeitschrift *internationalen*, Woche 21/2024

Übersetzung: Björn Mertens

1 Kunstwort aus „scholastic“ (schulisch) und „cide“ (Tötung)

2 <https://bdsmovement.net/student-solidarity>

3 2022 gingen die Mitte-Rechts-Parteien ein Abkommen mit den rechtsextremen „Schwedendemokraten“ ein, die damit erstmals formalisierten Einfluss auf die Regierungspolitik erhielten, auch wenn sie nicht Teil der Regierung sind.

EINE VORLÄUFIGE BILANZ

Dan La Botz

Drei Wochen lang haben Student:innen amerikanischer Universitäten in der seit Jahrzehnten größten Bewegung ihrer Art friedliche Demonstrationen zur Unterstützung Palästinas organisiert, Camps errichtet und Gebäude besetzt. Die Bewegung war in 45 unserer 50 Bundesstaaten aktiv und umfasste 140 Campus, wobei es zu weit über 2000 Verhaftungen kam.

Die große, vielfältige, dezentrale, gewaltfreie Bewegung wurde vom Entsetzen junger Menschen über den völkermörderischen Krieg angetrieben, den Israel gegen die Palästinenser:innen in Gaza führt. Dies war eindeutig eine humanitäre Bewegung, die ihre Solidarität mit den Palästinenser:innen zum Ausdruck brachte, ein Ende des Krieges und den Stopp der US-Waffenlieferungen an Israel forderte und auch, dass die Universitäten ihre Investitionen in die israelische Rüstungsindustrie einstellen.

Unter dem Druck der zionistischen Lobby verleumdete viele Universitätsverwaltungen, Politiker:innen und Medien die Student:innen und ihre Aktivitäten, die sie als pro-Hamas und antisemitisch und sogar als Terroristen bezeichneten, um gewalttätige Polizeieingriffe zu rechtfertigen, bei denen Student:innen und Professor:innen verletzt wurden und in einigen Fällen ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Niemals seit dem Massaker der Nationalgarde an der State University in Kent (4 Tote) und den Polizeimorden am Jackson College (2 Tote) im Jahr 1970 haben wir eine solche Gewalt gegen studentische Demonstrationen erlebt.

Welchen Altruismus wir gesehen haben! Einige Student:innen haben ihre College-Ausbildung, ihren

Abschluss und (wenn sie einwandert sind) ihre Studentenvisa gefährdet und ihre Gesundheit und Sicherheit angesichts gewaltsamer Angriffe von Zionisten, rechten Organisationen und der Polizei aufs Spiel gesetzt. Die Studierendenproteste, die u. a. von Students for Justice in Palestine (SJP) und Jewish Voice for Peace (JVP) angeführt wurden, wandten sich leidenschaftlich gegen Israels Krieg, waren aber nicht antisemitisch.

Jedes der studentischen Camps war anders. Einige wurden von kleinen, selbsternannten Führungsgruppen stramm von oben nach unten geführt und organisiert, während andere offen und demokratisch waren, wobei große Komitees oder ganze Camps Entscheidungen trafen. Aufbau und Instandhaltung der Camps, die Beschaffung von Zelten und Lebensmitteln, die Organisation von Arbeitsgruppen und die Aufstellung von Lagerregeln nahmen viel Zeit in Anspruch, schufen aber auch ein Gemeinschaftsgefühl.

Für die meisten Student:innen war dies ihre erste Erfahrung in einer solchen sozialen und politischen Bewegung. An einigen Campus beteiligten sich Studierende an ultralinken Aktionen, die ein Eingreifen der Polizei provozierten, obwohl die Polizei auch die friedlichsten Gruppen angegriffen hat. An anderen Orten verhandelten die Studierenden mit den Universitätsverwaltungen. Einige dieser Verwaltungen machten Versprechungen, mehr symbolisch als real, um die Student:innen zu besänftigen und die Proteste zu beenden.

Die Young Democratic Socialists of America und einige andere Sozialist:innen waren neben SJP und JVP aktiv, aber die Linke hat keine dominante Rolle gespielt. Der größte Teil der Student:innenbewegung hatte keine Zeit, viele der zentralen politischen Fragen eingehend zu diskutieren. Die Gruppen haben keine Positionen zum Wesen des Zionismus, zur Politik des palästinensischen Widerstands und der Hamas sowie zur Frage des Verhältnisses der Bewegung zur amerikanischen Politik und den bevorstehenden Wahlen eingenommen. Die Bewegung hat auch keine klaren Pläne für den Sommer entwickelt, geschweige denn längerfristig.

Die Palestine Youth Movement, die Verbindungen zur campistischen Party of Socialism and Liberation hat, hat zu einer Volkskonferenz für Palästina vom 24. bis 26. Mai 2024 in Detroit aufgerufen [Die mit 3400 Teilnehmern besuchte Konferenz hat zu einer „Um-

zingelung des Weißen Hauses“ am 8. Juni aufgerufen, die von 100.000 Menschen befolgt wurde, AdÜ]: Ob es sich um eine demokratische Konferenz handeln wird, die in der Lage ist, die soziale, kulturelle und politische Vielfalt der Bewegung zu repräsentieren, bleibt abzuwarten. Diese Student:innenbewegung wird, wie andere in der Vergangenheit, einen enormen Einfluss auf das Leben aller, die daran teilgenommen haben, auf die beteiligten Organisationen und auf die Zukunft der amerikanischen Linken haben.



NEU bei ISP



Arne Andersen
unter Mitarbeit von Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

Hardcover, farbig, ca. 500 Seiten
Subskriptionspreis bis zum
31.12.2024 24,80 €
ISBN 978-3-89 900-160-0

Die Autoren legen Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar zu machen.

Der Palästinakonflikt wird von seinen Anfängen bis zum aktuellen Gazakrieg facettenreich dargestellt. Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema.

Jetzt vorbestellen!

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

PALÄSTINA ALS STAAT

Jede gerechte Lösung der Palästinafrage muss in erster Linie darauf basieren, die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes zu unterstützen. Auf dieser Grundlage plädieren wir für die Errichtung eines demokratischen, sozialen und säkularen Staates im historischen Palästina von 1948 für alle Israelis und Palästinenser:innen.

■ **Joseph Daher**

Der völkermörderische Krieg des israelischen Staates gegen die Palästinenser:innen im Gazastreifen dauert an und hat bisher mehr als 36 400 Todesopfer gefordert und etwa 55 % der zivilen Gebäude zerstört. Inzwischen ist die israelische Besatzungsarmee in die Stadt Rafah eingedrungen, in der mehr als eine Million Zivilisten eingeschlossen sind, und bombardiert Teile der Stadt. Als das israelische Militär mit Panzern in den Osten von Rafah einfiel, übernahm es auch die Kontrolle über den Grenzübergang nach Ägypten auf palästinensischer Seite, den wichtigsten Zugang für humanitäre Hilfe, und schloss ihn kurzerhand. Seitdem sind die Hilfslieferungen praktisch zum Erliegen gekommen, obwohl laut UN-Angaben 1,1 Millionen Palästinenser:innen in Gaza an „katastrophalen Hungersnot“ leiden.

Aber nicht nur Rafah ist aktuell betroffen. Die israelische Besatzungsarmee beschießt gleichzeitig Gaza Stadt, das Flüchtlingslager Jabaliya und die Stadt Beit Lahia im Norden der Enklave.

Inmitten dieses apokalyptischen Szenarios haben einige europäische Staaten beschlossen, Ende Mai einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Welche Folgen hat dies für die Palästinenser:innen und ihren Kampf?

Anerkennung von Palästina als Staat

Die Regierungen des spanischen Staates, Norwegens und Irlands haben gemeinsam angekündigt, dass sie am 28. Mai 2024 einen palästinensischen Staat auf den besetzten Gebieten des Westjordanlands, des Gazastreifens und Ostjerusalems anerkennen werden. Dies entspricht 21 % des historischen Palästinas.

Das kolonialistische und rassistische Regime in Israel reagierte wutentbrannt auf die gemeinsame Erklärung der drei europäischen Staaten und ließ unter anderem über ihren Außenminister Israel Katz verlauten, dass „in der Geschichte verzeichnet werden wird, dass Spanien, Norwegen und Irland beschlossen haben, die Mörder und Vergewaltiger der Hamas noch mit einer Goldmedaille zu belohnen ...“.

Die USA und andere westliche Länder, wie Frankreich und Deutschland, weigern sich, einen palästinensischen Staat anzuerkennen. US-Präsident Joe Biden, der sich zwar offiziell für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzt, betonte erneut, dass „ein palästinensischer Staat durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien entstehen [müsse] und nicht durch einseitige Anerkennung.“ Eine ähnliche Position wurde von Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern vertreten. Die Regierungen der USA und ihrer Verbündeten bestehen auf direkten Verhandlungen zwischen Israel und Palästina, da dies dem Staat Israel die Möglichkeit gibt, sich allen palästinensischen Bestrebungen nach Selbstbestimmung zu widersetzen.

Am 11. Mai hatten 143 vorwiegend nicht-westliche der 193 UN-Mitgliedstaaten den Sicherheitsrat aufgefordert, die Frage der Anerkennung eines Staates Palästina als Vollmitglied der UN erneut zu prüfen. Bei der Abstimmung im Sicherheitsrat über den palästinensischen Antrag auf Vollmitgliedschaft legten die USA jedoch ihr Veto gegen die Resolution ein.¹ Die Palästinenser haben den Status eines beobachtenden Nicht-Mitgliedsstaates, ebenso wie der Vatikan.² Eine Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen würde der Palästinensischen Autonomiebehörde

mehr diplomatisches Gewicht verleihen, einschließlich der Möglichkeit, Resolutionen direkt einzubringen, einer Stimme in der Generalversammlung und möglicherweise einem Sitz/einer Stimme im Sicherheitsrat.

Die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch den spanischen Staat, Norwegen und Irland hat jedoch weitgehend bloß symbolischen Wert. Der Staat Israel behält die vollständige Kontrolle über die besetzten Gebiete des Westjordanlands, des Gazastreifens und Ostjerusalems. Dabei sind die mehr als 700 000 Siedler:innen in den Siedlungen in den besetzten Gebieten des Westjordanlands und Ostjerusalems noch nicht einmal berücksichtigt. Das Oslo-Abkommen von 1993 hat nie eine Grundlage für einen palästinensischen Staat schaffen können. Im Gegenteil: Anstatt zur palästinensischen Befreiung zu führen, war das Abkommen eine bloße Kapitulation. Der israelische Kolonialismus im historischen Palästina wurde darin noch festgeschrieben und im Gegenzug bestenfalls eine Rumpf-Palästinenserbehörde implementiert. Verraten wurde auch dabei das Recht der palästinensischen Flüchtlinge, in ihr von Israel gestohlenen Land zurückzukehren, und die besetzten palästinensischen Gebiete wurden noch weiter zersplittert.

Auf der anderen Seite erhielten die israelischen Besatzungsbehörden dadurch bis heute grünes Licht, ihre Kontrolle über die gesamten besetzten palästinensischen Gebiete aufrechtzuerhalten und die Siedlungen auszubauen. Letztendlich hat der Friedensprozess die Palästinensische Autonomiebehörde darauf reduziert, über ein Bantustan zu herrschen, das vollständig unter israelischer Kontrolle steht. Schlimmer noch, die Palästinensische Autonomiebehörde darf sich darin sonnen, als Vollzugsorgan für Washington und Tel Aviv zu agieren und damit ihre Existenz zu sichern. Von einem „unabhängigen und souveränen palästinensischen Staat“ oder einer perspektivischen Anerkennung einer Zwei-Staaten-Lösung sind wir also weit entfernt.

Wie stehen die Palästinenserorganisationen zu dieser Entwicklung?

Die Hamas begrüßte die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die drei europäischen Staaten als „wichtigen Schritt“ und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), sprach von „historischen Geschehnissen“. Alle herrschenden Parteien auf offizieller palästinensischer Seite, insbesondere die Fatah und die Hamas, unterstützen mehrheitlich die Zwei-Staaten-Lösung.

Ursprünglich sah das Programm der PLO bis 1973 die Befreiung ganz Palästinas und die Errichtung eines demokratischen Staates vor, in dem Muslime, Christen und Juden zusammenleben sollten. Zugleich sollten die staatlichen Strukturen des Staates Israel zerschlagen und seine Bevölkerung in den neuen Staat integriert werden. Nach 1974 änderte die PLO unter der Führung der Fatah und der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) ihre Position und plädierte für die Errichtung eines palästinensischen Staates im Westjordanland und im Gazastreifen. Ohne dass de jure der Staat Israel damit anerkannt werden sollte – was die PLO ablehnt – bedeutete diese Neuausrichtung de facto die Anerkennung zweier koexistierender Staaten. Im November 1988 rief die PLO den palästinensischen Staat aus, akzeptierte die UN-Resolutionen 242 und 338 und traf die Grundsatzentscheidung, zu gegebener Zeit eine Übergangsregierung einzusetzen.

Gleichzeitig legte die islamische Hamas ein politisches Programm vor, das implizit einer vorübergehenden Zwei-Staaten-Lösung zustimmte. Dies spiegelte sich auch in zahlreichen Erklärungen von Hamas-Funktionären in den letzten Jahrzehnten wider, in denen sich die Partei für eine solche Lösung entlang des Völkerrechts aussprach. Im Übrigen nimmt die Hamas, die in den 1990er Jahren ursprünglich jegliche Beteiligung innerhalb der im Oslo-Abkommen vereinbarten Institutionen abgelehnt hat, inzwischen eine offenere politische Haltung gegenüber dem Oslo-Abkommen ein. Ihre führenden Vertreter begründeten ihren Positionswechsel damit, dass das Oslo-Abkommen infolge der zweiten Intifada gescheitert sei, wohingegen eine Teilnahme an den Wahlen von 1996 bedeutet hätte, es anzuerkennen und zu unterstützen.

Allgemeiner betrachtet liegt das Hauptproblem in der politischen Strategie dieser Akteure. Die Fatah, die Hamas und auch die anderen großen politischen Parteien Palästinas betrachten die palästinensischen Massen, die Arbeiterklasse dieser Region und die unterdrückten Völker nicht als die für die Befreiung Palästinas entscheidenden Kräfte. Stattdessen suchen sie politische Allianzen mit den herrschenden Klassen der Region und deren Regimen als Unterstützer für ihre politischen und militärischen Kämpfe gegen Israel. Die Hamas-Führung verfolgt eine ähnliche Strategie; ihre Führer pflegen Bündnisse mit den Monarchien der Golfstaaten – in jüngster Zeit vor allem Katar – und der Türkei sowie mit dem iranischen Regime. Anstatt den Kampf voranzutreiben, beschränken

diese Regime ihre Unterstützung der palästinensischen Sache darauf, ihre eigenen regionalen Interessen voranzubringen, oder aber Palästina zu verraten, wenn es ihnen opportun erscheint.

Dabei liegt der Schlüssel für eine wirksame Strategie zur Befreiung Palästinas in der Tat in einer Sicht auf den regionalen Kontext des Konflikts, gerade weil die palästinensischen Flüchtlinge zu Millionen auf die verschiedenen Länder des Nahen Ostens und in geringerem Maße auch Nordafrikas verstreut sind. Ihr nationaler Befreiungs- und Klassenkampf ist daher notwendigerweise mit dem Kampf der Massen in der Region verflochten.³

Lösungsansätze

Jede gerechte Lösung der Palästinafrage muss in erster Linie darauf basieren, die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes zu unterstützen.

Auf dieser Grundlage plädieren wir für einen Weg, um sowohl die palästinensische als auch die jüdische Frage zu lösen. Dieser beinhaltet:

1 die Zerschlagung des kolonialen Apartheid- und Besatzungsstaates Israel, der nur Leid über die palästinensische Bevölkerung gebracht hat und der jüdischen Bevölkerung Israels ebenfalls nie ein Leben in Sicherheit ermöglicht hat, entgegen allen Behauptungen und der verlogenen Propaganda der dortigen Regierung;

2 die Errichtung eines demokratischen, sozialen und säkularen Staates im historischen Palästina von 1948 für alle (Israelis und Palästinenser:innen) ohne jegliche Form der Diskriminierung, in dem jeder Palästinenser, ob als Flüchtling im Innern oder in fremden Ländern, das Recht hat, auf sein Land zurückzukehren und sein ursprüngliches Zuhause wiederzuerlangen, aus dem er 1948, 1967 oder anschließend gewaltsam vertrieben wurde.

Zugleich muss die Befreiung Palästinas mit dem Wiederaufbau des Landes einhergehen. Sie erfordert eine Agrarrevolution, die es den Palästinenser:innen, die dies wünschen, ermöglicht, ihr Land zurückzuerhalten, ohne dabei eine bestehende landwirtschaftliche Nutzung zu zerschlagen und die Menschen, die dort arbeiten, in Elend zu treiben. Dies erfordert eine Wirtschafts- und Bevölkerungsplanung, durch die sich die Flüchtlinge einerseits sozial emanzipieren können und durch die andererseits nicht Millionen von Jüdinnen und Juden vertrieben werden. Dabei sind wir uns dessen bewusst, dass die vorhandenen Strukturen Folgen des Kolonialismus sind. Es geht dabei also um die wirtschaftliche Entwicklung und den

Wiederaufbau des Landes, die den Palästinenser:innen ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte garantieren. Dies zu ignorieren wäre nicht nur reaktionär, sondern auch zum Scheitern verurteilt.

Aus internationalistischer Sicht erfordert jede fortschrittliche Lösung der Palästina-Frage die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung, das Recht der Flüchtlinge auf Wiedereingliederung in ihre Heimat in einem regionalen sozialistischen und föderalistischen Rahmen.

Die Frage einer Zweistaatenlösung in Palästina, d. h. die Anerkennung autonomer Rechte für israelische Juden oder die Anerkennung der israelischen Juden als nationale Einheit, kann erst dann beantwortet werden, wenn alle zionistischen Institutionen abgeschafft sind.

Heute das Selbstbestimmungsrecht israelischer Jüdinnen und Juden zu verteidigen, ist entweder reaktionär oder absurd: reaktionär, weil es letztlich den zionistischen Kolonialismus legitimiert; absurd, weil dies einer Forderung gleichkäme, obwohl die Juden nicht nur in der Lage sind, ihre eigene Selbstbestimmung zu verwirklichen, sondern zugleich die der Palästinenser:innen zu verweigern.

Matzpen, eine einstige Partei der israelischen radikalen Linken schrieb hierzu: „Es geht hier nicht um das Selbstbestimmungsrecht der israelischen Juden im aktuellen Kontext. Was wir hier diskutieren, ist das Recht auf Selbstbestimmung im Rahmen der sozialistischen Revolution ...“

Mit anderen Worten: Es geht um das Recht auf Selbstbestimmung der israelischen Juden, sobald der Zionismus besiegt und der jüdische Staat zerstört ist. Sie fügte jedoch hinzu: „Das Recht auf Selbstbestimmung der israelischen Juden darf das Rückkehrrecht der Palästinenser nicht einschränken.“

Nur mit einer solchen regionalen revolutionären Strategie ist eine Lösung denkbar, die in der Errichtung eines demokratischen, sozialistischen und säkularen Staates im historischen Palästina mit gleichen Rechten für das palästinensische und das jüdische Volk in einer sozialistischen Föderation in der Region Nordafrika und Nahost besteht.

Um diese Strategie umzusetzen, müssen die Palästinenser:innen sich eine neue politische Führung schaffen, die für die Selbstorganisation von unten im historischen Palästina und in der Region eintritt. Sie können dies nicht allein tun, sondern müssen dafür mit den Sozialist:innen in Ägypten, im Libanon, in Syrien, im Iran, in der Türkei, in Algerien und allen anderen Ländern zusammenarbeiten.

Die wichtigste Aufgabe für diejenigen außerhalb der Region ist es, Linke, Gewerkschaften, fortschrittliche Gruppen und Bewegungen für die Unterstützung der Kampagne Boykott, Desinvestment und Sanktionen (BDS) gegen Israel zu gewinnen. Unter dem Eindruck des Kampfes der Südafrikaner:innen gegen die Apartheid riefen 2005 mehrere hundert Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestment und Sanktionen gegen Israel auf, bis das Land das Völkerrecht und die universellen Menschenrechte einhält.

Die BDS-Kampagne rückt die Grundrechte des palästinensischen Volkes wieder in den Mittelpunkt der Solidaritätsbewegung mit Palästina:

- 1** Beendigung der Besetzung und Kolonisierung aller arabischen Länder und Abriss der Mauer;
- 2** Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen Bürger:innen Israels auf absolute Gleichheit;
- 3** die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Häuser und Ländereien gemäß der UN-Resolution 194 respektieren, schützen und fördern.

Indem wir diese Ziele den Institutionen und Unternehmen gegenüber den imperialistischen Mächten, insbesondere den USA, durchsetzen, werden wir dazu beitragen, ihre Unterstützung für Israel und andere despotische Regime zu unterbinden und ihren Einfluss in der Region zu schwächen.

Da der israelische Staat auf der Alleinherrschaft und der Unterdrückung eines Teils der Bevölkerung durch einen anderen beruht, sollten wir letztlich für eine fortschrittliche und integrative Lösung kämpfen, die darauf abzielt, das gesamte historische Palästina vom Mittelmeer bis zum Jordan zu demokratisieren, allen Bewohner:innen dieser Region politische, soziale und wirtschaftliche Rechte zu gewähren und zu garantieren und die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen.

1 Zwölf Mitglieder des Rates stimmten dafür, darunter drei Verbündete der USA: Frankreich, Japan und Südkorea. Das Vereinigte Königreich und die Schweiz enthielten sich der Stimme.

2 Im Jahr 2011 stellte die Palästinensische Autonomiebehörde einen Antrag auf Vollmitgliedschaft bei den Vereinten Nationen, der jedoch aufgrund mangelnder Unterstützung im UN-Sicherheitsrat scheiterte und nie zur Abstimmung kam. 2012 stimmte die UN-Generalversammlung jedoch für die Hochstufung der Palästinenser zu einem „Beobachterstaat ohne Mitgliedschaft“, wodurch sie an den Debatten der Versammlung teilnehmen, jedoch nicht über Resolutionen abstimmen durften. Diese Entscheidung ermöglichte es den Palästinensern auch, anderen internationalen Organisationen

beizutreten, darunter dem Internationalen Strafgerichtshof, dem höchsten Gericht der Vereinten Nationen, was sie 2015 auch getan haben.

3 Ausführlich mit dieser Frage setzt sich der Artikel in <https://www.contretemps.eu/palestine-revolution-moyen-orient-strategie/> oder auf Englisch in <https://tempestmag.org/2021/07/palestinian-liberation-and-the-mena-revolutions/auseinander>.



ZUR GESCHICHTE DES JÜDISCHEN ARBEITERBUNDES

Der Jüdische Arbeiterbund kämpfte für den Verbleib in den Heimatländern bei Wahrung der jüdischen Identität. Håkan Blomqvist dokumentierte seine Spuren in Schweden, aber auch die Geschichte des Bundes ganz allgemein.

■ **Martin Englund**

Als das mittel- und osteuropäische Judentum, die Bewohner von Jiddischland, auf die existenziellen und politischen Herausforderungen der Moderne trafen, bildete sich der Bund, Der „algemeyner yidisher arbeter bund in Lite, Poyln un Rusland“. Im selben Jahr, 1897, wurde der erste zionistische Weltkongress in Basel abgehalten und im folgenden Jahr wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands gegründet, die sich später in Bolschewiki und Menschewiki spaltete. Während der massive Antisemitismus die jüdische Minderheit im russischen Reich ständig bedrohte, herrschte ein starker Glaube an Emanzipation, die Befreiung sei nahe. Die einzige Frage war, welche Befreiung die Moderne ermöglichen würde. Der Bund bot wie der Zionismus und der assimilationistische Kommunismus eine deutliche Alternative für jene Juden, die ihre Hoffnung nicht auf die traditionellen religiösen Heilsversprechungen setzen wollten.

Nicht viele Menschen sehen einen Zusammenhang zwischen dem Bund und seiner Geschichte einerseits und Schweden andererseits, aber der Historiker Håkan Blomqvist hat es sich in *Socialism på jiddisch: judiska Arbeter Bund i Sverige* (Sozialismus auf Jiddisch: der jüdische Arbeiterbund in Schweden) zur Aufgabe gemacht, eine Geschichte des Bundes in Schweden zu schreiben. Das Buch ist

recht klein. Auf 225 Seiten wird zunächst eine kompakte Einführung in die Geschichte des Bundes gegeben. Dann folgt das Buch dem schwedischen Bund, der vor dem Krieg gegründet wurde, aber größtenteils aus polnisch-jüdischen Flüchtlingen bestand, die kurz nach dem Krieg nach Schweden kamen. Dies könnte so interpretiert werden, dass das Buch dünn ist, weil es sich mit einem peripheren Thema befasst, aber auf diesen Seiten wird eine facettenreiche Geschichte präsentiert, eine Mikrogeschichte, die die großen historischen, politischen und existenziellen Fragen des 20. Jahrhunderts mit beleuchtet. Die eigent-

HÅKAN BLOMQVIST: SOCIALISM PÅ JIDDISCH

Håkan Blomqvist: *Socialism på jiddisch: judiska Arbeter Bund i Sverige* (Stockholm: Carlssons, 2020), 237 S. Englische Ausgabe: *Socialism in Yiddish, The Jewish Labor Bund in Sweden*, Södertörns högskola, 2022, 187 S.. ISBN: 978-91-89109-90-2 (print), ISBN: 978-91-89109-91-9 (electronic), <https://www.diva-portal.org/smash/record.jsf?pid=diva2%3A1624076&dswid=5443> (freier Download – cc-by 3.0)

liche Geschichte des Bundes in Schweden beginnt am Ende des Krieges, als die Kultur, die die Grundlage für die Massenbewegung bildete, zerstört und ermordet wurde. Es gab nur Ruinen der ehemaligen Massenbewegung, die zuvor eine Fülle unterschiedlicher Ausdrucksformen hatte, von Sanatorien und Kulturvereinen bis hin zu Jugendaktivitäten und bewaffneten Verteidigungsmilizen. Im Polen der Zwischenkriegszeit war es möglich, sein ganzes Leben im Rahmen der verschiedenen Aktivitäten des Bundes zu führen.

Zusätzlich zu der Tatsache, dass der Bund eine sozialistische Bewegung war, befürworteten sie „Doykait“, Hierheit, was bedeutete, dass sie sich eine Zukunft in Europa für das europäische Judentum vorstellten. Anders als unter anderem die Kommunisten befürwortete der Bund keine Assimilation, sondern wollte eine starke säkulare jiddisch-jüdische Kultur fördern, die in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen eine sozialistische Gesellschaft aufbauen konnte. Sie distanzierten sich sowohl vom Zionismus als auch von einem religiös begründeten Judentum. Der Bund wurde unbestreitbar zerschmettert, hauptsächlich von den deutschen Nazis und ihren Kollaborateuren, aber auch von den sowjetischen Kommunisten. Die unabhängigen Aktivitäten des Bundes wurden von den Bolschewiki nach ihrer Machtergreifung in Russland 1917 verboten. Danach begann der Bund seine zweite Blütezeit im neu gegründeten Polen. Als der Zweite Weltkrieg begann und Polen zwischen einer sowjetischen und einer deutschen Besatzung aufgeteilt wurde, wurde der Bund in beiden Teilen verboten und verfolgt. Auch nach dem Krieg wurden die Wiederaufbauversuche des Bundes vom neuen polnischen Regime unter Stalins Kontrolle vereitelt. Zurückgekehrte polnische Juden waren nach dem Krieg großer antisemitischer Gewalt ausgesetzt, von der das Pogrom in Kielce 1946 das bekannteste Beispiel ist. Dieser Umstand trug mit zu den Schwierigkeiten der Bewegung bei, sich in Polen wieder aufzubauen. Der Bund gehört unbestreitbar zu den Verlierern der Geschichte, ermordet und vertrieben von dem, was Timothy Snyder den blutigen Boden zwischen Hitler und Stalin nennt. Trotzdem können uns die Erfahrungen dieser Verlierer, ihre Positionen, ihre Selbstverteidigung, Gemeinschaft, Solidarität und Bewegung heute etwas mitteilen, während ihre Besieger vor aller Welt als die zynischen Massenmörder dastehen, die sie waren.

Socialism på jiddisch (Sozialismus auf Jiddisch) ist ein bedeutendes Werk, das eine sogenannte Lücke in der Geschichtsschreibung füllt. Blomqvist verwendet Quellenmaterial, das bisher nicht verwendet wurde und das neue

Erkenntnisse über die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Nachkriegszeit, die schwedische Flüchtlingsgeschichte, den Holocaust, die schwedisch-jüdische Geschichte, den Antisemitismus, die jiddische Kultur usw. beisteuert. Es bringt auch relevante Perspektiven aus der Nationalismusforschung ein, die die Herangehensweise des Bundes an das Nationale in einem neuen Licht zeigen. Die geschichtswissenschaftliche Leistung ist offensichtlich, aber es ist auch möglich, es so zu lesen, dass man sich auf die zentralen Fragen konzentriert, die in *Socialism på jiddisch* aufgeworfen werden, anstatt auf die Fragen, die beantwortet werden. Die Fragen, die ich in dem Buch finde, sind sowohl historisch als auch rein existenziell, ethisch und politisch. Was können wir aus der Geschichte lernen, die Håkan Blomqvist im Buch präsentiert? Oder vielmehr, wie sollen wir auf die Herausforderung reagieren, vor die uns die Geschichte des Bundes stellt?

Es ist schwer, in Blomqvists Darstellung keine Sympathie für den Bund zu entwickeln. Als Leser möchte man, dass sie erfolgreich sind. Trotz der Tatsache, dass die Geschichte unbestreitbar gezeigt hat, dass Doykait für die meisten in den Tod führte, trotz der Tatsache, dass das gesamte Jiddischland, zu dem der Bund gehörte und für das er kämpfte, zum Scheitern verurteilt war, scheint sein Kampf doch die richtige Entscheidung zu sein. Doykait kann als existenziell zeitlose Position gesehen werden, im Sinne von „grabe wo Du stehst“. Das unterstreicht das Recht der Menschen, ihre Identität, ihre kulturelle Zugehörigkeit und auch ihre soziale Gemeinschaft und Sicherheit dort zu entwickeln, wo sie jetzt leben. Während die eigene Kultur gesichert werden soll, gibt es keine Vision eines kulturell homogenen Nationalstaates. Voraussetzung für Doykait ist also, in friedlicher und gleichberechtigter Gemeinschaft mit anderen Gruppen leben zu können. Da es in der Blütezeit des Bundes sowohl im russischen Reich als auch im unabhängigen Polen starken Antisemitismus gab, bedurfte es einer starken jüdischen Selbstverteidigung, um zu versuchen, ein friedliches Zusammenleben aufrechtzuerhalten. Der Bund reagierte auf die intersektionale Unterdrückung, also das Zusammenspiel von Klassenunterdrückung und Antisemitismus, lange bevor der Begriff der Intersektionalität geprägt wurde.

Neben diesen großen politischen historischen Schicksalsfragen beleuchtet *Socialism på jiddisch* auch persönliche Schicksale, die uns nahegehen. Manchmal geht es um bedeutende historische Akteure für die Geschichte des Bundes in Schweden wie Paul Olberg oder Sara Mehr; Menschen, die eine intensive Aktivität zwischen Orga-

nisationen in Schweden, Europa und den Vereinigten Staaten entwickelten, um den Flüchtlingen zu helfen und für die Sache zu arbeiten. Wir treffen auch Menschen, von denen es nur ein Foto gibt oder deren Leben durch wenige erhaltene Briefe so rekonstruiert werden kann, dass sich die Konturen eines Lebensschicksals abzeichnen. Diese Menschen geben eine lebendige Ahnung vom gesamten Universum der Lebensgeschichten, die in den Jahren nach dem Krieg durch die Bund-Unterkünfte und Lager gingen.

Socialism på jiddisch ist auch eine Archivstudie, die in dieser Hinsicht viele Historiker befriedigen kann. Håkan Blomqvist gelingt es, das wissenschaftliche Ideal der methodischen Transparenz mit einer Lesefreundlichkeit zu verbinden, bei der wir die Archivarbeit verfolgen und eine große Anzahl illustrativer Zitate lesen, die das ganze Spektrum ausdrücken, von persönlichen Streitigkeiten bis hin zu Gedanken über Weltpolitik. Gelegentlich tritt Blomqvist in einen Dialog mit geschichtswissenschaftlichen Gedanken. Besonders am Ende des Buches stellt er den Bund in Bezug zu Benedict Andersons überzitiertem, aber nützlichem *The Imagined Community* (Die Erfindung der Nation). Wenn nationale Geschichten und Mythen in einer zunehmend globalisierten Welt in Frage gestellt werden und Nationalismen als Ergebnis der ideologischen Produktion der herrschenden Schicht erscheinen, scheint die Haltung des Bundes aktuell zu sein, rein als Vorläufer eines postmodernen politischen Denkens.

Die Geschichte des Bundes gehört natürlich zur jüdischen Geschichte, ist aber genauso ein zentraler Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung. Blomqvist stellt den Bund in Bezug zur Ideologie der sogenannten Austromarxisten, die im Gegensatz zu anderen marxistischen Bewegungen in dieser Zeit auch nicht den Sozialismus in getrennten Nationalstaaten verwirklichen wollten. Über die ideologische Perspektive hinaus ist der Bund aufgrund seiner umfangreichen Größe, seiner Vielschichtigkeit als Massenbewegung und seiner frühen Gründung ein bedeutendes Forschungsobjekt für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Für eine politische Bewegung von der Größe und Bedeutung, die der Bund hatte, scheint die Bewegung überraschend wenige Leichen im Keller zu haben.

Socialism på jiddisch präsentiert eine Mikrogeschichte, die es schafft, das Große im Kleinen und das Kleine im Großen zu zeigen. Es schafft es, Geschichte mit unserer Zeit zu verbinden und durch spezifische menschliche Schicksale Emotionen hervorzurufen, ohne die größere historische Perspektive zu vergessen. Unter anderem

begleitet Blomqvist die jiddische Dichterin Irena Klepfisz, die nach 70 Jahren Neglinge bei Stockholm wieder besucht, wo sie und ihre Mutter in einer Bund-Unterkunft lebten, bevor sie nach New York zogen. In diesen Beispielen wird Schweden zu einer vorübergehenden Ruhephase, die in ihren Schilderungen zu Vorstellungen von schwedischer Einzigartigkeit beitragen kann. Auffallend ist der Kontrast zwischen dem Polen des Krieges und der idyllischen Villenstadt im kriegsverschonten Schweden. Gleichzeitig zeigt Blomqvist das Gefühl von Einsamkeit, Isolation und Resignation auch in Schweden. Die Bedingungen des Exils führen zu Irritationen, Konflikten und Gefühlen der Hoffnungslosigkeit. Dies ist ein Zustand, den viele Menschen im Exil mit den Bundisten teilen. Das Engagement bleibt, aber es war eine unüberwindbare Distanz zu dem entstanden, worum es in dem Kampf einmal ging. Im Exil wird die familiäre bundistische Gemeinschaft „Mischpoke“ das Wichtigste; ein letzter Kontakt mit den Seinen, etwas, das aus der alten Welt vor der Zerstörung übrig geblieben ist. Es ist leicht, den Fehler zu machen, eine politische Bewegung nur als politische Bewegung zu betrachten. Politische Bewegungen im Allgemeinen und der Bund im Besonderen sind auch soziale Gemeinschaften, Menschen, die Khavershaft, Kameradschaft, erleben und ihre Existenz durch eine Vielzahl gemeinsamer Aktivitäten innerhalb der Bewegung mit Sinn füllen.

Das Buch ist in vielerlei Hinsicht eine Tragödie oder vielleicht eine Nach-Tragödie. Die große Katastrophe wird bereits im einleitenden Hintergrundkapitel bewältigt. In der Geschichte des Bundes in Schweden geht es darum, danach weiter zu leben und zu arbeiten. Es wird zu einer Genesung, einem Versuch, sich mit der bundistischen Gemeinschaft zu versammeln und wieder zu verbinden, die sich aber ebenfalls auf eine erneute Auflösung zubewegt. Die Kapitel in der zweiten Hälfte des Buches tragen Namen wie „Versuche“, „Zerfall“, „Spaltung“ und „Das Ende“.

Das Buch endet jedoch mit dem Kapitel „Danach“, das betont, dass die Geschichte des Bundes im Wesentlichen vorbei ist und dass die jüdischen Flüchtlinge, die den Bund in Schweden bildeten, schließlich an andere Orte wie die Vereinigten Staaten, Australien, Frankreich und, was paradox erscheinen mag, aber immer noch klar verständlich, nach Israel gezogen sind. An diesen Orten hat sich der Bund bis heute größtenteils als Erinnerungskultur erhalten. Blomqvist zeigt jedoch einige Tendenzen zu einer bundistischen Renaissance.

Das Buch wirft eine Fülle von Fragen auf. Können wir den Bund vor dem Holocaust gerecht betrachten? War die Strategie der Doykait ein hoffnungsloses Projekt? War das Ziel einer sozialistischen jüdischen Emanzipation in Jiddischland naiv? Ist es möglich, im Nachhinein zu urteilen? Hat die Geschichte gezeigt, dass jüdisches Leben in Europa grundsätzlich ein lebensgefährliches Projekt ist? War der Bund auf dem Weg zu einer emanzipierten, lebendigen und sicheren jüdischen Kultur in Europa? Liefert das Beispiel Bund Argumente für oder gegen multiethnische Staaten und kulturelle Vielfalt? Kann eine verlorene Schlacht, die in einer Katastrophe endete, noch gerechtfertigt werden?

Es ist heute schwierig, wenn nicht unmöglich, in das Leben der Bundisten vor dem Zweiten Weltkrieg einzutauchen, ohne dass der Schatten des Holocaust über den gesamten historischen Kontext fällt. Indem wir diesen Aspekt unseres Verständnishorizonts akzeptieren, können wir uns zumindest davon überzeugen, dass wir nicht in der Lage sind, das Leben im Jiddischland vor dem Zweiten Weltkrieg als etwas anderes als das letzte Kapitel in der Geschichte dieser Kultur zu betrachten. Wir begegnen ihrer frenetischen ideologischen Diskussion über die zukünftige Emanzipation mit einem traurigen Blick. Ausgehend von dieser Feststellung können wir dann zur Blütezeit des Bundes zurückkehren, um zu versuchen, seine Positionen zumindest ernst zu nehmen.

Håkan Blomqvists historisches Werk stellt eine interessante Kombination aus gründlicher Archivarbeit und persönlicher Stimme dar, die auf seinem eigenen Engagement für die Themen basiert, über die er schreibt. Er betrachtet Geschichte nicht von oben aus einer kühlen Lounge im berühmten Elfenbeinturm. Stattdessen ringt er selbst mit den existenziellen und politischen Fragen, die die Geschichte stellt. In diesem Sinne schließt das Buch mit dem Versuch des Bundes, die Spannung zwischen Universalismus und Partikularismus, zwischen nationalem Utopismus und pragmatischer Doykait demokratisch zu bewältigen. Die politische Linke ist heute zu einer Kritik am nationalstaatlichen Denken zurückgekehrt. Die Notwendigkeit, sich zu Nationalismus und Minderheitenkultur, ethnischer und sozialer Gerechtigkeit, Pluralismus, Klassenunterschieden, Antisemitismus und anderem Rassismus zu verhalten, all diese Fragen sind heute so aktuell wie bei der Gründung des Bundes.

Der Bund, sowohl der internationale als auch der schwedische, ist eine gebrochene Bewegung, aber in Håkan Blomqvists lebendiger Darstellung *Socialism på jiddisch*:

judiska Arbeter Bund i Sverige erlebt man ihr Streben und ihre Erfahrungen als aktuell und relevant. Ich freue mich auf die weitere Diskussion.

Martin Englund ist Doktorand der Geschichtswissenschaften an der Universität Södertörn, Schweden.

Quelle: <https://journal.fi/nj/article/view/103425>

Übersetzung aus dem Schwedischen: Björn Mertens

Zur Geschichte des Bundes siehe auch Wikipedia „Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund“ und speziell zum Begriff „Doykait“ den Beitrag bei X (Twitter) der Gruppe „jüdisch antikolonial“: https://twitter.com/juedisch_ak/status/1459475642840461313



DER JEMEN ALS AKTEUR IM NAHEN OSTEN

Seit dem 7. Oktober haben die Huthi-Rebellen im Jemen aus Solidarität mit den Palästinenser:innen ihre Angriffe auf Schiffe im Roten Meer, die aus Israel oder ihm nahestehenden Ländern stammen, vervielfacht. So brachten sie am 19. November die „Galaxy Leader“, ein Handelsschiff, das einem israelischen Geschäftsmann gehört, samt 25 Besatzungsmitgliedern in ihre Gewalt.

■ Édouard Soulier

Die Huthis haben wiederholt erklärt, dass sie diese Angriffe erst nach Beendigung des israelischen Krieges gegen die Palästinenser:innen im Gazastreifen einstellen würden. Zwischen dem 18. November und dem 13. Januar wurden mehr als 27 Handelsschiffe angegriffen, die im südlichen Roten Meer und im Golf von Aden unterwegs waren. Angesichts dieser Situation stellte Washington Anfang Dezember eine multinationale Seestreitmacht auf, um die Handelsschiffe im Roten Meer, durch das 12 % des Welthandels abgewickelt werden, zu schützen. Das Hauptziel besteht darin, einen der wichtigsten maritimen Korridore für den internationalen Handel zu sichern.

Einige Tage später führten die USA und England Luftangriffe gegen die Huthis durch. Außerdem verhängte Washington Sanktionen gegen die Finanzquellen der Huthis und nahm dabei mehrere Personen und Organisationen im Jemen und in der Türkei ins Visier. Den ganzen Januar über und Anfang Februar starteten das US-amerikanische und das britische Militär weitere Angriffe.

Trotzdem setzten die Huthis ihre Angriffe im Roten Meer und im Golf von Aden auf solche Schiffe fort. Die Auswirkungen auf den Welthandel sind erheblich, da die Schiffe um Südafrika umgeleitet werden müssen, was Verzögerungen und höhere Kosten verursacht und obendrein

zu erheblichen Mindereinnahmen für Ägypten und die Betreiber des Suezkanals führt.

Den Bombardements der USA und Englands auf die 30 Millionen Einwohner:innen dieses Landes im Süden der Arabischen Halbinsel war vorausgegangen, dass diese Länder zuvor eine Koalition aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten militärisch gegen die Huthi-Rebellen unterstützt hatten. Dieser „Bürgerkrieg“ hat in den letzten zehn Jahren mehrere hunderttausend Menschenleben gefordert und in einigen Regionen des Landes wieder akute Hungersnöte ausgelöst. Die Situation und der Verlauf der Fronten hatten sich in jüngster Zeit stabilisiert, nachdem die Huthis Anfang 2023 die Hälfte des Landes eingenommen hatten.

Die Folgen des Kolonialismus

Die Situation im Jemen ist nicht einfach zu verstehen, da sie ihre Wurzeln in der kolonialen Teilung des Landes, der religiösen, ethnischen und politischen Heterogenität und der Einmischung von Nachbarländern wie Saudi-Arabien hat. Die Kolonialgeschichte prägte die politische, wirtschaftliche und religiöse Konfiguration der ganzen Region. Der Jemen ist historisch gesehen ein Zusammenschluss von zwei Teilen: Nord- und Südjemen. Im Südjemen, der seit 1864 britische Kolonie war, galt der Hafen

von Aden als strategisch unabdingbar für das britische Empire. Der Norden des heutigen Jemen, der früher Teil des Osmanischen Reiches war, wurde hingegen nach 1918 von einer einheimischen Dynastie regiert. Doch auch nach der Wiedervereinigung von 1990 ist das Land weiterhin tief gespalten.

Die jüngsten Bombenangriffe auf den Jemen wecken Erinnerungen an die Kolonialära unter Großbritannien. Denn fast ein Jahrhundert lang wurden die Menschen im Jemen von den Briten bombardiert. In den 1920er Jahren änderte sich die Militärdoktrin und die Luftwaffe ersetzte allmählich den Einsatz von Truppen im gesamten Britischen Empire im Nahen Osten. So wurden „unbotmäßige“ Dörfer und Stämme bombardiert, um ihre Unterwerfung unter die Kolonialherren zu erzwingen. Diese Methode war wesentlich billiger als der Einsatz von Truppen und führte praktisch zu keinen militärischen Verlusten für die Briten.

Außerdem beschränkten sich die Briten nicht nur auf Ziele im Südjemen, sondern bombardierten auch regelmäßig den Norden – überall wo ihre Interessen auf dem Spiel standen. So griff die britische Luftwaffe 1928 Ziele auf beiden Seiten der Grenze zwischen den beiden Jemen an: Sie warf fast 70 Tonnen Bomben und 1200 Brandsätze ab und feuerte 33 000 Maschinengewehrgranaten ab, von denen die meisten auf Städte und Dörfer zielten und Dutzende Menschen töteten. Im März 1934 wurde der Stamm der Kutaibis (Qutaibis) eine Woche lang mit Angriffen der englischen Luftwaffe bestraft, die diesmal mehr als 28 Tonnen Bomben auf bewohnte Dörfer abwarf – durchschnittlich 166 Bomben pro Stunde auf völlig wehrlose Menschen. Bis in die 1950er und 1960er Jahre hielten diese Methoden kolonialer Unterdrückung an, ohne dass die Öffentlichkeit davon Notiz nahm.

In den 1950er Jahren jedoch entstand eine starke Gewerkschaftsbewegung, die vom Aden Trade Union Congress und der Socialist People's Party angeführt wurde und sich den Briten widersetzte. Trotz Generalstreiks, eines achtundvierzig Tage dauernden Streiks in den Docks von Aden und einer Reihe von Demonstrationen und Protesten gaben die Briten nicht nach. Die Rebellen wandten sich daraufhin dem bewaffneten Aufstand und dem Guerillakrieg in den Bergen zu. In den 1960er Jahren entwickelte sich eine nationalistische Guerillabewegung, die den Briten mit einem Aufstand in den Radfan-Bergen (im Südosten) gegenübertrat. Erneut bombardierte das Empire, um die neu gegründete Nationale Befreiungsfront (FLN) zu zerschlagen. Im Mai und Juni 1964 beendeten

Bombenangriffe auf Rebellenstellungen den Radfan-Aufstand. Die FLN dehnte ihren Einfluss jedoch weiter aus: Im Jahr 1964 brach in der Hafenstadt Aden ein Guerillakrieg aus und die Widerstandsbewegung dehnte sich auf große Teile des restlichen Südjemens aus.

Zu diesem Zeitpunkt wurde der Nordjemen von einer säkularen nationalistischen Bewegung kontrolliert, die die Macht übernommen und die Arabische Republik Jemen gegründet hatte. Diese arabische Republik unterstützte die Rebellen im Süden gegen die Kolonialherren. Die Briten schlugen brutal zurück und terrorisierten die Bewohner:innen in den Straßen von Aden, u. a. durch die Einrichtung eines Verhörzentrums, das unter dem Euphemismus „Nagelfabrik“ bekannt wurde. Folter, Schläge und Massenhinrichtungen waren so alltäglich geworden, dass eine Welle der internationalen Empörung entstand.

Parallel dazu entstand auf der anderen Seite der Grenze, in der Arabischen Republik Jemen, ein islamistischer Aufstand gegen die säkulare nationalistische Regierung, den die Briten, Saudis und Israelis unterstützten. Britische Söldner – die ehemaligen SAS-Spezialeinheiten – halfen bei der Ausbildung islamistischer Gruppen und kämpften mitunter auf ihrer Seite. Die Israelis haben die Rebellen mit Waffen versorgt und die Saudis haben alles finanziert. Dies war der Auftakt zu einer anhaltenden Einmischung dieser Länder in die politischen und militärischen Angelegenheiten des Jemens. Letztendlich hat das Ausmaß des Widerstands jedoch deutlich gezeigt, dass die britische Position im Südjemen nicht länger haltbar war, da die Kosten für einen Verbleib in Aden einfach zu hoch waren. Die Briten waren daher gezwungen, die Stadt Ende November 1967 zu räumen. Der Südjemen wurde später zur Volksrepublik Jemen, die der UdSSR nahestand.

Von der Wiedervereinigung zur Revolution 2011

Die Wiedervereinigung der beiden Länder 1991 hat das Land jedoch nicht wirklich zusammengeführt. Am Ende fiel die Macht vollständig in die Hände des Nordjemens und seines Diktators Saleh. Der aus dem Norden stammende Saleh war dafür bekannt, die zahlreichen Spaltungen innerhalb der jemenitischen Gesellschaft für seinen Machterhalt zu instrumentalisieren. Der Fall der Berliner Mauer und die Neuausrichtung gegenüber den imperialistischen Mächten hatten einen entscheidenden Einfluss auf die jemenitische Politik.

Die Huthis – benannt nach ihrem ehemaligen Führer Hussein al-Huthi, der 2004 getötet wurde – sind eine militärische und politische Organisation, die in den frühen

2000er Jahren als Vertretung der zayditischen Minderheit im Jemen entstanden ist. Ihre Entwicklung wurde durch den Aufstieg neuer religiöser Strömungen innerhalb des sunnitischen Islams und insbesondere durch das Aufkommen des Salafismus, einer konservativen Strömung, die von den saudischen Behörden aggressiv gefördert wurde, begünstigt. Um mit der Popularität der salafistischen Prediger zu konkurrieren, organisierten Mitglieder der Huthi-Familie in den 1990er Jahren eine religiöse Jugendbewegung, deren Markenzeichen die Verunglimpfung zayditischer Bräuche und Glaubensvorstellungen als „unislamisch“ war. Die Politik der Huthi-Bewegung ist jedoch komplex: Ihre religiösen Ideen stammen aus dem zayditischen Zweig des schiitischen Islam, der seit dem späten 9. Jahrhundert im Jemen vertreten ist. In vielerlei Hinsicht sind die religiösen Praktiken und Überzeugungen der Zayditen im Jemen denen der sunnitischen Muslime, die eine knappe Mehrheit der jemenitischen Bevölkerung ausmachen, sehr ähnlich. Die beiden religiösen Gruppen existieren im Jemen seit Jahrhunderten nebeneinander und nutzen dieselben Moscheen für das Gebet.

Die „Gläubige Jugend“ organisierte Sommerlager mit religiösen Vorträgen und sportlichen Aktivitäten, die Tausende von Halbwüchsigen und jungen Männern anzogen. Die Wiederbelebung der zayditischen religiösen Überzeugungen fand vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Widersprüche in einer Region des Jemen statt, die bis Anfang der 1980er Jahre relativ isoliert war. Bis zum Bau der ersten asphaltierten Straße im Jahr 1979 war beispielsweise die Stadt Saada (ein historischer Ort der Huthis im Nordjemen) zehn Autostunden von der Hauptstadt Sanaa entfernt.

Die von der Huthi-Familie initiierte Bewegung entwickelte sich zu einer Gruppe bewaffneter Aufständischer, die auf Konfrontation mit dem Staat gingen. Anfang der 2000er Jahre bot der von der US-Regierung geführte „Krieg gegen den Terror“ Diktatoren wie Saleh zahlreiche Möglichkeiten, Waffen zu kaufen und ihre schmutzigen Kriege und die Repression im Innern als weltweiten Kreuzzug gegen „islamistische Terroristen“ auszugeben. Zugleich waren viele Jemeniten entsetzt, als sie sahen, wie US-amerikanische Bomben auf Afghanistan und den Irak regneten, und empört über die Unterstützung der USA für israelische Angriffe auf die Palästinenser:innen. Als Hussein al-Huthi 2004 begann, einen Teil dieser Wut in Predigten und Ansprachen zu kleiden, reagierte Saleh mit der Entsendung von Truppen nach Saada und löste damit eine bewaffnete Rebellion aus, die sieben Jahre lang

andauerte. Die Huthi-Bewegung griff auch die wirtschaftlichen Missstände und die fundierten Korruptionsvorwürfe gegen Saleh und sein Regime auf, um ihre Anhängerschaft zu verbreitern. In der Tat spielte Salehs Bündnis mit den USA eine entscheidende Rolle bei der Transformation dieser ursprünglich unpolitischen religiösen Erneuerungsbewegung.

2011 geriet das Regime von Saleh ins Wanken. Der Aufstand der Huthis war mit ausschlaggebend, aber letztlich nur ein Element einer viel breiteren und wachsenden Unzufriedenheit. Im gesamten Jemen, im Norden wie im Süden, geriet die Mehrheit der Bevölkerung in zunehmende Armut. Die ländlichen Gemeinden litten unter dem Zusammenbruch der Landwirtschaft, während die Arbeiter:innen in den Städten mit den steigenden Preisen zu kämpfen hatten. Die Revolution von 2011 war ein Kampf um Würde gegen eine autokratische Elite und vereinte die Bevölkerung in Stadt und Land zu einer Massenbewegung für einen Wandel. Die Hoffnungen auf Würde und Gerechtigkeit haben sich jedoch nicht erfüllt. Die Jemeniten wählten eine neue Regierung, die – auch wegen der Unterstützung des Westens und Saudi-Arabiens – schnell an Popularität verlor, auch wenn sie Saleh beseitigt hatte. Nach dem Scheitern der Revolution von 2011 war das Land weiterhin gespalten und die Huthi-Rebellion richtete sich gegen die Vorhaben des Westens und Saudi-Arabiens. Der jemenitische Bürgerkrieg begann.

Der Bürgerkrieg

Die Führer der Huthi-Bewegung verbündeten sich mit ihrem ehemaligen Feind Saleh, der noch immer große Unterstützung innerhalb der Armee genoss. Auch wenn sie eigentlich radikale Forderungen zur Bekämpfung der Ungerechtigkeit aufgestellt hatten, waren sie froh über ein Abkommen mit dem ehemaligen Diktator. Ihr Ziel war, Ende 2014 einen Militärschlag gegen die von Saudi-Arabien unterstützte Regierung zu führen.

Die saudische Koalition setzte zunächst auf ihre Luftwaffe, die von den USA, Großbritannien und Frankreich ausgerüstet und unterstützt wurde, um die zivile Infrastruktur zu zerstören, Trauernde bei Beerdigungen und Hochzeitsgäste zu massakrieren. Der Preis, den die jemenitische Zivilbevölkerung dafür zahlen musste, war extrem hoch: Die Vereinten Nationen schätzen, dass 377 000 Menschen zwischen 2015 und 2021 durch den Krieg getötet wurden, von denen mindestens 150 000 an den direkten Folgen des bewaffneten Konflikts starben. Die von den USA, Großbritannien und Frankreich her-

gestellten und gelieferten Waffen sind für einen Großteil dieser Zerstörungen verantwortlich.

Dies führte jedoch nicht dazu, dass die Huthis aus der jemenitischen Hauptstadt Sanaa, die sie 2015 unter ihre Kontrolle gebracht hatten, verdrängt wurden. Das Bündnis der Huthis mit Saleh war kein Zufall, sondern zeigte, dass diese Bewegung lediglich eine Elite an der Staatsspitze durch eine andere ersetzen wollte.

Die Generäle aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten wandten sich daraufhin ihrerseits an ihre sudanesischen Verbündeten, die ihnen die fehlenden Truppen stellen sollten. Im Jahr 2016 kämpften bis zu 40 000 sudanesischen Soldaten im Jemen, die mittels Einschüchterung und wirtschaftlichem Zwang als Söldner in Regionen wie Darfur im Westsudan rekrutiert worden waren. Der „offizielle“ jemenitische Präsident verbrachte den Großteil des Krieges im saudi-arabischen Exil, während seine saudischen Beschützer und ihre Verbündeten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) darum wetteiferten, wer mehr Einfluss auf die zerstrittenen regierungsnahen Milizen hat, die die nicht von den Huthis kontrollierten Gebiete beherrschten. So unterstützten die Vereinigten Arabischen Emirate Aidarus al-Zubaidi, einen einflussreichen Führer der „Südlichen Bewegung“, die seit 2007 für die Abspaltung des Südjemens vom Norden kämpft. Al-Zubaidi übernahm 2017 die Kontrolle über Aden und verschärfte damit die Spaltung der jemenitischen Gesellschaft weiter.

Die Zerstrittenheit ihrer Gegner hat den Huthis sicherlich beim Überleben geholfen, aber das ist noch nicht alles. Der vielleicht größte Fehler, den die Herrschenden in Saudi-Arabien und den VAE begangen haben, war, die Huthis als bloße Marionetten des Iran auszugeben. Tatsächlich jedoch konnten sich die Führer der Bewegung tiefe religiöse und soziale Missstände für ihr militärisches Vorgehen zunutze machen und auf die seit 10 Jahren anhaltenden Proteste gegen den jemenitischen Staat aufbauen, bevor sie schließlich 2015 die Macht übernahmen.

Die Huthi-Bewegung ist freilich nicht wirklich in der Lage, der Bevölkerung zu helfen. Die Aktionen gegen Israel zeigen zwar, dass die Bevölkerung im Jemen das palästinensische Volk unterstützt, aber das Huthi-Regime nutzt diese Aktionen natürlich, um über ihre schwindende Legitimität und den Unmut der Bevölkerung in den von ihm kontrollierten Gebieten hinwegzutäuschen. Zwar wird es immer wieder als bloße Marionette des Irans dargestellt, folgt aber doch einer eigenen Dynamik: Die Destabilisierung der Meereszone zur Unterstützung des

Gazastreifens geht auf seine eigene Initiative zurück, und obwohl die Huthis ihre Ausrüstung vom iranischen Regime erhalten, haben sie gezeigt, dass sie in der Lage sind, auch ihre eigenen militärischen Mittel einzusetzen.

Man muss sich keine Illusionen über dieses Regime machen, das einen antim Amerikanischen Antiimperialismus mit einer stark antisemitisch geprägten Abneigung gegen Israel verbindet. Aber es ist natürlich nicht hinnehmbar, dass dieses Land – wieder einmal – von einer US-geführten Koalition unter Billigung der UN bombardiert wird. Die von den Westmächten vorgeschlagenen Alternativen sind für die Jemeniten inakzeptabel, die in Frieden ohne ausländische Einmischung, Bombardierung und Bürgerkrieg leben können müssen.

Die Revolution von 2011 hat einen anderen möglichen Weg aufgezeigt – einen demokratischen, inklusiven und emanzipatorischen. Sie hat aber auch gezeigt, dass die regionalen (Saudi-Arabien, VAE) und westlichen Mächte (allen voran die USA, Großbritannien und Frankreich) kein Interesse an der Emanzipation der Völker haben – selbst um den Preis eines der schrecklichsten Bürgerkriege zu Beginn des Jahrhunderts.

aus *anticapitaliste* revue Ne. 155

Übersetzung: MiWe



Eine internationale Bewegung aufbauen!

■ Büro der Vierten Internationale

Der Angriff auf Rafah markiert eine neue Etappe im israelischen Völkermordprozess. Seit dem letzten Oktober sind 1,5 Millionen Palästinenser – Männer, Frauen, Kinder und ältere Menschen – vertrieben worden, Zehntausende sind gestorben, Hunger und Krankheit töten jeden Tag. Die amtierende rechtsextreme Regierung in Israel hat sich zum Ziel gesetzt, die palästinensische Bevölkerung von Gaza auszurotten. Damit zielt sie auf die Schaffung von Groß-Israel nach den Vorstellungen der israelischen extremen Rechten, die eine faschistische, rassistische Ideologie verfolgt. Deren Basis ist ein Zionismus, der dem palästinensischen Volk jedes Recht auf Land und Souveränität verweigert und dessen Existenz als Volk leugnet.

Angesichts dieses Schreckens entwickelt sich eine beispiellose Solidarität. Die Universitätsbesetzungen sind zum sichtbarsten Ausdruck dieser Bewegung geworden, die von Anfang an massiv unter jungen Menschen mobilisiert hat, insbesondere rassifizierte Jugendliche aus den Armenvierteln, und sogar einen Teil der jüdischen Bevölkerung, der sich weigert, sich für die rassistische und kriminelle Politik der israelischen extremen Rechten einspannen zu lassen. Aus einer Bewegung der menschlichen und humanitären Solidarität gegen den Völkermord, die Zerstörungen und Massaker ist eine politische Solidaritätsbewegung geworden, deren Umfang inzwischen mit den Bewegungen gegen den Vietnamkrieg und den Krieg im Irak verglichen werden kann. Diese Bewegung radikalisiert sich, indem sie die Komplizenschaft und sogar die aktive Unterstützung der imperialistischen Großmächte beim Völkermord offenlegt und die Unterdrückungsmechanismen im Kapitalismus anprangert. Israel ist im Nahen Osten der bewaffnete Vorposten der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und vieler anderer, und Netanjahu ist die führende Kraft der autoritären, rassistischen und kriegerischen Politik, die insbesondere von der extremen Rechten in verschiedenen Ländern der Welt vorangetrieben wird.

Gegen diese Solidaritätsbewegung wird eine heftige Repression entfesselt: Ziel ist es, die Solidarität in einem neuen McCarthyismus zum Schweigen zu bringen, in dem die herrschenden Klassen und staatlichen Aggressoren

die Solidaritätsbewegung, eine zutiefst humanistische und antirassistische Bewegung, beschuldigen, Terrorismus oder Antisemitismus zu rechtfertigen.

Die Vierte Internationale setzt alle ihre Kräfte ein, eine Solidaritätsbewegung mit Palästina und dem Widerstand des palästinensischen Volkes gegen den stattfindenden Völkermord aufzubauen. Diese Mobilisierung ist eine weltweite Bewegung von unten gegen Rassismus, gegen Imperialismus, für Gerechtigkeit. Wir wollen die imperialistischen Mächte dazu zwingen, Israel nicht mehr politisch, finanziell und militärisch zu unterstützen. Die derzeitige Bewegung hat Biden und Macron, zwei der Speerspitzen dieser Komplizenschaft, in große Schwierigkeiten gebracht. Morgen wird sie auch die Komplizenschaft arabischer Regierungen mit Israel offenlegen: Trotz der Unterdrückung von Demonstrationen und Versammlungen beginnen auch dort die Mobilisierungen und die arabischen Regime befürchten – zu Recht –, dass die Solidarität mit Palästina die arabischen Revolutionen wieder aufleben lassen wird.

Die Bewegung, die wir aufbauen wollen, muss den Herausforderungen gerecht werden, mit Massendemonstrationen, Streiks unter der Jugend und massiven Aktionen für Boykott, Desinvestitionen und zur Verhängung von Sanktionen gegen Israel und die Unternehmen, die mit ihm zusammenarbeiten.

Vor 76 Jahren führte die Nakba, die Vertreibung der Palästinenser:innen aus ihrem Land, zur Gründung Israels als Siedler-Kolonialstaat. Sie markierte den Beginn einer kolonialistischen, rassistischen und imperialistischen Offensive, die unter dem Druck rechtsextremer Mächte und der Politik der herrschenden Klassen andauert und sich heute sogar noch verstärkt. Die Vierte Internationale kämpft gegen den Imperialismus jedweder Provenienz, für die Rechte der Palästinenser:innen, das Ende der Besatzung, das Rückkehrrecht für Flüchtlinge, das Ende des israelischen Kolonialismus und einen demokratischen und säkularen Staat, in dem alle Bürger:innen die gleichen Rechte genießen.

Die Mobilisierung muss weitergehen bis zum Sieg unseres antiimperialistischen Widerstands!

21.05.2024

Übersetzung: Björn Mertens